

# Landtag Rheinland-Pfalz

(6. Wahlperiode)

## Stenographischer Bericht

über die

# 38. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz

im Landtagsgebäude zu Mainz

am 21. Mai 1969

### Tagesordnung:

Seite

#### Fortsetzung der Tagesordnung vom 19. Mai 1969

- |  |      |
|--|------|
| 5. Aussprache über die Regierungserklärung vom 20. Mai 1969  | 1410 |
| 6. Bestätigung der Regierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 der Verfassung  | 1436 |
| - Drucksache VI/1236 -   |      |
| <i>Angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Landtagsgruppe der NPD</i> | 1436 |
| 7. Erste Beratung eines Urantrages der Fraktion der CDU, SPD und FDP betr. Landesgesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes          | 1437 |
| - Drucksache VI/1211 -   |      |
| <i>In erster Beratung erledigt; Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß</i>  | 1437 |
| 8. Antrag des Petitionsausschusses betr. beratene Eingaben   | 1437 |
| - Drucksache VI/1213 -   |      |
| <i>Einstimmig angenommen</i>   | 1437 |
| 9. Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Landesvermessung (Landesvermessungsgesetz - LVerMG -)                      | 1437 |
| - Drucksache VI/473 -  |      |
| Berichterstattung: Innenausschuß - Drucksache VI/1193 -  |      |
| Berichtersteller: Abg. Durm  |      |
| <i>Drucksache VI/1193 angenommen</i>   | 1138 |
| <i>In dritter Beratung angenommen</i>  | 1138 |
| 10. Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes zur Änderung des Waffengesetzes  | 1138 |
| - Drucksache VI/789 -  |      |
| Berichterstattung: Innenausschuß - Drucksache VI/1194 -  |      |
| Berichtersteller: Abg. von Büнау   |      |
| <i>In dritter Beratung bei einer Stimmenthaltung angenommen</i>  | 1439 |

	Seite
11. <b>Zweite und dritte Beratung eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über die Errichtung einer Architektenkammer im Lande Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1963 (GVBl. S. 133; BS 70-10)</b>	1439
- Drucksache VI/790 -	
Berichterstattung: Kulturpolitischer Ausschuß - Drucksache VI.1184 -	
Berichtersteller: Abg. Diel	
<i>Drucksache VI/1184 einstimmig angenommen</i>	1440
<i>In dritter Beratung einstimmig angenommen</i>	1440
12. <b>Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen</b>	1440
- Drucksache VI/1109 -	
Berichterstattung: Rechtsausschuß - Drucksache VI/1195 -	
Berichtersteller: Abg. Engelbreit	
<i>Drucksache VI/1195 einstimmig angenommen</i>	1440
<i>In dritter Beratung bei einer Stimmenthaltung angenommen</i>	1440
13. <b>Zweite und dritte Beratung eines Urantrages der Fraktionen der CDU, SPD und FDP betr. Erstes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz (Abgeordnetenentschädigungsgesetz)</b>	1440
- Drucksache VI/1127 -	
Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß	
- Drucksache VI/1218 -	
Berichtersteller: Abg. Gaddum	
<i>Drucksache VI/1218 bei vier Stimmenthaltungen angenommen</i>	1441
<i>In dritter Beratung bei vier Stimmenthaltungen angenommen</i>	1441
14. <b>Erste Beratung eines Fünften Landesgesetzes zur Änderung des Weinberg- aufbaugesetzes</b>	1441
- Drucksache VI/1228 -	
<i>In erster Beratung erledigt; Überweisung an den Ausschuß für Landwirtschaft und Weinbau und den Haushalts- und Finanzausschuß</i>	1441
15. <b>Erste Beratung eines Sechsten Landesgesetzes zur Änderung des Landes- besoldungsgesetzes</b>	1441
- Drucksache VI/1229 -	
<i>In erster Beratung erledigt; Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß</i>	1444

**Außerhalb der Tagesordnung:**

**Persönliche Erklärung der Abg. Frau Wetzel (SPD) gemäß § 30 der Geschäftsordnung** 1436

**Am Regierungstisch:**

Ministerpräsident Dr. Kohl, die Staatsminister Dr. Eicher, Dr. Geißler, Meyer,  
Dr. Neubauer, Dr. Vogel, Schneider, Wolters

**Es fehlten:**

Entschuldigt: die Abgeordneten Müller, Jak., Rothley, Schweitzer, Völker

**Rednerverzeichnis:**

Präsident Van Volxem . . . . .	1410, 1417, 1420, 1421, 1422 1424, 1427, 1429, 1432, 1433 1434, 1435, 1436
Vizepräsident Dr. Völker . . . . .	1436, 1437, 1438, 1439, 1440 1441, 1442, 1443, 1444
von Büнау (FDP) . . . . .	1438, 1444
Dr. Danz (FDP) . . . . .	1424
Diel (SPD) . . . . .	1439
Durm (CDU) . . . . .	1437
Engelbreit (CDU) . . . . .	1440
Fuchs (SPD) . . . . .	1435
Gaddum (CDU) . . . . .	1417, 1440
Herrmann (SPD) . . . . .	1432, 1434
Kölsch (SPD) . . . . .	1422
May (NPD) . . . . .	1427
Munzinger (SPD) . . . . .	1410, 1420, 1421, 1433, 1434
Schwarz (CDU) . . . . .	1443
Thorwirth (SPD) . . . . .	1442
Wetzel (SPD) . . . . .	1436, 1439
Ministerpräsident Dr. Kohl . . . . .	1429
Kultusminister Dr. Vogel . . . . .	1432
Innenminister Wolters . . . . .	1441

**38. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 21. Mai 1969**

Die Sitzung wird um 9.42 Uhr durch den Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Van Volxem:**

Die 38. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Beisitzer sind die Herren Abgeordneten Mayer und Knüpper. Herr Abgeordneter Knüpper führt die Rednerliste. Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Rothley, Heinrich Völker, Schweitzer und Jakob Müller. Ich begrüße auf der Tribüne Schüler der Abschlußklassen der Realschule Linz

(Beifall des Hauses.)

und eine Mädchenseminargruppe der Salamander-AG, Werk Speyer.

(Beifall des Hauses.)

Wir fahren fort in der Tagesordnung bei **Punkt 5:**

**Aussprache über die Regierungserklärung vom  
20. Mai 1969**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Munzinger (SPD).

**Abg. Munzinger:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst meinen Ausführungen zur Regierungserklärung eine Erklärung meiner Fraktion vorausschicken. im Hinblick auf gewisse Darstellungen in der Presse. In einer Zeitung hat das Verhalten der SPD im Rahmen der Übergabe der Regierungsgeschäfte des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Altmeier an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Kohl Anlaß zu einer Schlagzeile gegeben, die da lautet: „Die SPD schloß sich nur zögernd dem Beifall für Altmeier an.“ Ich glaube, es ist hier der richtige Ort und auch der richtige Zeitpunkt, etwas zu sagen zur Rolle der Opposition in diesem Hohen Hause. Ganz gewiß wird Herr Dr. Altmeier davon überzeugt sein, daß wir ihm persönlich den höchsten Respekt zollen,

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

daß wir aber andererseits als Sozialdemokraten in der langen Zeit des Miteinanderarbeitens und Zusammenarbeitens unsere Aufgabe erfüllen und die politischen Auffassungen unserer Partei zum Ausdruck bringen mußten und dabei nicht immer im Einklang mit denen standen, die der Herr Ministerpräsident dieses Landes als Repräsentant der CDU verfolgte.

Wenn es dann heißt, daß wir zunächst gezögert hätten, Ihnen, Herr Ministerpräsident Dr. Altmeier, den menschlich noblen Respekt zu zollen, so sind wir mißverstanden worden. Es war selbstverständlich, daß wir als Opposition Ihren Parteifreunden und der Koalition überhaupt den Vortritt ließen bei der Zustimmung, die Ihre Politik dort gefunden hat, die aber nicht immer unsere Zustimmung finden konnte. Das vorweg, damit die Rolle der Opposition auch vielleicht von der Presse

her künftig richtiger verstanden wird, als dies bisher geschehen ist.

Nun komme ich zur politischen Stellungnahme unserer Fraktion zur Regierungserklärung und damit aber auch zur Politik der vergangenen Jahre. Man kann heute viel darüber hören, daß eine neue Regierung da sei. Wir stellen dazu fest, daß es keine neue Regierung in unserem Lande gibt; es sind noch die alten Minister. Wir haben zwar einen neuen Ministerpräsidenten, aber damit noch keine neue Politik. Da wende ich mich an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Kohl, der mir darin sicher zustimmen wird. Herr Dr. Kohl hat dann mit dem ihm nachgesagten und von ihm auch gern vernommenen Durchsetzungsvermögen über die Fraktion der CDU zumindest in den letzten zwei Jahren bereits die Regierungspolitik gemacht. Deswegen kann man nicht sagen, daß von heute auf morgen eine neue Politik zu erwarten sei. Darin liegt ja eigentlich eine Anerkennung der Fähigkeiten und der Möglichkeiten des neuen Ministerpräsidenten; darin liegt aber auch die Erklärung dafür, daß die Regierungserklärung selbst uns nicht allzuviel Neues beschert hat.

Nun möchte ich wiederum die Figur des Repräsentanten einer Partei in der Funktion als Ministerpräsident unterstreichen. Ich könnte jetzt schlagzeilenhaft sagen: Dr. Altmeier ist gegangen, aber die CDU ist geblieben!

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und der SPD.)

Deshalb soll man auch keinen Wechsel in der Politik erwarten

(Zurufe: Sehr richtig! - bei der CDU.)

oder einen Wandel in den politischen Auffassungen. Wir tun es nicht. Sie tun es hoffentlich auch nicht!

(Zurufe von der CDU: Nein! - Heiterkeit.)

Die Regierungserklärung selbst hat uns dazu wenig Hoffnung gemacht.

Ich habe in der vorausgeschickten Erklärung Herrn Dr. Altmeier unsere Hochachtung ausgesprochen. Ich bin auch bereit, politisch ihm zu danken im Namen meiner Fraktion für das subjektive Mühen. Ich bitte auch hier, richtig verstanden zu werden. Wir anerkennen dieses Mühen und möchten wünschen, daß jeder Ministerpräsident, jeder, der in der Verantwortung steht, sich so einsetzt, wie Sie, Herr Dr. Altmeier, es getan haben, um die politischen Zielsetzungen zu verwirklichen.

Nun ist es nicht leicht - das spreche ich auch an die Adresse der Publikationsmittel - in der ans Herz greifenden Melancholie des Abschiednehmens und in der Euphorie des Erscheinens eines jungen mit recht viel Lorbeer bereits ausgestatteten Helden - wenn Sie mir diese Wendung gestatten -, auf der politischen Bühne unseres Landes hinauszuschreiten über die Grenzen menschlicher Hochachtung, Rücksichtnahme und Wertschätzung, kritisch hinauszuschreiten in den Bereich der Landespolitik der Ära Altmeier, die vor der Geschichte unseres Landes von der CDU als Trägerin und Trägerin der Leitlinien dieser Politik in Ihrer Gestalt, Herr Dr. Altmeier, verantwortet werden muß. Wir als Sozialdemokraten bekennen dazu aufrichtig, daß wir die CDU um diese Verantwortung nicht gerade beneiden. Der in vielen Bereichen unseres Landes noch festzustellende Rückstand ist nicht nur - hier möchte ich einer Legen-

(Munzinger)

denbildung vorbeugen, auch in der Regierungserklärung des Herrn Dr. Kohl - Schicksal und damit jenseits der persönlichen Verantwortung derjenigen, die die Politik trugen. Ich denke dabei an so beliebt gewordene Wendungen wie Grenzlage, Ursprünglichkeit der wirtschaftlichen Armut, widrige Topographie, überholte strategische Verkehrsplanung, hohe Zahl überkommener einklassiger Dorfschulen. - Sicher, das war vorgegeben, und wir erkennen das durchaus an. Nun ist aber die Aufgabe der Politik und des führenden Politikers im eigenen Zuständigkeitsbereich eingebettet in die Interdependenz - auch dieses Wort kehrt in der Regierungserklärung wieder, nur in anderem Zusammenhang - der weiteren geistigen, sozialen, wirtschaftlichen und geographischen Räume das Bewußtsein der Bevölkerung zu bilden, nicht nur für die derzeitigen und die erkennbaren künftigen Aufgaben, sondern auch dieses Bewußtsein umzusetzen in politische Handlungen.

Die Regierungspolitik der Vergangenheit litt an erheblichen Mängeln bei zugestehender persönlicher demokratischer Redlichkeit, Herr Dr. Altmeier - demokratischer Redlichkeit im Stil und aus der tiefsten Überzeugung. Ich glaube, daß da Herr Dr. Kohl in seinen Ausführungen zur Wandlung der Generation noch nicht ganz das Richtige getroffen hat -, darunter, daß Sie alles drangegeben hätten, um nicht nur die demokratische Loyalität, sondern die demokratische gemeinsame Basis zu bewahren aus der Erfahrung, die Sie gemacht haben. Ich zähle mich zur Zwischengeneration.

Insofern meine ich, ist die Regierungserklärung etwas papieren und an der Oberfläche geblieben. Ich trage das dem neuen Ministerpräsidenten nicht nach. Denn das muß man erfahren und erlebt haben, um jederzeit im echten Sinne von der Sache her ansprechbar zu sein. Aber immerhin: Diese Anerkennung ist sachlich eine Grundlage zur Verständigung gewesen. Aber die sachliche Verständigung hat nicht soweit getragen, daß Sie sich als echter Sohn dieser Landschaft hätten lösen können von einer, so möchte ich es mal sagen, rheinisch-orthodoxen Politik, die im Ziel zwar behielt das Unvermeidbare an langfristiger Entwicklung, aber im übrigen doch in gewissem Sinne paladinhaft der Adenauer'schen Parole folgte: Keine Experimente!

Wir müssen dies als Sozialdemokraten im Rückblick auf die Entwicklung dieses Landes bedauern. Um so mehr versprechen wir uns jetzt von dem neuen Ministerpräsidenten. Ihre Politik ging fraglos an Zukunftsaufgaben in erheblichem Umfange vorbei, entsprach aber - hier möchte ich auf die Regierungserklärung wieder zurückkommen - dem Beharrungsvermögen und dem Beharrungsbedürfnis weiter Kreise unserer Bevölkerung, die gerne auf eine sogenannte „besonnte Vergangenheit“ zurückblickt.

Ich darf hier eine Betrachtung einschalten, die sich fassen muß mit den Möglichkeiten eines Landes. Wir wissen, daß diese Möglichkeiten eingeschränkt sind. Wir wissen, daß wir in unserer Verfassung eine Dreischichtigkeit der verantwortlichen Ebenen haben: Da ist die kommunale Ebene - ich spreche ganz bewußt nicht von Säulen, sondern von Schichten, die einander tragen. Die unterste Schicht ist die Kommune -, dann folgt die Ebene Land, dann die Ebene Bund. Diese drei Schichten tragen einander, wobei die Kommune die letztlich stabilste sein muß, um das ganze Gebäude des staatlichen Gefüges zu halten. Das Land hat eigentlich im Bereich der politischen Aufgaben nicht allzuviel Bewegungsfreiheit. Bei den Kommunen kommt alles zusammen. Dort

lebt der Bürger, er lebt ja nur staatstheoretisch im Land und erst recht in der Bundesrepublik. Er lebt in den Kommunen. Dort will er alle Daseinsvorsorge und -fürsorge erfahren.

Sie merken, daß ich als Oberbürgermeister spreche und daß ich damit zum Ausdruck bringe, wie wichtig die Rolle des Landes eigentlich ist, diese Möglichkeiten auf der untersten Ebene zu eröffnen. Hier möchte ich mich an die Adresse des neuen Ministerpräsidenten wenden, daß es nämlich darauf ankommt, wenn das Land eine echte politische Rechtfertigung erfahren will, im Verhältnis zum Bund dafür zu sorgen, daß die Kommunen ihren Aufgaben gerecht werden können. Da hätten wir uns in der Vergangenheit, Herr Dr. Altmeier, noch mehr Für- und Vorsorge gewünscht gerade in jenen Bereichen, in denen die Kommunen zurückhängen. Das Land - ich habe mich gefreut, daß das der Herr Finanzminister bei der letzten Haushaltsdebatte zum Ausdruck brachte - hätte sich viel früher auf die Verfassungsgarantie besinnen müssen, daß es nämlich - ich bin erstaunt, daß man das 1949 bereits so deutlich erkannte - darauf ankommt, wenn wir unsere Gesellschaft vor sich selbst rechtfertigen und in sich Stabilität gewinnen lassen wollen, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse herzustellen. Ich glaube, daß das eine vordringliche Aufgabe der Länder gegenüber dem Bund ist, dafür einzutreten und dafür zu sorgen.

Wenn Sie sich die Strukturprogramme unseres Landes ansehen, werden Sie mir gewiß in einem Gedankengang folgen, wenn ich hier wieder die Gemeinden als die eigentlichen Träger der politischen Entwicklung bezeichne, auf die sich die Minister dann gerne berufen, wenn sie Rechenschaft geben bis zum bebilderten Jugendplan usw., daß die Gemeinden es sind, die tatsächlich die Lasten getragen haben und auch in der Zukunft tragen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Diesen Akzent habe ich bei der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten vermißt, weil ich glaube, daß er sachlich gerechtfertigt ist. Nicht im Hinblick auf anstehende Wahlen! Für mich sind Wahlen in diesem Sinne überhaupt nicht wichtig, so wichtig ihre Entscheidungen auch sind. Jedenfalls soll man Politik nicht ausrichten auf Wahlen, sondern man soll sie langfristig anlegen auf die Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, beispielsweise die Investitionen anzusprechen, die die Gemeinden erbringen müssen im Hinblick auf Schule und Ausbildung. Wenn ich eine Gemeinde nehme etwa wie Zweibrücken, die sich -zigfach verschulden mußte, um diesen Aufgaben gerecht zu werden, dann frage ich mich am Ende - und auch da fehlen Darlegungen des neuen Ministerpräsidenten -: Wie kommt eine solche Gemeinde bei unveränderter Struktur unseres Finanzsystems wieder zum Ausgleich der Investitionen, die ihr von hier aus im Zuge der Gesetzgebung auferlegt werden, wenn nicht nach der Bildung und Ausbildung des jungen Menschen in diesem Bereich zugleich auch moderne Arbeitsstätten vorhanden sind, die es ihm gestatten, dort tätig zu werden und über seinen Arbeitsertrag im Rahmen des Sozialprodukts nach unserem bisherigen Steuersystem den Rückfluß in die Gemeindekasse zu vollziehen? Das soll man sich überlegen. Wir beklagen oft Abgabegebiete und bedenken nicht, wie viele Investitionen auf Gemeindeebene erbracht werden

(Munzinger)

für die Ausbildung dieser neuen Generation, die dann abwandert, die Gemeinden verläßt und Schulden in Form von Zins- und Tilgungsdiensten zurückläßt. Hier wäre eine Aufgabe des Landes und der jeweiligen Landesregierung wahrzunehmen, nicht zuletzt auch gegenüber dem Bund, der ja die Garantie der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ausgesprochen hat und in dem wir uns alle staatlich zu Hause fühlen wollen.

In einer der letzten Plenarsitzungen fragte ich Herrn Kultusminister Dr. Vogel, ob er im Bereich der Kulturpolitik Versäumnisse einräume. Er bejahte dies, wollte aber diese Versäumnisse auf die ganze Bundesrepublik bezogen wissen. Nun ja, ich habe keinen weiteren Einwand erhoben, weil das Fragespiel sowieso eingeschränkt ist. Aber wenn dem so wäre, wäre das immer noch keine politische Entschuldigung; denn die Kulturhoheit liegt bei den Ländern. Demzufolge nutzt es nichts, sich auf andere Länder zu berufen, und ich habe es oft in diesem Hohen Hause bedauert und halte es fast für einen Klippschulstil, wenn da argumentiert wird: Wie sieht's denn in Hessen oder dort, wo Ihr Sozialdemokraten am Werk seid, aus! Der Föderalismus rechtfertigt sich auch und gerade dort, wo er Hoheit hat, nämlich in den Einzelstaaten, durch Leistungen in diesen Staaten, und das Vergleichsspiel ist eigentlich unser nicht würdig.

Die Versäumnisse, die ja dem Grunde nach eingeräumt worden sind, heischen natürlich nach der politischen Verantwortung, und Sie werden mir nicht bestreiten können, daß es das Recht und die Pflicht der Opposition ist, solche Versäumnisse vor dem öffentlichen Bewußtsein herauszuschälen und auch die Verantwortung dorthin zu geben, wo sie letztlich zu finden ist. Diese Verantwortung, meine Damen und Herren, tragen wir aber alle gegenüber der Bevölkerung, die uns das Mandat zur Führung und Leitung der Politik und damit zur Entfaltung dieser Gesellschaft selbst anvertraut hat. Ich sage hier ganz deutlich: Wir verfügen nicht über eine usurpierte Zuständigkeit, und wir haben auch keine institutionalisierte Staatspartei, - wie man in unserem Lande zuweilen meinen und entsprechend verbreiten möchte; gerade im Zusammenhang mit den Vorgängen der letzten Tage darf ich dies feststellen. Wir haben solche Einrichtungen nicht. Wir sind demokratisch legitimiert, und damit haben wir auch nicht die Möglichkeit, persönliche Politik zu machen, persönliche Auffassungen hier vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Wir haben als demokratische Repräsentanten die Sorge zu übernehmen für die Sicherheit und Entfaltung der uns beauftragenden Bevölkerung in allen Lebensbereichen. In der Regierungserklärung sprach der neue Ministerpräsident vom „Lebensraum“, ein Begriff, der für die etwas Älteren von uns nur mit Anführungszeichen zu verwenden ist.

Versäumnisse sind Beeinträchtigungen dieser Bereiche der Bevölkerung. Es ist die legitime Aufgabe der Opposition - ich sagte es schon -, diese Versäumnisse und damit auch die politische Verantwortung herauszuschälen und vor die Öffentlichkeit zu tragen. Von dieser Aufgabe, Herr Dr. Altmeier, befreit uns in einem Augenblick wie dem heutigen auch keine noch so verständliche persönliche Rücksicht. Wir sind verpflichtet und wollen dieser Pflicht gerecht werden, Tatsachen festzustellen; und Sie, Herr Dr. Altmeier - da verstehen wir uns sicherlich ganz gut -, müssen auch Ihrerseits bereit und willens sein, Tatsachenvorwürfe zu genehmigen.

(Abg. Schwarz: Endlich!)

Herr Dr. Kohl - und nun wende ich mich an den neuen Ministerpräsidenten - hat vor Jahren die strukturelle Schwäche der CDU-Landespolitik deutlich erkannt und daraus einen erstaunlichen politischen Werdegang entwickelt. Es mußte ganz gewiß wie ein Schock in seiner Partei wirken, daß er sich dynamisch gab; und das war ja seine Lieblingsvokabel auch in diesem Hause.

(Abg. Gaddum: Ich fürchte, der Schock ist bei Ihnen noch größer! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

- Nein! Abwarten, Herr Kollege, darauf komme ich noch!

Diese Haltung bis in Äußerlichkeiten hat Herr Dr. Kohl ausgebaut. Zugleich war eine solche Haltung auch ein wohlüberlegter Ruf an die sogenannte jüngere Mannschaft. Jugend gibt sich sowieso gerne dynamisch und sucht sich einen dynamischen Führer. So gelang es Herrn Dr. Kohl nicht nur, die Parteiphiognomie attraktiver zu gestalten, sondern er entwickelte auch eine recht geschickte Taktik im Landesbereich. Eine derartige Geschicklichkeit beweist - das erkennen wir an - Qualitäten. Aber, Herr Ministerpräsident Dr. Kohl, ein neuer Stil ist noch nicht eine neue Politik vom Wesen her, und immerhin befinde ich mich im Einklang mit vielen Beurteilungen auf Bundesebene, wenn ich ausspreche, was schon häufig - nicht nur hier, sondern auch anderswo - festgestellt worden ist: daß die sogenannte Junge Union oft genug eine alte, tiefst konservative politische Generation darstellt.

(Lachen und Widerspruch bei der CDU. - Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD. - Abg. Schwarz: Ach!)

- Herr Schwarz, Sie haben am allerwenigsten Grund, darüber zu lachen.

(Erneutes Lachen bei der CDU, Heiterkeit und Beifall bei der SPD. - Abg. Schwarz: Ich bin schon lange aus der Jungen Union heraus!)

In der Kulturpolitik dieses Landes haben wir leider eine Fülle von Beispielen in der Richtung erlebt, und wir als Sozialdemokraten haben das jedenfalls aufrichtig bedauert. Ob dies unter der Führung des neuen Ministerpräsidenten künftig anders sein wird, muß zunächst abgewartet werden. Die Beispiele, die unter seiner tatsächlichen politischen Führung - ich habe das vorhin erwähnt - gegeben wurden, ermutigen nicht zu großen Hoffnungen,

(Hört, hört! und Heiterkeit bei der CDU.)

zumal sich die gestrige Regierungserklärung ja doch so weit in allgemeinen Betrachtungen erging, daß man eigentlich jede Konkretisierung, die doch zum Wesen des Politischen gehört, vermissen mußte.

Ich denke beispielsweise an die Schulpolitik, die uns besonders interessiert. Hier wurde in der Regierungserklärung der Versuch unternommen, konkret zu werden. Aber was soll das heißen? Man spricht von der Beibehaltung der Hauptschule, der Realschule und der Gymnasien. Man spricht von der Leistungsschule in der Zukunft. Herr Ministerpräsident Dr. Kohl, ich möchte die bisherigen Lehrer und Philologen fragen, ob sie davon überzeugt gewesen sind, keine Leistungsschule be-

(Munzinger)

trieben zu haben. Dies hat man auch in Paris nach 1866 klar erkannt - Sie sollten darüber lächeln -, als man dort rief: Rache für Sadowa! - Das ist unser Königgrätz, so wie wir es in der Geschichte gelernt haben. Man hat es damals so ausgedrückt, daß der preußische Schulmeister diese Schlacht gewonnen habe.

Man sollte sich hierauf besinnen, damit man dahinter kommt, welche Bedeutung das Schulwesen für die Sammlung der Fähigkeiten einer Gesellschaft hat. Wenn ich dann höre, daß man eine differenzierte Leistungsschule will, und ich außerdem noch einen Wortschwall vernehme, dann meine ich, daß hinter diesem schimmernden Wortglanz eigentlich keine klare Konzeption steckt, weil man es sonst deutlicher und einfacher sowie für die Öffentlichkeit unseres Landes verständlicher hätte ausdrücken können.

(Beifall der SPD.)

Herr Dr. Kohl, ich komme nunmehr zu dem Verhältnis der Regierungsparteien und der Regierung zur Opposition. Dieses Verhältnis macht nicht zuletzt - und hierin stimmen wir wohl alle überein - das Ansehen des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt aus. Der Kern der zu verzeichnenden gesellschaftlichen Krise der Gegenwart, die auch Sie in Ihrer Regierungserklärung angesprochen haben, ist doch nicht nur in der rebellierenden Jugend zu sehen. Er liegt eigentlich viel tiefer. Und insofern bleibt die Regierungserklärung auch wieder an der Oberfläche und beschäftigt sich mit Symptomen, sucht jedoch nicht die eigentlichen Lösungen. Der Kern liegt darin, daß sich der mündige Staatsbürger, nach dem wir in der Vergangenheit auf allen Kanälen und mit allen Instrumenten der Meinungsbildung gerufen haben, an den Strukturen der Gesellschaft stößt, die eigentlich Strukturen der Vergangenheit sind. Sie können die Schule und die Hochschule, unsere Wirtschaftsform und alles andere bis zum Parlament hin ansprechen; wir haben uns jedoch - ich hoffe, Herr Dr. Kohl, daß wir uns hier am besten verständigen können - von den Strukturen der Vergangenheit letztlich nicht gelöst! Die Gesellschaft von heute sucht nach der Selbstdarstellung in den Formen des gesellschaftlichen Lebens, und zwar nach der Adäquanz des Verständnisses.

Der mündige Staatsbürger bäumt sich auf, soweit er jung ist. Sagen Sie mir nur nicht - quer durch dieses Hohe Haus -, Sie wüßten nicht, daß die ältere Generation in ihrem Verhältnis zum Staat resigniert und daß es in unserer Bevölkerung gehörige Kreise gibt, die offen eine Staatsverdrossenheit zeigen.

Was wollen wir damit sagen? Erst bei einer Einsicht in diese volkpsychologische Tatsache kann es uns gelingen, Herr Ministerpräsident - und weil Sie so jung sind, appelliere ich hier mit tiefster Überzeugung nachdrücklich an Sie -, eine Politik aus einem Guß für die gesamte Gesellschaft zu machen. Dann erst lösen wir untereinander verbundene Probleme, die sich nur an der Oberfläche als verschiedenartig darstellen.

Es gibt - dies ist meine tiefste Überzeugung - keine Lebensbezüge, die in ihrem Wesen nicht politisch sind. Damit ist keinerlei Parteipolitik gemeint, meine Damen und Herren; ich möchte dies auch hier deutlich aussprechen. Für mich sind Parteien vornehmlich die Vehikel und Möglichkeiten, politischen Willen in den Raum der politischen Verantwortung zu tragen. Die

Parteien werden ihrem Wesen nach sich selbst nur gerecht, wenn sie die Teilaspekte des Ganzen entfalten, provozieren, akzentuieren und im Zusammenwirken parlamentarisch bewältigen und sie zu einer Einheit führen. Dieser aus der Vielfalt erwachsenen Einheit entspricht der Nutzen für das Ganze. So meinen wir Sozialdemokraten es jedenfalls, und so haben wir es durch die gesamte Geschichte unserer Partei hindurch verstanden.

Meine Damen und Herren, hier haben Sie den Zugang auch zu dem Selbstverständnis unserer Partei als einer evolutionären und nicht revolutionären Partei. Wie oft hat die Geschichte uns nicht nur den berühmten Zipfel des Gewandes geboten, revolutionär zu werden! Da braucht man nicht abzuwinken, Herr Kollege Stübinger. Es ist in der Tat so. Hier liegt das innerste Wesen der Sozialdemokratie, das Herr Dr. Kohl als Chef der CDU-Fraktion uns oft in belehrender Weise deutlich machen wollte.

Der mündige Bürger will bereits in jungen Jahren - wir haben es ja so gewünscht - seine ihm adäquate Zuständigkeit und seine Verantwortung. Auf der anderen Seite haben wir nach wie vor bei kritischer Prüfung den Hoheitsstaat. Machen wir uns doch hier nichts vor! Wir haben nach wie vor die klare Über- und Unterordnung. Was wir brauchen, wenn wir diese Gesellschaft von ihrer derzeitigen Problematik, die keine materielle ist, befreien wollen, ist nicht die Fortsetzung der Über- und Unterordnung, sondern die strukturell vollzogene Einordnung des Bürgers in diesen Staat, damit er dann sagen kann: Dies ist mein Staat! - weil er ihn damit verantwortet und mit trägt; und dies geht alle Bereiche unseres Lebens an und ist nicht weit hergeholt. Eine neue Regierung sollte diese Gedanken mit in die konkrete Politik einflechten.

Wie sieht es nun - das war der Ausgangspunkt in diesem Abschnitt meiner Ausführungen - um die Rolle der Opposition in unserem Lande aus? Sie selbst unterliegt dieser Gesellschaftsstruktur. Sie konnte und kann noch nicht ihrer Verantwortung gerecht werden, nämlich im wohlverstandenen parlamentarischen Kräftespiel die Öffentlichkeit über ihre Aufgaben umfassend zu informieren, umfassend öffentliche Meinung zu bilden und umfassend auch Versäumnisse der Regierungspolitik in der Öffentlichkeit darzustellen.

Ich habe bei den mehrmaligen Empfängen in den letzten Tagen als neuer Chef der SPD-Fraktion so einige Beileidsbekundungen - so möchte ich es sagen - entgegennehmen können. Es hieß dann: Da kommt der neue agile und aktive Regierungschef, und sie als Opposition haben ein hartes Brot zu essen! - Dies spricht man in den hinteren Reihen, wo die Basis der Regierungspolitik doch letztlich ruht, deutlich aus. Man sagt: Sie kommen ja gar nicht an die Tatsachen heran!

Ich meine, Herr Dr. Kohl, daß wir das ändern könnten, wenn wir das Wesen der Demokratie so begriffen und auch politisch strukturell gestaltetet, wie wir es in Gesprächen bereits erörtert haben. Natürlich weiß ich, daß das Brot der Opposition in der deutschen Demokratie ein hartes ist. Es könnte sehr wohl ein süßes Brot sein im Sinne des politischen Ehrgeizes, wenn man die Zugänge zur Selbstdarstellung im Bereich der modernen Informationspolitik hätte.

Mich hat es gefreut, zu hören, daß man Ihnen, Herr Dr. Altmeier, hier die künftige Rolle des Abgeordneten so

(Munzinger)

schmackhaft macht mit der Möglichkeit, Sie könnten jetzt einmal frei Ihre Meinung sagen, jetzt könnten Sie kritisieren. Das war doch mehr oder weniger, angesichts der politischen Möglichkeiten - eine platonische Erklärung, insbesondere auch im Hinblick auf die Opposition -, insbesondere auch im Blick auf die Rolle in Ihrer Regierungszeit, die uns aber nicht nur in diesem Lande zugemutet wurde. Wir sprechen viel von einer Paramentsreform, und wir werden noch im Rahmen dieser Sitzung darauf zurückkommen. Dann wird einiges zu sagen sein.

Für uns ist die Opposition eine verfassungsmäßig zu integrierende Größe im staatlichen Leben, und damit hat sie auch den Anspruch auf Zugang zu allen Möglichkeiten der Selbstdarstellung, wie die Regierung auch. Wir sind heute faktisch untergeordnet und nicht eingeordnet. Ich habe das schwierigste Beispiel der Gesellschaftsstruktur herausgesucht, um meine grundsätzlichen Gedankengänge damit deutlich zu machen.

Die Verwaltungsstruktur war von mir schon kurz angesprochen, und ich sagte bereits, daß sie das Abbild des Selbstverständnisses einer Gesellschaft ist. Meine Damen und Herren! Wir schleppen fraglos die Strukturen der absoluten Herrschaft noch in unserer Verwaltung mit. Herr Dr. Kohl hat einiges angesprochen, aber wie ich meine, von der Oberfläche her, und er ist nicht in die Notwendigkeiten eines modernen Gesellschaftsbildes eingedrungen. Der Absolutismus herrschte von oben nach unten. Die Volkssouveränität will und muß sich von unten nach oben entfalten. Damit will ich eine Grunderkenntnis aussprechen.

Herr Dr. Kohl ist in der Öffentlichkeit weithin gelobt worden wegen seiner Aktivität in der sogenannten Verwaltungsreform.

(Abg. Schwarz: Mit Recht!)

-Warten Sie ab, Herr Schwarz! -

Ich habe immer erklärt, daß in dieser Reform, so wie sie bisher konzipiert ist, keine geistige Leistung steckt. Wir haben an den Strukturen gar nichts geändert. Wir folgen der modernen Wirtschaftsauffassung von der Konzentration und meinen, damit etwas Neues zu tun.

Die alte Struktur bedeutet aber die Beibehaltung - und das ist geschichtswidrig - eines alten gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Was uns heute noch fehlt, ist die Adäquanz zur gesellschaftlichen Wirklichkeit auch im Rahmen der Verwaltungsstruktur. Ich sprach vom mündigen Bürger von heute, der wach und intelligent und früh gerufen, nicht mehr in jeder Beziehung hinter dem Berge lebt. Wir hatten eine politische Landschaft in der Vergangenheit und sicher gerade in unserem Land, wo man sagen konnte, wir begnügen uns mit der Situation, wie wir sie im Westerwald haben, wie wir sie im Hunsrück haben; ich könnte nach Hessen gehen und könnte sagen, wie wir sie in der Rhön haben; ich könnte in meine Heimat, die Westpfalz, gehen und sagen, wie wir sie in der Westpfalz haben. Das waren die früheren Abgabengebiete für die Kolonisation der neuen Welt. Aber heute lebt in diesem Sinne keiner mehr hinter dem Berg. Die Kommunikationsmittel sind viel zu dicht und nachhaltig geworden, als daß nicht jeder Schüler in jedem Dorf unseres Landes wüßte, beispielsweise was eine moderne Sportstätte ist. Wenn ich dazu die Forderung des Grundgesetzes nach der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nehme, dann

ruft das auch nach der Einheitlichkeit der Übertragung der Verantwortung in allen Bereichen. Freiherr vom Stein konnte noch die Städte nehmen, meine Damen und Herren, weil die Städte die Bildungszentren jener Zeit waren. Er hat von dort her die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts erneuert. Sie wissen alle, daß nicht die Siege auf dem Schlachtfeld Preußen geschaffen haben, sondern der Ruf in die Selbstverwaltung hat dies vor der deutschen Geschichte bewerkstelligt. Wir stehen heute mit der Prävention Verwaltungsreform vor einer Aufgabe, die für unser Land im Grunde nicht weniger verlangt als seinerzeit es Freiherr vom Stein für Preußen tat. Wenn ich mich in der Öffentlichkeit feiern lassen will - das sollte man eigentlich nicht; es ist gescheiter, man überläßt das der Geschichte, weil die kritischer wird -, dann muß man allerdings solche Präventionen in der politischen Anlage rechtfertigen. Ich sage noch einmal: Wir haben in der Verwaltungsreform, so wie wir sie bisher praktiziert haben, keine geistige Leistung im Sinne der neuen Bewältigung einer adäquaten Verwaltungsstruktur zu unserer Gesellschaftswirklichkeit zu verzeichnen. -

Wir Sozialdemokraten haben die Verwaltungsreform ganz bewußt mitgemacht in der Überzeugung, daß es notwendig ist, Herr Dr. Kohl, die Dinge in Bewegung zu bringen. Sie waren vorsichtig genug - das verrät wieder den Taktiker; das unterstütze ich - von einem Abschluß der Verwaltungsreform in Ihrer Regierungserklärung gar nicht zu reden. Wir sind auf dem Wege. Wenn ich gesagt habe, daß wir in eine Verwaltungsreform in Permanenz eintreten, dann weiß ich, warum ich das für unsere ganze Fraktion gesagt habe. Am Ende muß eigentlich die Verwaltungsrepräsentanz des mündigen Bürgers stehen. Nun greife ich wieder einmal ganz konkret in unsere Wirklichkeit. Der Landrat, wie wir ihn haben, ist doch kein Repräsentant der Selbstverwaltung. Er ist ein Relikt aus dem Obrigkeitsstaat des vergangenen Jahrhunderts;

(Beifall bei der SPD.)

denn er fühlt sich gar nicht verantwortlich für den Bereich, weil er sich dort gar nicht zu verantworten hat. Er fühlt sich verantwortlich gegenüber Mainz, weil er von dort berufen wird.

Unsere Regierungspräsidien - wir sind von fünf auf drei gekommen; das feiert man als Erfolg; für mich ist das keiner - sind doch parlamentarisch überhaupt nicht kontrolliert. Wo steckt denn in diesem Bereich die Selbstverwaltung? Wo ist dort die Betrauung des mündigen Bürgers mit der Verantwortung für den Bereich, den er in der Tat überschauen kann. Ich bin der Meinung - wir werden es noch erleben -, daß wir auf drei Ebenen kommen, von denen ich glaube, daß sie die echte Möglichkeit zur Selbstentfaltung des Bürgers in unserem staatlichen Bereich eröffnen. Das sind einmal die Gemeinden, die seit eh und je schon Selbstverwaltung haben, die aber heute anders strukturiert werden müssen. Herr Dr. Kohl, wir sind uns sicher einig darüber, daß das Verbandsgemeindengesetz, wie wir es beschlossen haben, im Grunde bereits überholt ist und daß wir uns da noch anderen Vorstellungen zuwenden müssen; denn wir wollen ja die Zuständigkeit nach unten geben. Das bedeutet Nähe der Verwaltung zum Bürger. Darüber können wir die Region - so nennen wir sie einmal mit dem Arbeitstitel - lagern, die dann die kommunal übergreifenden Probleme bis zum Schulbau, bis zu den Hauptschulen oder Realschulen oder Gesamtschulen und Ganztagschulen in der Zukunft

(Munzinger)

in Selbstverwaltung bewältigen kann. Darüber kommt dann eine Regierung, Herr Dr. Kohl, die wirklich regiert, die nicht in Verwaltungsarbeit erstickt, sich nicht ausgießt in Exekutive allein, sondern die in der Tat die Leitlinien der politischen Entwicklung für den gesamten Raum, der dieser Regierung anvertraut ist, plant, bestimmt, und auch in Bewegung umsetzt.

Ich glaube, das sollte ich zum rechten Verständnis unserer Auffassung zur Verwaltungsreform sagen, auch zur Auffassung, wie die Sozialdemokratische Partei und Fraktion sich dazu verhält.

Herr Dr. Kohl! Sie haben in Ihrer Regierungserklärung - gestatten Sie mir noch eine kleine Blütenlese - ausgeführt, daß Rheinland-Pfalz Kernland der EWG sei. Wir sind sicher beide der Auffassung, daß das bisher nur geographisch zutrifft. Vom Essentiellen ist davon wenig zu spüren, insbesondere dort, wo geographisch der Kern läge, wenn man von der Mitte sprechen will.

Sie haben dann von dem großen Nachholbedarf gesprochen. Wir stimmen Ihnen darin völlig zu. Ich frage mich heute nur, weshalb hier die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, diese Anregung der SPD, nicht aufgegriffen wurde, warum man sich nicht zusammengefunden hat, um auf der Ebene privater Initiative, die ja schneller und kurzwegiger sein kann als die Beamteninitiative, voranzukommen.

Ich möchte auch von den Finanzen sprechen, weil sie letztlich die Grundlage für alles politische Handeln abgeben. Die niederen Seimsschichten - so hat mein Philosophieprofessor Nicolai Hartmann in Berlin gesagt - sind die stärkeren - er war ein Anhänger der Schichtenphilosophie -. Der schönste Geist kann sich letztlich nicht entfalten, wenn die materielle Grundlage nicht da ist. Und in der Politik heißt das: Wir müssen dafür sorgen, daß die Finanzen in Ordnung sind. - Konkret haben Sie dazu nichts gesagt. Ich vermute, daß Ihr Verständnis mit dem derzeitigen Finanzminister noch nicht so innig ist, daß er Ihnen die Passagen der Regierungserklärung in diesem Bereich formulierte.

(Beifall der SPD.)

Ich bin aber überzeugt, daß Sie, gedrängt von dem politischen Auftrag, den Sie sicher mit vollem Herzen übernommen haben, uns in Kürze dazu etwas mehr sagen können. Ich erinnere jetzt wieder an die Aufgaben der Kommunen, die gerade bei dem neuen Finanzausgleichsgesetz im Hinblick auf ihre besonderen Funktionen - hier spreche ich von den Oberzentren, Mittelzentren und auch den rein örtlichen Zentralbereichen - in den Stand gesetzt werden, ihre gesellschaftspolitisch so bedeutsame Aufgabe im Sinne der Entfaltung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse wahrnehmen zu können.

Sie sprachen vom Verkehrsnetz unseres Landes, Herr Ministerpräsident! Auch hier können Sie unsere volle Unterstützung haben. Nur möchte ich einen politischen Aspekt dabei einflechten. Wie ich glaube, soll man von der deutschen Einheit nicht so sehr viel reden, sondern man sollte Tatsachen schaffen, die geeignet sind, Bewußtsein zu bilden im Sinne der so oder so - darüber sind wir uns sicher auch einig - kommenden deutschen Einheit. Dabei aber spielt das Verkehrsnetz keine unerhebliche Rolle. Wenn wir unser Verkehrsnetz in den übergreifenden Straßen betrachten, dann stellen wir nach dem Kriege für mich eine besorgniserregende Nord-Süd-Orientierung fest und weniger eine West-

Ost-Orientierung. Hier haben wir in der Tat Möglichkeiten, die deutsche Einheit zu fördern durch Anruf aus Tatsachen. Ich glaube, das ist in der Politik wirksamer als Deklamationen, die man allzu oft hört, denen aber allzu wenig Taten folgen. Und wenn es gerade in der CDU/CSU zumindest üblich war, vom Europa bis zum Ural und darüber hinaus zu sprechen, dann sollte man auch unser Straßensystem in diese Richtung mit orientieren. Mit Straßen, meine Damen und Herren, baut man auch Zukunft! Das ist keine Erkenntnis unserer Tage; das haben die großen Politiker schon immer gewußt. Das geht zurück bis in die Zeit der alten Ägypter. Insoweit können wir nicht sagen, daß wir da neuen Erkenntnissen huldigen.

Herr Ministerpräsident Dr. Kohl! Sie sprachen auch die Möglichkeit an, aus unserem Land Energie zu verkaufen, nicht nur Energie hinreichend für den Landesbedarf zu schöpfen. Nun wäre ich allerdings als ein Bewohner der Westpfalz - „Hinterpfalz“ darf ich nicht sagen, weil der Herr Präsident mich einmal gerügt hat, weil er gar nicht wußte, daß das ein landläufiger Begriff bei uns ist - sehr glücklich, wenn im Rahmen der Strukturentwicklung die Mehrschienigkeit der Energieversorgung erfolgte wie im Rheintal auch, wobei allerdings dem Politiker für diese Entwicklung im Rheintal gar kein besonderes politisches Plus zu verbuchen ist; hier hat es einfach die Geographie geschaffen. Aber dort kann man parteipolitisch handeln in den Bereichen, die in der Tat vernachlässigt sind auch in dieser Beziehung. Über Energie macht man Politik wie über Straßen; Raumpolitik, Regionalpolitik und Zukunftspolitik macht man. Sie werden lächeln - ich sehe schon einige Gesichter aufglänzen -, wenn ich sage: Über Energiepolitik kann man Familienpolitik machen. - Ich kann Räume entballen durch eine vernünftige Energieversorgung in die Räume hinein, in denen die Wirtschaft wohl Arbeitskräfte fände, aber eine schlechte Energieversorgung zu gewärtigen hat.

Das wirft die Frage auf, Herr Dr. Kohl, ob man für alle Zukunft - und man sagt Ihnen ja auch einen erheblichen Einfluß in Bonn voraus - die Energie als die Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung vom Materiellen her betrachten kann unter dem Gesichtspunkt der Rendite, zusammengefaßt in Gesellschaften, oder ob man die Energie nicht vielmehr sehen soll als die Initiatorin der wirtschaftlichen Entwicklung in allen Bereichen.

Sie sprachen von der Landwirtschaft und haben es nicht versäumt, unserer Landwirtschaft wiederum einige Aussichten zu eröffnen. Man lehnt den Mansholt-Plan ab und spricht von dem Strukturprogramm der Bundesregierung. Das ist alles sehr schön. Ich meine aber, wenn es in unserer Zeit, meine Damen und Herren, noch ein Proletariat gibt, dann ist es zu Hause in den kleinen bäuerlichen Familien unserer Tage. Und es wäre eine außerordentlich wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, hier die soziale Gerechtigkeit im Auftrage des sozialen Rechtsstaates, den wir ja darstellen sollen, auch dort herbeizuführen. Weniger von Wahl zu Wahl zu blicken, sondern vielmehr langfristig die kommende Struktur den Bauern draußen, die bereit sind, das entgegenzunehmen, vorzustellen in Leitbildern und endlich klarzumachen, was wo agrarisch überhaupt noch möglich ist. Wenn ich das tue, dann kann ich nicht absehen aus der Einheit der Politik - jetzt bin ich wieder bei meiner Grundauffassung - von flankierenden Maßnahmen, von Maßnahmen der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung in den Bereichen, in

(Munzinger)

denen Arbeitskräfte freigesetzt werden; ich kann nicht absehen von bildungs- und schulpolitischen Maßnahmen gerade in jenen Bereichen. Man sollte sich, Herr Dr. Vogel, die Schwerpunkte nicht nach der günstigen Verwaltungsstruktur des Augenblicks suchen, wo nämlich Hauptschulen zu errichten sind; man sollte sie in den politischen Rahmen der Notwendigkeiten stellen.

(Beifall der SPD.)

Ich habe neulich zu meiner Überraschung vermerkt, daß die Hauptschulen erst entstehen werden in jenen Bereichen, in denen man bisher die Amtsverwaltung hatte, weil dort die rein verwaltungsstrukturellen Voraussetzungen günstiger seien. Ich muß insbesondere für jene Beriche sprechen, in denen diese Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind, wo es aber darauf ankommt, dem Bauernkind die Zukunft zu eröffnen in eine Gesellschaft, in der es die gleichen Chancen hat wie jedes Stadtkind.

Nun zu Ihnen, Herr Dr. Geißler! Sie haben in Ihrem Jugendplan einiges vorgelegt, was großartig klingt. Sie haben von der Notwendigkeit gesprochen, die Fünf- bis Sechsjährigen hundertprozentig in Kindergärten, in eine vorschulische Stufe, zu bringen. Sie haben weiter davon gesprochen, daß es notwendig sei, mindestens 75 Prozent der Vier- bis Fünfjährigen in solchen Kindergärten unterzubringen und in der Altersstufe von drei bis vier Jahren 50 Prozent zu erfassen. Sie sagten, daß das auf der Grundlage der Freiwilligkeit möglich sei. Das glaube ich alles.

Herr Dr. Kohl hat davon gesprochen, daß wir die Hausfrau nicht in Gestalt einer modernen Sklavin haben wollen. Hier begegnen sich ja Überlegungen. Nun muß ich aber doch wieder für die Träger dieser Einrichtungen sprechen. Herr Dr. Geißler - da verstehe ich ihn sehr gut - sagte, daß ein solcher Platz 4 000 Mark koste. Nun kommt aber die schöne Einschränkung, nämlich die der zuschußfähigen Kosten. Das trifft uns auf der kommunalen Ebene immer hart. Die zuschußfähigen Kosten sind nämlich die reinen Baukosten. Die Bereitstellung des Bodens, die Bereitstellung der Versorgung geht alles zu Lasten der Kommunen. Wenn Sie dann bei den zuschußfähigen Kosten 4 000 DM pro Platz ausrechnen und sagen, das Land übernimmt davon 25 Prozent, dann sind das bei der Notwendigkeit von 80 000 neuen Plätzen nicht, wie es in Ihrem Jugendplan steht, 80 000 Millionen, sondern nur 80 Millionen für unser Land.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Doch, lesen Sie nach! Für unser Land ist das ein erheblicher Betrag, aber da ist auch auf der Seite der Träger ein Betrag von 240 Millionen allein bei den zuschußfähigen Kosten. Wenn ich die übrigen sofort damit verbundenen Kosten hinzunehme, dann komme ich sicher auf weit über 300 Millionen. Das muß man aussprechen. Ich würde es sehr begrüßen - das gehört auch zur Durchlässigkeit des Regierungsstils in der Zukunft -, wenn solche Lorbeerblätter, die da gepflückt werden, auch den Kommunen zuteil würden, wenn man mitteilte, daß das nicht allein die Landesleistung ist, sondern vornehmlich und im absoluten Schwerpunkt die Leistung der Träger, insbesondere der Gemeinden. Im übrigen begrüßen wir natürlich solche Programme, weil Sie ja endlich das tun, was wir vor langer Zeit schon angestrebt haben.

Ähnlich ist es mit dem Altenplan, Herr Minister Dr. Geißler. Die Regierungserklärung erweckt da neue

Hoffnungen. Wir erinnern uns in diesem Hohen Hause sehr genau, daß 1967 kurz vor der Wahl ein Altenplan veröffentlicht wurde, in dem ein Betrag von über Hunderte von Millionen ausgewiesen wurde, daß aber diese Mittel nicht bereitgestellt werden konnten. Das muß man bekennen - vielleicht wird es künftig besser im Zuge der großen Finanzreform - und sagen, daß von den Beträgen, die ursprünglich für jedes Jahr vorgesehen waren, bisher erst ein Jahresbetrag ausgeschüttet worden ist.

Interessiert haben uns auch die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zur Frage der Lehrerbildung. Hier ist wieder so eine schillernde Satzkomposition aufgetaucht. Da heißt es: Die Errichtung der Erziehungswissenschaftlichen Abteilungen in Koblenz, Worms und Landau ist fest vorgesehen. Im übrigen werden darin die institutionellen Voraussetzungen für eine volle hochschulmäßige und differenzierte Ausbildung unserer Lehrer geschaffen. - Wir erwarten hierzu, Herr Ministerpräsident Dr. Kohl, eine klare Aussage. Heißt das nun, daß die Lehrerbildung zeitlich gestaffelt in die universitäre übergeführt wird, oder heißt das, analog dem von Ihnen entwickelten Schulbild, nämlich Hauptschule, Realschule und Gymnasium, eine differenzierte Lehrerbildung überhaupt? Mir scheint eine Aussage dazu unbedingt notwendig zu sein; denn, ich habe es vorhin schon gesagt, für eine so einfache Sache sind mir verdächtig viele Worte gebraucht worden.

Es wurde auch die Notwendigkeit angesprochen, unsere Polizei in ihrer Aufgabe besser zu würdigen als bisher. Auch hier möchte ich zurückverweisen auf meine Ausführungen zum Selbstverständnis der Gesellschaft. Wenn wir uns erinnern, daß unser Polizeibegriff aus dem Allgemeinen Preussischen Landrecht von 1794 stammt, so sind inzwischen so viele gesellschaftliche Wandlungen über die Bühne der Zeit gegangen, daß es richtig ist, sich einmal einem neuen Polizeiverwaltungsgesetz mit einem neuen Verständnis der polizeilichen Aufgaben überhaupt zuzuwenden. Wir möchten, daß die Polizei - nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich den Karl-Schnittschen-Begriff hier so hart gebrauche - aus dem Freund-Feind-Verhältnis herauskommt, daß sie nicht mehr der Ordnungssoldat ist. Wenn ich „Soldat“ sage, dann sage ich nichts gegen die Soldaten; denn ihnen sind andere Aufgaben gestellt. Vielleicht war früher der Polizei in unserer Gesellschaft eine Aufgabe gestellt, die der des Soldaten ähnlich war, es aber in unserer Gegenwart ganz bestimmt nicht mehr ist. Die Ordnungsfunktion der Polizei in unserer Gesellschaft muß anders bestimmt werden, und zwar aus der Selbstentfaltung dieser Gesellschaft, die natürlich Ordnungsorgane braucht. Aber diese Ordnungsorgane dürfen letztlich nicht im Widerstreit zur Gesellschaft selbst stehen. Sie sind nicht der Büttel irgendeiner staatlichen Ordnung, sondern sie sind der Diener der Gesellschaft in ihren Ordnungsfunktionen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Dr. Kohl hat fast zum Schluß die Arbeitskammern angesprochen. Ich darf Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident, daß dieser Begriff für mich eigentlich der Einstieg ist in eine Grundkonzeption politischer Natur bei Ihnen. Kammern haben sicher viel für sich, bedeuten aber auch die ständische Gliederung. Jetzt möchte ich an meine Ausführungen von vorhin erinnern. Wir möchten die integrierte Gesellschaft, aber unter keinen Umständen

(Munzinger)

den die formierte Gesellschaft. Hier steckt eine Versuchung drin, die Gesellschaft zu formieren.

Wenn Sie die Zustimmung - das erkläre ich hier im Namen der SPD-Fraktion - der Gewerkschaften, die ja die Interessen der Arbeitnehmerschaft über lange Epochen unserer Geschichte, und zwar eingegliedert in die Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes, vertreten haben, dafür erhalten, dann erhalten Sie unsere auch.

(Unruhe und lebhafter Widerspruch bei der CDU.  
- Glocke des Präsidenten.)

- Dazu können Sie ja nachher Stellung nehmen.

Ich möchte nun zum Schluß meiner Ausführungen kommen. Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin schon gesagt: Herr Dr. Altmeier ist gegangen, die CDU ist geblieben. - Damit erwarten wir auch keine Überraschungen auf der politischen Ebene.

Ich gebe Ihnen aber zu, Herr Ministerpräsident Dr. Kohl, daß Sie, so wenig Sie in Ihrer Regierungserklärung die Aufgaben konkretisiert haben, aber sicher genauere Vorstellungen von dem haben, was künftig zu tun sein wird. Hätten Sie die Konkretisierungen gebracht, dann wäre das von der Tatsache her allein eine Kritik an Ihrem Vorgänger gewesen. Ich verstehe, daß Sie sich diese Kritik versagt haben. Wir haben für diese Schonung - und damit auch für die Schonung Ihrer Partei - Verständnis. Doch möchte ich jetzt - und das in aller Freundlichkeit - sagen: Bei Philippi sehen wir uns wieder! - nämlich in anderthalb Jahren, wenn es darum geht, die Politik der neuen Regierung zu wägen, wobei ich hoffe, daß bis dahin bei Ihrem mir bekannten Verständnis für die Rolle der Opposition auch Möglichkeiten institutionell eröffnet werden, uns darzustellen. Herr Dr. Kohl, ich bin vor einiger Zeit von der Presse gefragt worden, was ich als Chef der SPD-Fraktion sagen würde, wenn Sie unter Überspringen des Landes Rheinland-Pfalz gleich nach Bonn gingen. Ich habe das ganz ehrlich gesagt und erklärt, daß ich das außerordentlich bedauern würde. Sie haben nämlich so viel Schecks in Ihrer Rolle als Parteichef und Fraktionsführer auf die Zukunft dieses Landes gezogen, daß ich mich freue, wenn es Ihnen gelingt, sie einzulösen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

**Präsident Van Volxem:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gaddum (CDU).

**Abg. Gaddum:**

Herr Präsident, sehr verehrte Damen, meine Herren! Herr Kollege Munzinger, Sie haben etwas hier liegen lassen, daß die SPD sich nur zögernd dem Beifall für Altmeier anschloß.

(Abg. Munzinger: Das dürfen Sie an sich nehmen!)

Ich habe damit gleich den Einstieg für das, was ich hier zu sagen habe. Ich bin in der etwas schwierigen Situation, da Sie nicht ganz unerhebliche Passagen Ihrer Erklärung teilweise an den bisherigen Ministerpräsidenten, teilweise an den neuen gerichtet haben. Das

war nicht immer ganz eindeutig zu unterscheiden, wer nun von beiden gemeint war.

(Abg. Munzinger: Die CDU!)

- Jawohl, aber wir setzen uns natürlich auseinander mit der Erklärung dieser Regierung, wobei ich Ihnen gleich zu Beginn sagen möchte, daß diese neue Landesregierung - es ist eine neue Regierung - von uns sehr bewußt gesehen wird in der Kontinuität der politischen Entwicklung dieses Landes.

(Beifall bei der CDU.)

Daß diese Kontinuität natürlich im Personellen gilt, spiegelt sich wider in der Beibehaltung des Kabinetts der letzten Landesregierung, das spiegelt sich auch wider darin, daß wir ganz bewußt aufbauen im Sachlichen auf den Leistungen der bisherigen Landesregierungen unter dem Ministerpräsidenten Peter Altmeier.

(Erneuter Beifall bei der CDU.)

Ich habe alles Verständnis dafür - das honoriere ich -, wenn die sozialdemokratische Fraktion ausdrücklich hier noch einmal erklärt hat, daß sie die Person Peter Altmeier achtet, ehrt, respektiert und ihr auch ihren Beifall nicht versagt. Sie werden andererseits verstehen, daß wir als CDU-Fraktion darüber hinaus auch gerade die politische Leistung dieses Mannes ausdrücklich anerkennen und daß auch die jüngere Generation - lassen Sie mich das hier sagen als ein Vertreter dieser Generation - das, was hier geschehen ist, anerkennt und nicht die Verdienste dieser Zeit zu leugnen bereit ist.

(Weiterer Beifall bei der CDU.)

Es ist eine etwas andere Situation, in der diese Regierungserklärung abgegeben wurde als vor etwa zwei Jahren. Damals wurde eine Regierungserklärung abgegeben nach Wahlen. Wenn man diese Erklärung heute nachliest, hat sich das sicher niedergeschlagen in der Diskussion um diese Erklärung. Die heutige Regierungserklärung ist abgegeben für eine Regierung, die noch zwei Jahre im Amt sein wird. Ich glaube, daß es von daher nur konsequent ist, wenn sie an das, was bisher in diesen letzten zwei Jahren in diesem Land geschehen ist, anknüpft und ganz bewußt diese Linie weiterführt. Natürlich - darin besteht gar kein Meinungsunterschied, das gehört auch zur Offenheit der politischen Auseinandersetzung, das so zu sagen - bedeutet dieser Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten ein, wie Herr Dr. Kohl es gesagt hat, Generationswechsel. Ich glaube, daran sollte man gar nicht vorbeigehen, und das sollte man gar nicht leugnen. Das ändert nichts daran, daß wir die politische Grundhaltung der CDU weiterführen. Wir haben Ihnen ohne weiteres Beifall spenden können, als Sie sagten, daß diese CDU CDU bleibt. Natürlich bleibt sie es. Und zu Ihrem Leidwesen werden Sie sich wahrscheinlich noch lange mit ihr auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist nach unserem Verständnis, auch des politischen, eine durchaus gesunde Entwicklung und eine ganz normale Sache, daß jeder, der im politischen Bereich tätig ist, auch seine eigene Handschrift entwickelt. Selbstverständlich wird diese Handschrift eines Ministerpräsidenten Dr. Kohl anders sein als die eines

(Gaddum)

Ministerpräsidenten Dr. Altmeier. Ich will sagen, daß ich darin gar kein Negativum sehe. Ganz im Gegenteil. Es ist auch heute noch so, daß Menschen Politik machen und dieser Unterschied im Stil, den Sie sicherlich in manchen Punkten der Regierungserklärung gefunden haben, zu bejahen ist. Wir halten ihn für eine Notwendigkeit. Das bedeutet keinerlei Abwertung dessen, was geschehen ist. Aber das bedeutet sehr nüchtern gesehen, daß auch die Menschen, die in der Entwicklung wechseln, in dieser Politik andere Verhaltensweisen mitbringen und von ihrer Sicht und aus ihrer Erfahrung heraus Politik prägen. Ich sage ganz bewußt: nach ihren Erfahrungen. Herr Kollege Munzinger, Sie meinten, daß Herr Dr. Kohl in seiner Regierungserklärung papieren und an der Oberfläche geblieben sei in der Würdigung des Ministerpräsidenten Altmeier.

(Abg. Munzinger: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, das ist in dem Zusammenhang gesagt worden.

(Abg. Munzinger: Im Zusammenhang mit der Betrachtung der Gesellschaft!)

- Gut!

(Abg. Fuchs: Da müssen Sie sich schon einen anderen Popanz aufbauen, das funktioniert nicht!)

- Entschuldigen Sie, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Fuchs, bin ich gerne bereit, dann wenn etwas korrigiert wird, ihn nicht mehr aufzubauen.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Fuchs: Sehr gut! Aber Sie können keine menschliche Hürde zwischen Herrn Altmeier und uns aufbauen!)

- Entschuldigen Sie, das habe ich weder getan noch beabsichtigt.

(Widerspruch bei der SPD.)

Nein, nein! Herr Kollege Fuchs, ich habe keineswegs die Absicht, hier eine Hürde aufzubauen. Ich glaube gerade das, was von Herrn Dr. Kohl hierzu gesagt worden ist - hier hat er völlig auch für die CDU-Fraktion gesprochen -, hat das ganz eindeutig widerlegt. Ich habe über den politischen Weg auch eines solchen Wechsels im Amt eindeutig meine Meinung gesagt. Ich meine, es ist notwendig, dies auch nicht zu leugnen. Es hat keinen Sinn, es in der Öffentlichkeit so darzustellen, als würde sich hier gar nichts ändern. Wir tun das nicht. Wir sagen durchaus, daß hier ein Wechsel stattfindet, auch im politischen Stil, auch in manchen Zielsetzungen. Warum soll man das leugnen? Aber wir anerkennen immer wieder - das gehört eben dazu - die politische Leistung eines Mannes, der die Grundlagen geschaffen hat, auf denen wir heute aufbauen und weiterbauen können.

Es wurde gesagt, es sei keine neue Regierung und es sei nichts Neues. Herr Kollege Munzinger, ich verstehe durchaus Ihre Situation oder sagen wir besser: Ich gebe mir Mühe, Sie zu verstehen. Sie haben mit dem derzeitigen Ministerpräsidenten in seiner Funktion als Sprecher der CDU-Fraktion schon manche Auseinandersetzung austragen können hier in diesem Hause. Sie kennen ihn und wissen auch, was Sie von ihm zu erwarten haben als Ministerpräsident.

(Abg. Munzinger: Wir sind beide Pfälzer, und ich glaube, wir verstehen uns ganz gut!)

- Wunderbar!

(Abg. Fuchs: Das soll nicht heißen, daß hier pfälzische Politik gemacht wird!)

- Ich dachte, Sie wollten darauf hinweisen, daß auch die Rheinessen ihn verstehen könnten, Herr Kollege Fuchs.

(Heiterkeit im Hause.)

So ganz selbstverständlich - das muß ich noch einmal betonen - könnte ich mir denken, ist das auch für den Herrn Kollegen Fuchs nicht.

(Abg. Fuchs: Es wird hier im Hause nicht nur pfälzische Politik gemacht!)

- Nein, zweifellos nicht. Da haben Sie ganz recht. Und Sie dürfen davon ausgehen, daß dieser neue Ministerpräsident nicht nur pfälzische Politik macht, sondern der Ministerpräsident dieses Landes ist. Das ändert aber nichts daran, daß ich mich darüber freue, wenn der Herr Kollege Munzinger meint, daß das Verständnis zwischen dem Oppositionsführer und dem Regierungschef gut sein wird. Damit hat er genau auch das verstanden, was der Ministerpräsident gesagt hat, als er die Opposition angesprochen hat. Ich glaube, daß es nicht selbstverständlich ist, daß ein Ministerpräsident bei seiner ersten Regierungserklärung in dieser Form die Opposition ganz bewußt und positiv anspricht.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bin der Meinung, daß man das auch honorieren sollte von Ihrer Seite aus.

(Abg. Munzinger: Das darf aber nicht im Platonischen sein!)

- Entschuldigen Sie bitte, nach dem, was Herr Dr. Kohl vorher schon erklärt hat, etwa in seinem Angebot zum Beispiel des besoldeten Oppositionsführers und einigen anderen Dingen - -

(Abg. Munzinger: Das meine ich nicht!)

- Entschuldigen Sie, es gibt durchaus Meinungen, daß das auch dazu gehört; das mag Ihre Meinung nicht sein: - auch eine Bereitschaft zur besseren Information besteht.

Auch das hat er ja bereits erklärt; wenn man will, kann man das hören.

(Abg. Dr. Skopp: Das ist wesentlich!)

- Natürlich ist das wesentlich! Ich halte aber dafür, es gehöre mit zu diesem guten Stil, daß, auch wenn Sie in der Hinsicht mir durchaus berechtigt erscheinende Wünsche haben - ich möchte das von meiner Sicht als Sprecher der Regierungsfraktion gerne einräumen -, doch solche Dinge unterbleiben, die praktisch darauf hinauslaufen, eine Partei in ihrem demokratischen Verhalten wesentlich über die andere stellen zu wollen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Sehen Sie, Sie haben in einem Nebensatz gesagt: Wir haben keine institutionalisierte Staatspartei. - Ich stimme Ihnen soweit zu. Wir haben auch allerdings keine Partei, meine ich, die von sich behaupten kann - auch die SPD nicht -, nur sie habe ein ungebrochenes Verhältnis zur Demokratie; und eine solche Behauptung

(Gaddum)

tung, wie sie in einer kürzlich erschienenen sehr großen Anzeige zu lesen war, paßt dann doch auch nicht und dürfte an sich nicht aufgestellt werden.

(Lebhafter Beifall der CDU. - Abg. Munzinger:  
Herr Kollege, ich habe das nicht gesagt!)

Oder es dürfte dann zum Beispiel auch nicht auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg gesagt werden: Die Demokratie wird in diesem Lande immer nur soweit gesichert sein, wie sie mit sozialistischem Inhalt gefüllt wird. - Das ist eine Aussage von Herrn Steffens in Nürnberg.

Nun können Sie freilich entgegnen, das alles habe hier nichts zu tun; da Sie aber die CDU als Partei angesprochen haben, erlauben Sie auch mir, Sie, die SPD, ebenfalls als Partei anzusprechen. Und weil ich ein hohes Verständnis von den Rechten und Möglichkeiten, wie aber auch von den Pflichten der Opposition habe, bin ich der Meinung, daß Sie auf der anderen Seite konsequenterweise ebenso gegen solche Veröffentlichungen und Angriffe angehen sollten. Wir sollten uns doch nicht in dem Glauben zu überbieten versuchen, der eine sei ein besserer Demokrat als der andere.

Gemessen an der Kürze der Zeit, für die sie abgegeben ist, enthält die Regierungserklärung eine Fülle von Problemen und Aufgabenstellungen, und es kann einem vor solcher Fülle schon recht angst werden.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Ich halte es deshalb für entscheidend wichtig und notwendig, daß die Regierung - ich decke mich dabei durchaus mit Herrn Munzinger, der ja erklärt hat, daß er diese Regierung nicht beneidet - diese Fülle der Probleme sieht, wie es offensichtlich zutrifft; dies auch insoweit, als, worüber man sich klar sein muß, nicht all das, was sich da an Aufgaben vor uns auftürmt, in kürzester Zeit, nämlich in ein, zwei Jahren, zu bewältigen sein wird. Aber es scheint mir unerlässlich gewesen zu sein - und das dürfte sich auch mit anderen Vorstellungen in diesem Hause treffen -, daß der Themenkreis, auch soweit er uns über die nächsten zwei Jahre hinaus beschäftigen wird, in der Regierungserklärung sehr deutlich, wenigstens in den Schwerpunkten, angesprochen wurde. Daß dabei einzelne Punkte zu kurz geblieben sein mögen oder nicht erwähnt worden sind, liegt, glaube ich, auf der Hand, Herr Kollege Munzinger. Es ist ja zu Beginn von Herrn Dr. Kohl gesagt worden, daß es in einer solchen Erklärung nicht möglich - und wohl auch nicht tunlich - ist, all das im einzelnen aufzuzählen, was vor uns liegt. Ich würde sagen, es ist auch ein Stück Parlamentsreform, wenn wir uns in derartigen Dingen nicht immer von neuem wiederholen. Ich werde es mir darum auch ersparen, das jetzt zu tun. Freilich ist es jedoch notwendig, auf einige Punkte einzugehen, die Linien zu sehen, die weiter gezogen werden müssen in der Politik der kommenden Jahre, egal von welcher Regierung sie gestaltet werden wird. Diese Linien sind in der Regierungserklärung sehr prägnant aufgerissen worden. Ich bin auch froh darüber, daß zu der gesellschaftspolitischen Situation unserer Zeit eine klare Aussage getroffen wurde. Wohl stehen wir jedesmal bei solchen oder ähnlichen Erklärungen ganz unmittelbar unter dem Eindruck dessen, was politisch akut ist, was aktuell ist; was aber gegenwärtig geschieht in der deutschen Öffentlichkeit, bedarf sicherlich einer Aufmerksamkeit, die über den Augenblick hinausgeht.

Die CDU-Fraktion folgt der Regierung darin, daß wir bereit sein müssen, uns in allen möglichen Entscheidungen und Institutionen immer wieder in Frage stellen zu lassen. In den verschiedensten Gesetzentwürfen - seien es solche, die uns schon auf dem Tisch liegen, oder seien es vorerst nur angekündigte, noch auf uns zukommende - kehrt ja auch immer wieder das Wort „Reform“. Dabei möchte ich allerdings davor warnen, zu glauben, daß da ein festliegender Reformkatalog vorhanden sei, der abgeschlossen werden könne, und damit sei gleichsam unser Klassenziel erreicht. Wir werden uns damit befreunden müssen - und genau hier setzt ja diese Kritik an -, daß auch unser Staat in allen seinen Ausprägungen eine *res publica semper reformanda* ist; das heißt also, daß wir zu keinem Zeitpunkt sagen können, jetzt sind wir am Ziel. Das sage ich im Hinblick auf die Frage der Länderneugliederung, das sage ich im Hinblick auf die Verwaltungsreform, und das sage ich auch im Hinblick auf den ganzen Bereich der Sozialpolitik und Schulpolitik; wobei die beiden letzteren Begriffe nach meinem Dafürhalten sehr viel enger zusammen gesehen werden müssen, als wir dies bislang getan haben.

(Abg. Munzinger: Sehr richtig!)

In all diesen Bereichen müssen wir jederzeit bereit sein, bisherige Positionen in Frage zu stellen; und ich halte deshalb auch nicht allzuviel davon, wiewohl das natürlich politisch - Sie, uns - immer wieder verlockt, zu argumentieren: Das hast du gestern gesagt, und das sagst du heute.

(Abg. Frau Hermans: Das stimmt!)

Ich spreche mich davon gar nicht frei, das immer wieder reizend zu finden. Nur, meine ich, müssen wir uns in allem Ernst damit vertraut machen, daß ein Politiker, der nicht bereit ist, auch über sein Gestern hinauszugehen und dazuzulernen, fehl am Platze ist.

(Beifall der CDU.)

Gerade diese Bereitschaft, sich zur Diskussion zu stellen, aber auch selber in Frage stellen zu lassen, begrüßen wir an der neuen Landesregierung, und sie kann dabei der Unterstützung der CDU-Fraktion gewiß sein.

Ich erwähne in dem Zusammenhang noch den Fragenkreis der Parlamentsreform - wir werden heute oder morgen zu einigen Punkten darüber sprechen -, denn zu dem, was sich selbst wieder in Frage stellen lassen muß, gehört zweifellos auch unsere Form des Parlamentarismus; ich sage: unsere Form des Parlamentarismus. Wir werden dabei nicht an Entscheidungen vorbeikommen, die für einzelne teilweise sehr hart sein können. Ich bin aber der Meinung - und ich stimme Ihnen da zu -, daß dies eine Frage nicht nur der jüngeren Generation ist, sondern auch der älteren; nur stellt die jüngere diese Forderung ohne Hemmungen, und es ist eben das Vorrecht der Jugend, daß sie auch in dem Punkte kompromißloser ist, nämlich daß vieles an unserem Parlamentarismus heute konturlos geworden ist, eingefahren ist, sich in Formen festgebissen hat, die nun also wirklich nicht mehr reizvoll - im wahrsten Sinne reizvoll - sind für den politischen Randsiedler in unserem Staate. Diesen politischen Randsiedler anzusprechen, ist aber sicher eine eminent wichtige Aufgabe der politischen Parteien, insbesondere der

(Gaddum)

politischen Parteien, wie sie hier in unserem Parlament arbeiten und zusammenarbeiten.

Dazu gehört auch das Anliegen - und das lassen Sie jetzt den Parlamentarier an die Adresse der Regierung richten -, daß die entscheidenden politischen Auseinandersetzungen in diesem Hause geführt werden - im Interesse einer Stärkung und Sicherung seines politischen Gewichts und Ansehen -, wie auch die Möglichkeiten, die wir geschäftsordnungsmäßig haben, nach allen Richtungen hin auszubauen - Sie haben in einem Nebensatz zum Beispiel die Fragestunde erwähnt -, daß wir dieses Parlament tatsächlich wieder zu dem Gespräch, zu dem Hin-und-Her-Sprechen zurückführen und wegkommen von den Monologen.

(Beifall der CDU.)

Das mag sicherlich auch mancherlei Erschwernis bringen, die Arbeit nicht durchweg erleichtern; ich finde jedoch, daß die großen Stunden der deutschen Parlamentsgeschichte immer die gewesen sind, in denen man in den Parlamenten in der Form des Gespräches sich mitunter sehr harte Wahrheiten gesagt hat, daß die großen Monologe zwar große politische Stunden gewesen sein können, aber nie Sternstunden der Parlamente waren. Ich glaube jedenfalls, daß die Zukunft des Politischen in diesem Lande darin liegen muß, das Gespräch, das ein politisches Gespräch ist, mehr zu pflegen, stärker in den Vordergrund zu rücken.

Zu den einzelnen Punkten, die Sie angesprochen haben, lassen Sie mich nur einige wenige herausgreifen, Herr Kollege Munzinger. Die Gemeinden mit ihrer Belastung sind durchaus angesprochen und gesehen worden. In der Regierungserklärung ist gesagt worden, daß wir das Finanzausgleichsgesetz reformieren müssen, und gerade in diesem Gesetz ist ein erheblicher Teil des von Ihnen angesprochenen Sachverhalts enthalten. Dies wird durchaus gesehen. Auf der anderen Seite ist es nach meinem Dafürhalten nur konsequent, daß man eine solche Reform erst dann in Angriff nimmt, wenn sich die zu erwartenden Entwicklungen übersehen lassen. Die auf diesem Gebiet aufgetretenen Tatsachen haben leider unsere vor etwa einem halben Jahr gefaßte Meinung überrollt, daß wir diese Finanzausgleichsangelegenheiten vernünftig erst dann regeln können, wenn wir sehen, was in diesem Bereich von Bonn auf uns zukommt; denn sonst sind wir mit Sicherheit binnen kurzer Zeit wieder genötigt, die entsprechenden Bestimmungen ändern zu müssen. Insofern halte ich es für durchaus konsequent, daß die Landesregierung entgegen unserem Wunsche erst im Herbst einen entsprechenden Entwurf vorlegt, da wir dann die vom Bund auf die Gemeinden zukommende Entwicklung besser übersehen und auch in die Vorlage einarbeiten können.

Die Gemeinden sind ein Teil dieses Staates - Sie haben das Bild eines Hauses gezeichnet -, dessen Bedeutung von uns nicht unterschätzt wird. Herr Kollege Munzinger, der Bürger, der gleichzeitig Gemeindebürger ist, ist jedoch auch Staatsbürger, Bürger des Landes und Bürger der Bundesrepublik, also des Gesamtstaates. Wir sollten uns nichts darüber vormachen, daß es für den Bürger der entscheidende Punkt ist, daß die Leistungen, die er von der öffentlichen Hand insgesamt erfüllt sehen möchte, auch zustande kommen. Von welcher Instanz sie erfüllt werden, ist für ihn sekundär.

(Abg. Munzinger: Gestatten Sie mir eine Zwischenfrage?)

**Präsident Van Volxem:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Munzinger (SPD)?

**Abg. Gaddum:**

Ja, bitte schön!

**Abg. Munzinger:**

Herr Kollege Gaddum, ich glaube doch, daß wir uns dahin verstehen, daß das Verhältnis des Bürgers zum Staat letztlich aus seinen Erfahrungen mit dem Staat in der Kommune bestimmt wird.

**Abg. Gaddum:**

Ich war fast geneigt, zu sagen: Zu wahr - aber ich hatte geglaubt, der Satz hätte einen anderen Schluß. Das Verhältnis des Bürgers hängt entscheidend von den persönlichen Erfahrungen ab, die er mit der kommunalen Verwaltung sammelt. Dies ist nicht unbedingt eine Frage des finanziellen Leistungsvermögens, sondern in viel stärkerem Maße eine solche der Persönlichkeit. Hier bin ich allerdings der Meinung, daß das, was etwa in Richtung auf den Staat und auf seine Selbstdarstellung auch vom Herrn Ministerpräsidenten gesagt wurde, in gleicher Weise auch für die Kommunen gilt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, wir sollten sie nicht davon ausschließen. Wir haben auf diesem Sektor tüchtige Leute, aber auch solche, die sich mit mancherlei autoritären Zügen nicht vor anderen Leuten in der Staatsverwaltung zu verstecken brauchen. Gerade die Gemeinden werden in diesem Punkt in einer ganz besonderen Weise vom Bürger beobachtet; denn hier erfährt er, ob ihm sein Bauantrag abgelehnt oder genehmigt wurde und wie schnell das geht. Auf welche Behörde geht der Bürger denn? Wir haben hierüber während der Aussprachen über die Verwaltungsreform diskutiert. Zum Regierungspräsidium kommt er sehr selten, zum Landratsamt schon öfter. Am häufigsten geht er zweifelsohne zu seinem Bürgermeister.

(Abg. Munzinger: Sind Sie also für die Verlagerung der Zuständigkeiten nach unten?)

- Selbstverständlich sind wir für die Verlagerung von Zuständigkeiten nach unten; dies ist außerdem nicht strittig. Entscheidend ist natürlich, daß derjenige, der die Zuständigkeiten besitzt, auch etwas Vernünftiges aus ihnen macht.

(Beifall der CDU. - Abg. Munzinger: Sehr richtig!)

Und hier ist in der Regierungserklärung genau das Problem angesprochen, das auch wir nochmals unterstreichen wollen.

(Abg. Dr. Skopp: Sagen Sie uns doch jetzt gleich Ihre Meinung zur Landratsfrage!)

- Unsere Meinung zur Landratsfrage. Herr Kollege Dr. Skopp, haben wir sehr eindeutig gelegentlich der letz-

(Gaddum)

ten Novellierung des Selbstverwaltungsgesetzes geäußert. Ich glaube, diese Antwort genügt Ihnen.

(Abg. Dr. Skopp: Nein, sie genügt mir nicht! - Abg. Hörter: Er will eine andere hören! - Unruhe und Bewegung im Hause.)

- Es tut mir leid, eine andere Antwort kann ich Ihnen nicht geben; dies ist noch immer unsere Meinung.

(Abg. Dr. Skopp: Das tut auch mir leid!)

Wir werden uns allerdings über einige Punkte des Selbstverwaltungsgesetzes in absehbarer Zeit sicherlich unterhalten müssen.

(Abg. Vondano: Sehr richtig!)

Ob die Überlegungen allerdings in diese Richtung gehen, das möchte ich bezweifeln.

(Abg. Hörter: Sehr gut! - Vereinzelt Beifall bei der CDU. - Abg. Fuchs: Wollen Sie ein bißchen billig drohen - - - ?)

- Drohen? Nein.

(Abg. Fuchs: - - - oder was wollen Sie damit sagen? Wollen Sie sagen: Wir werden einmal an die sozialdemokratischen Oberbürgermeister gehen, oder was wollen Sie sagen? Die Landräte lassen Sie gewähren - - -)

- Ich verstehe gar nicht, womit ich Ihnen gedroht haben sollte, Herr Fuchs.

(Abg. Fuchs: Ja, ja. Ich hätte das gerne einmal von Ihnen gehört! - Glocke des Präsidenten.)

- Nein, nein.

(Abg. Fuchs: Ich hätte das gerne einmal gehört, was Sie damit meinen! Ich hätte es gerne einmal gehört! - Unruhe und Bewegung im Hause.)

- Ich bin der Meinung, daß das, was ich über das Gewicht der Person und der persönlichen Leistung in der kommunalen Selbstverwaltung gesagt habe, nicht nur für die Oberbürgermeister, sondern selbstverständlich auch für die Landräte gilt.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU.)

- Habe ich das ausgenommen?

(Heiterkeit bei der CDU.)

Die Frage des staatlichen Landrats, die der Herr Kollege Dr. Skopp angesprochen hat, hat damit gar nichts zu tun.

(Abg. Dr. Skopp: O doch!)

- Nein. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß eine Verwaltungsinstitution, wenn sie kommunalisiert wird, bürgerfreundlicher wird.

(Widerspruch bei der SPD.)

Das ist nach meinem Dafürhalten per se gar nicht der Fall. Es ist eine Frage, was die jeweilige Person aus diesem Amt macht!

(Beifall der CDU und bei der FDP.)

Ich kann Ihnen eine Reihe von Landräten nennen, die in dieser Hinsicht sicherlich manchen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, und diese sind nicht nur sozialdemokratisch, wir haben ja Gott sei Dank auch andere, etwas vormachen.

(Heiterkeit bei der CDU. - Widerspruch bei der SPD.)

Sie haben die Frage der Schulpolitik in einigen Nebensätzen angesprochen, Herr Kollege Munzinger. Der Begriff der gegliederten Leistungsschule kann eigentlich, wenn man die kulturpolitische Diskussion etwas verfolgt hat, nicht so einfach abgetan werden, wie Sie es getan haben, indem Sie die Frage stellten: War die bisherige Schule keine Leistungsschule? - Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie die bisherigen Diskussionen um dieses Thema und auch die entsprechenden Publikationen so wenig verfolgt haben, daß Sie der Meinung sind, daß nichts darüber gesagt sei, was sich hinter diesem Begriff verstecke. Dieser Begriff hat in der heutigen Diskussion durchaus einen Inhalt; allerdings muß man sich diesen Inhalt aneignen. Es wäre jedoch nicht Aufgabe der Regierung gewesen, hier diesen Begriff näher zu erläutern. In der kulturpolitischen Diskussion ist sehr wohl deutlich, was hiermit gemeint ist.

Sie haben einige Punkte der Regierungserklärung herausgegriffen. So sprachen Sie beispielsweise bezüglich der Kindergärten den Sozialminister und dessen Vorstellungen über den Ausbau des Kindergartenwesens in diesem Lande an. Der Sozialminister ist sicherlich weit davon entfernt, sich Lorbeerblätter anzuheften.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD.)

Wir wissen, daß wir in diesem Lande gerade auf dem Gebiet der Kindergärten in einer Situation sind, die jeden Vergleich in der Bundesrepublik aushalten kann!

(Beifall der CDU.)

Dies ist, nebenbei bemerkt, nicht in erster Linie ein Verdienst des Staates oder der Gemeinden - hier haben sie sich ein falsches Lorbeerblatt angeheftet; denn 80% dieser Kindergärten haben freie und nur 20% kommunale Träger.

(Beifall der CDU.- Abg. Fuchs: Aber wer bezahlt sie?)

**Präsident Van Volxem:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Munzinger (SPD)?

**Abg. Gaddum:**

Ja!

**Abg. Munzinger:**

Bezweifeln Sie unsere kommunale Dankbarkeit gegenüber den Trägern?

(Widerspruch bei der CDU. - Abg. Schwarz: Das hat doch niemand gesagt!)

Bezweifeln Sie andererseits die finanzielle Beteiligung der Gemeinden gegenüber diesen Trägern?

(Erneuter Widerspruch bei der CDU. - Abg. Schwarz: Auch nicht, nein!)

Abg. **Gaddum:**

Ich habe keinen Grund, die Dankbarkeit zu bezweifeln. Wenn dieses Thema hier angesprochen wird, gehört dazu, daß Sie das dann auch noch sagen.

(Abg. Munzinger: Habe ich auch!)

- Nein.

(Abg. Munzinger: Lesen Sie es nach!)

Sie haben in diesem Zusammenhang vornehmlich die Verdienste der Gemeinden angesprochen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß die Gemeinden sich auf diesem Gebiet als Gemeinden zweifellos stärker engagieren müssen - ich sage dies auch als Ratsmitglied - und dabei nicht wieder sofort nach dem Staat rufen können. Ich halte nichts von einer Selbstverwaltung, die sich im Grunde genommen darin erschöpft, daß sie dann, wenn etwas nicht funktioniert, nach dem Staate ruft!

(Beifall der CDU.)

**Präsident Van Volxem:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Kölsch (SPD)?

Abg. **Gaddum:**

Ja!

(Abg. Fuchs: Das ist gegenüber den Gemeinden und Kreisen eine tolle Feststellung. - Glocke des Präsidenten.)

Abg. **Frau Kölsch:**

Herr Abgeordneter Gaddum, plädieren Sie - - -

(Abg. Fuchs: Wir verzichten gern auf den Staat mit seinen - - -. - Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Van Volxem:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kölsch!

(Abg. Gaddum: Wer sind „wir“? - Abg. Fuchs: Ich als Oberbürgermeister! - Abg. Gaddum: Ach, so, Sie reden im Pluralis majestatis; entschuldigen Sie, das wußte ich nicht! - Heiterkeit bei der CDU.)

- Herr Fuchs, das Wort hat die Abgeordnete Frau Kölsch!

(Zuruf des Abg. Fuchs. - Unruhe und Bewegung im Hause. - Glocke des Präsidenten.)

- Herr Kollege Fuchs, ich muß Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Frau Kollegin Kölsch das Wort hat.

(Zuruf von der CDU: Er ist kein Gentleman! - Abg. Fuchs: In Ordnung; ich bitte um Entschuldigung!)

Abg. **Frau Kölsch:**

Herr Kollege Gaddum, plädieren Sie deshalb für ein vergrößertes Engagement der Gemeinden, weil sich vornehmlich die karitativen Träger nicht mehr berechtigen, Kindergärten zu bauen, da sie keine genügende Unterstützung der öffentlichen Hand, in erster Linie des Landes, für die laufenden Kosten erfahren?

Abg. **Gaddum:**

Damit haben Sie das Problem angesprochen; denn die Verantwortung für die laufenden Kosten gehört zur kommunalen Verantwortung.

(Abg. Munzinger: Eben!)

- Entschuldigen Sie bitte, natürlich weiß ich, daß die freien Träger genau deshalb vor einem weiteren Ausbau der Kindergärten zurückschrecken, weil sie die Folgelasten scheuen und diese nicht mehr tragen können.

Genau da ist der Punkt erreicht, wo ich sage, hier werden sich die Kommunen mehr engagieren müssen. Sehen Sie, ich komme aus einer Stadt. Sie wissen, was die Städte in dieser Hinsicht tun. Wir brauchen uns das nicht vorzurechnen. Dann wissen Sie genau so gut wie ich, daß das in keinem Verhältnis zu dem steht, was zum Beispiel die Gemeinden auf anderen Gebieten, etwa auf dem Gebiet der Sportpflege oder auf dem Gebiet des Schulwesens tun. Mir geht es nur darum, daß der vorschulische Bereich auch von den Gemeinden künftig gleichrangig mit anderen Bereichen gesehen werden muß.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU.)

In diese Aufgabe will ich sie rufen. Das bedeutet keineswegs, daß ich den Staat aus seiner Verpflichtung entlasse. Aber daß die Gemeinden hier zu einem stärkeren Engagement aufzurufen sind und daß dieses stärkere Engagement notwendig ist, kann jeder, der die Situation in den Gemeinden und in den Kindergärten kennt, nicht bezweifeln.

Wir danken in diesem Zusammenhang ausdrücklich den freien Trägern, die hier eine Aufgabe zu einem Zeitpunkt übernommen haben, als das Land - jetzt sage ich Staat als Oberbegriff für Gemeinden und Staat - diese Aufgabe noch nicht wahrnehmen können. Wir haben aber sicherlich jetzt hier die Aufgabe, da sie an die Grenze des finanziellen Leistungsvermögens angekommen sind, sie hier zu entlasten.

Herr Kollege Munzinger! Sie haben im Zusammenhang mit dem Begriff Arbeitskammer einen für mich sehr bemerkenswerten Satz geprägt. Sie werden erwartet haben, daß dieser Satz nicht so ohne weiteres untergeht. Wir haben durchaus Verständnis dafür, daß es zu dieser Frage der Arbeitskammern unterschiedliche Meinungen geben kann. Dies ist aus den vorherigen Diskussionen um eine kleine Anfrage schon deutlich geworden. Wir wissen das. Allerdings bin ich doch

(Gaddum)

etwas erschrocken, wenn Sie es so formulieren, daß Sie Ihre Zustimmung von der der Gewerkschaften abhängig machen.

Wir werden selbstverständlich erwarten, daß über diese Frage mit den Gewerkschaften gesprochen wird und daß man versucht, einen Consensus zu erreichen. Aber ich erkläre Ihnen ganz offen: Eine solche politische Frage von einem Verband - sei er auch noch so respektabel - abhängig zu machen, ist nach meinem Dafürhalten eines Parlamentes und einer politischen Partei unwürdig. -

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei der NPD.)

Ich bin der Meinung, daß wir sachlich zu dieser Frage schon zu einem Kompromiß kommen können. Wir verstehen diese Arbeitskammern nicht als ein Wiederaufleben ständischer Vorstellungen. Das möchte ich sehr deutlich sagen.

(Abg. Dr. Skopp: Aha! Das verstehen Sie so nicht, aber wie wollen Sie es ändern?)

- Wir verstehen sie so nicht und werden sie auch nicht so gestalten.

Auf der anderen Seite hat es keinen Zweck, daran vorbeizugehen. Es ist gerade in der Aussprache zur letzten Regierungserklärung vom Herrn Kollegen König sehr deutlich gesagt worden, daß es doch keinen Sinn hat, so zu tun, als wären in diesem Staat alle möglichen Gruppierungen und durchaus legitimen Interessengruppen einer Meinung. Sie sind es doch nicht. Welchem Phantom sollen wir nachlaufen, wenn man sie alle an einen Karren spannt und dann glaubt, daß sie schon notwendigerweise gemeinsam ziehen. Das ist natürlich für uns als Staat möglicherweise einfacher. Ich bin der Meinung, daß es gerade zu diesem Bild des Staates gehört, das in dieser Regierungserklärung hier gezeichnet wurde, daß man die offene Diskussion haben möchte und auch die offene Diskussion zwischen verschiedenen Institutionen, die natürlich von Interessen geprägt sind. Deshalb halte ich es für durchaus konsequent, daß man hier auch der Arbeitnehmerschaft ein öffentlich-rechtliches Sprachrohr geben will, das in dieser Form dann neben anderen das entsprechende Gesicht haben wird. Wir sind jedenfalls der Meinung, ihnen dieses Gesicht geben zu sollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Parlamentsreform habe ich vorhin angesprochen. Lassen Sie mich hierzu noch einiges sagen. Ein sehr wichtiger Punkt ist, daß dieses Parlament - nicht nur unser Parlament - in den Verdacht gerät, zu Dingen Stellung nehmen zu müssen, in denen es sich sachlich einfach überfordert weiß und trotzdem entscheiden muß. Wir stehen vor dem Dilemma, daß heute Probleme gesetzlich geregelt werden, sie so ins Spezielle gehen, daß der Großteil der Abgeordneten sie nicht mehr überschauen kann.

Sie werden fragen, warum ich das hier bringe. Ich werde es Ihnen sagen. Es ist unsere Bitte an die Spitze der neuen Regierung, im Gesetzgebungsverfahren die Möglichkeiten und die Arbeitsweise des Parlaments zu berücksichtigen. Das bedeutet zum Beispiel, daß wir bitten, daß bei Gesetzesvorlagen deutlich gemacht wird, welche Konsequenzen zum Beispiel solche Gesetze in

der Verwaltung haben und welche finanziellen Konsequenzen diese Gesetze haben.

(Beifall bei der NPD.)

Wir kennen alle solche Beispiele. Wir haben hier Gesetze verabschiedet, über deren Auswirkung wir uns hier im letzten gar nicht im klaren sein konnten.

Wir erwarten und wünschen von der neuen Regierung, daß diese Zusammenhänge stärker deutlich gemacht werden, um auch dem Parlament hier wieder eine echte und verantwortungsbewußte Entscheidung zu ermöglichen. Ich sage das mit vollem Ernst. Mir und wahrscheinlich auch Ihnen ist es oft genug schon so ergangen, daß man Gesetzen zugestimmt hat, über deren Tragweite man sich nicht im klaren war. Es gehört eben auch zu der Ehrlichkeit, die wir im politischen Bereich brauchen, daß wir das offen zugeben.

Ich möchte an die Landesregierung die Bitte richten, uns als Parlament hierbei Hilfe zu geben. Das ist nicht damit getan, daß alle möglichen parlamentarischen Dienste ausgebaut werden, sondern der entscheidende Punkt ist hier, daß bei der Einbringung der Gesetze in diesem Hause, zu diesen Gesetzen das gesagt wird, was das Verständnis des gesamten Parlaments dann findet.

Ich habe meine Ausführungen damit begonnen, indem ich darauf hingewiesen habe, daß diese Landesregierung nur zwei Jahre im Amt sein wird. Sie meinten, Herr Kollege Munzinger, daß Sie der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Dr. Kohl nicht zuletzt deshalb mit einiger Freude entgegenschauen, weil Sie meinten, er habe eine Reihe von Schecks gezogen, die noch einzulösen wären. Ich glaube, hier ist Ihnen ein Fehler in der Formulierung unterlaufen. Er hat eben keinen Wechsel gezogen, sondern er hat Schecks ausgestellt, und die sind in der Regel kurzfristig einlösbar im Gegensatz zu Wechseln.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie können sich darauf verlassen, - - -

(Abg. Fuchs: Der Saar-Pfalz-Kanal wird wohl kein so kurzfristig zu erfüllender Scheck sein! -  
Abg. Beckenbach: Wenn das Konto so stark ist! -  
Heiterkeit bei der SPD.)

- Herr Kollege Fuchs! Über die Formulierungen der Landesregierung zum Saar-Pfalz-Kanal wäre erst noch darzulegen, inwieweit darin ein Wechsel auf die Zukunft ausgestellt ist oder ein Scheck, weil die Landesregierung deutlich gemacht hat, daß sie dieses Projekt für notwendig hält und sich dafür einsetzt. Wenn Sie dies schon als einen Scheck betrachten, mögen Sie das tun. Ich bin der Meinung, daß das, was der Herr Kollege Munzinger angesprochen hat, etwas konkreter gemeint war. Hier haben wir gar keine Bedenken, daß es diese Landesregierung verstehen wird, mit den Schecks, mit denen diese Regierung antreten wird, zu arbeiten und sich das Kapital zu verschaffen, das für unser Land insgesamt nachher die Zinsen bringt. Sie sagen: „Bei Philippi sehen wir uns wieder!“ - Ich würde sagen: Wir warten getrost ab, was diese Landesregierung an Erfolgen bringen wird. - Wir sind der festen Überzeugung, daß die Ergebnisse der Arbeit dieser Landesregierung, der wir unsere volle Unterstützung zusagen, dem Wähler in zwei Jahren präsentiert

(Gaddum)

werden können. Dann stellen wir uns mit den Leistungen, die diese Regierung bisher erbracht hat, und das ist das Wiedersehen, wie sie sagten, bei Philippi. - Ich danke Ihnen!

(Beifall der Regierungsparteien.)

#### Präsident Van Volxem:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Danz (FDP).

Abg. Dr. Danz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben CDU und FDP eine Koalition für vier Jahre gebildet. Und nun zur Halbzeit dieser Legislaturperiode sehen wir, da der Mannschaftskapitän gewechselt hat, keinerlei Veranlassung, diese Vereinbarung in Frage zu stellen, sondern wir wollen - wie vereinbart - diese Koalition zu Ende führen; denn sie hat in den ersten beiden Jahren gut funktioniert. Der neue Ministerpräsident hat das auch hervorgehoben. Das bedeutet nicht unbedingt, daß, wenn etwas gut ist, es nicht noch besser werden könnte. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, von dem neuen Stil sprachen, so könnte ich mir auch im Verkehr mit dem Parlament noch einige Verbesserungen vorstellen.

(Abg. Munzinger: Auch dort?)

- Auch dort!

Die Koalition zwischen CDU und FDP besteht jetzt 18 Jahre, meine Damen und Herren, und der Chef dieser CDU/FDP-Regierungen war Ministerpräsident Dr. Altmeier. Es ist uns als Koalitionspartner ein Bedürfnis, Herr Dr. Altmeier, Ihnen Dank zu sagen für die Zusammenarbeit während dieser langen Zeit. Wir möchten Ihnen ausdrücklich den Respekt zollen für Ihre Verdienste um die Wohlfahrt unseres Landes.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Für eine große Mehrheit der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, auch bei einer großen Anzahl politisch Andersdenkender, galten Sie als der Landesvater. Und ich persönlich meine, das ist eigentlich der schönste Lohn, den man erhalten kann am Ende einer so langen Amtszeit als Regierungschef.

Der Regierungswechsel fällt - hierauf ist schon vielfach eingegangen worden - in eine innenpolitisch unruhige Zeit, was die Jugend betrifft, und Herr Munzinger hat recht, wenn er sagt, daß bei einem anderen Bevölkerungsteil eine ganz bestimmte Verdrossenheit herrsche, gegen die etwas unternommen werden müsse. Im Vordergrund des Betrachtungsfeldes allerdings steht eine kritische junge Generation, die herangewachsen ist und dem Staat und der Gesellschaft Probleme aufgibt. Der Herr Ministerpräsident Dr. Kohl hat in einem Hauptteil seiner Regierungserklärung sich dieser Problematik gewidmet und findet in seinem Eintreten und Einstehen für die Erhaltung und Festigung des parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates unsere volle Zustimmung. Auswüchse und Ausschreitungen, die die Grundlagen unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung gefährden, werden von uns grundsätzlich und absolut verurteilt.

Andererseits, meine Damen und Herren, sollten sich die politisch Handelnden aber auch überprüfen, ob sie wirklich in der Vergangenheit und auch in der jüngsten Zeit alle Möglichkeiten der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ausgeschöpft haben. Im Grunde sollten wir uns ja freuen, daß unsere Jugend, der gerne bis vor kurzem noch Desinteresse, Lethargie gegenüber der Politik attestiert wurde, sich anschickt, Anteil am politischen Leben zu nehmen und auch ihr Anrecht auf Mitgestaltung anmeldet.

Die Art und Weise, in der sich junge Menschen Gehör verschaffen, ist sicherlich alters- und generationsbedingt und sollte als die jungen Menschen gemäße Ausdrucksform erkannt werden. Womöglich sind wir sogar alle nicht ganz unschuldig, wenn die natürliche Ungeduld der Jugend inzwischen in eine Eskalation geraten ist. Dieser nachgeborenen Generation - ich übernehme hier einen Begriff des neuen Ministerpräsidenten, obwohl ich jetzt nicht unbedingt die Altersgenossen von Herrn Dr. Kohl meine, sondern die 20jährigen - fehlen ganz einfach die Bezugspunkte zu den großen Aufbauleistungen nach einem verlorenen Krieg. Sie sieht sich bewußtseinsmäßig den vorgefundenen Verhältnissen in der Gesellschaft konfrontiert und setzt sich nun geistig mit dieser Gegenwart und den Fragen der Zukunft auseinander. Von dort her halten wir die laut werdende Kritik für durchaus berechtigt. Konstruktive Kritik, meine Damen und Herren, ist immer gut! Und wenn sie über den Zweifel, der zunächst einmal alles in Frage stellt, zustande kommt, kann sie durchaus fundiert sein. Aufgabe von Regierung und Parlament ist es unseres Erachtens, sich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen, und wo sich das ergibt, auch Folgerungen aus ihr zu ziehen.

Wir Freien Demokraten sind dazu bereit und unterstützen den Ministerpräsidenten in seinem Bemühen, die Demokratie funktionsfähiger zu machen, das heißt, die Verständigung - wie er selbst sagt - zwischen Bürger und Staat zu fördern, das komplizierte Zusammenwirken der gesellschaftlichen Kräfte im demokratischen Staat durch mehr Öffentlichkeit transparenter zu machen und schließlich dem Bürger mehr Recht auf Mitwirkung zu geben. Vor allem diesem letzten Punkt dient unser Antrag, der auf der Tagesordnung dieser Plenarsitzung steht. Unseres Erachtens haben Grundgesetz, Landesverfassung und Selbstverwaltungsgesetz die Mitwirkung der Bürger im staatspolitischen Bereich nur recht schwach entwickelt. Und ausgehend von der Erkenntnis, daß darin ein wesentlicher Grund für das Unbehagen und die Abkehr vieler Bürger von Parteien und Staat zu sehen ist, legen wir diesen Antrag auf Stärkung der Bürgerrechte im Bereich der Gemeinden vor, den mein Kollege Dr. Storch später noch erläutern und begründen wird. Ich will ihm in der Sache nicht vorgreifen.

Auch unser Antrag auf Herabsetzung des Wahlalters zielt in diese Richtung. Wir wollen das gerade in diesen Altersklassen vorhandene politische Interesse zum Zuge kommen lassen und möglichst frühzeitig auch politische Verantwortung übertragen. Darüber hinaus scheint es uns dringend notwendig, das demokratische Prinzip in allen Lebensbereichen zu verankern. Bereits in der Schule sollte die stufenweise Mitbeteiligung beginnen. In Erziehung und Ausbildung müssen die Voraussetzungen grundgelegt werden für den mündigen, selbständig denkenden und zur Mitgestaltung bereiten demokratischen Staatsbürger. Nur das frühe persönliche Engagement erschließt am besten den Sinngehalt der Demo-

(Dr. Danz)

kratie mit der Respektierung von Mehrheitsentscheidungen, der die Jugend so oft mit Unverständnis gegenübersteht, und allerdings auch der Toleranz gegenüber Minderheiten.

Wenn ich jetzt auf die von dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Kohl in seiner Regierungserklärung aufgezeigten Grundsätze und Schwerpunkte zu sprechen komme, so hätte nach unserer Einschätzung der Wichtigkeiten das Kapitel über die Finanzpolitik doch einen etwas breiteren Raum einnehmen können. Ich gebe zu, daß wir als FDP hier vielleicht etwas befangen sind, aber nehmen Sie es dann subjektiv. Später sind Sie, Herr Ministerpräsident in Ihren Schlußsätzen noch einmal auf die ganze Tragweite der Finanzpolitik gekommen. Denn eines steht ja fest, und zwar, daß die finanzielle Lage erst die Grundlage für alle Leistungen des Landes und für die Verwirklichung des eigentlich recht anspruchsvollen Katalogs von Forderungen bildet. Die Landesregierung wird deshalb ihre bisherigen Bemühungen, die finanzielle Lage des Landes zu verbessern, fortsetzen müssen. Bislang war die Ausstattung der finanzschwachen Länder über den Finanzausgleich unter den Ländern völlig unzulänglich. Wäre dieser Finanzausgleich intensiviert worden, wie man es seit Jahren forderte und auch versprochen hat, dann hätten wir im Lande heute weniger Schulden und hätten in den vergangenen Jahren auch mehr leisten können: denn an Vorstellungen und Plänen hat es wahrlich nicht gefehlt.

Wer die Aussagen zur Finanzreform im letzten halben Jahr verfolgt hat, dem wird nicht entgangen sein, daß man die Berechtigung einer wesentlichen Besserstellung der finanzschwachen Länder klar erkannt hat. Es wird sich jetzt bei der Ausgestaltung der gerade verabschiedeten finanzverfassungsrechtlichen Bestimmungen zeigen, wie weit man es mit der für einen Bundesstaat immanenten Verpflichtung, für seine Gliedstaaten gleiche Lebensbedingungen zu schaffen, ernst meint.

Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung muß sein, dafür zu sorgen, daß die bestmögliche Regelung für die finanzschwachen Länder erreicht wird, das heißt die angemessene Steuerausstattung aller Länder im Interesse der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik und natürlich dann auch in der Pflicht gegenüber den Gemeinden, sie in ihrem so schwierigen und ihnen über den Kopf wachsenden Aufgaben finanziell zu unterstützen. Nur wenn es gelingt, endlich ausreichend und angemessen finanziell ausgestattet zu werden, können wir in der Zukunft unsere Aufgaben erfüllen, insbesondere auch erfolgreich die Wirtschaft und Infrastruktur unseres Landes verbessern.

In diesem Zusammenhang halten wir Freien Demokraten es für unser Land unzumutbar, aus Rücksicht auf Konjunkturen etwa Bemühungen um Industriensiedlungen zu drosseln oder gar einzustellen. Die Erfahrung lehrt ja, daß industriearme Gebiete eigentlich nur in Zeiten der Hochkonjunktur die echte Chance erhalten, neue Betriebe herbeizuziehen. Es wäre unseres Erachtens kurzfristig und nicht zu verantworten, vor allem im Blick auf die enormen Zukunftsaufgaben, eine Gelegenheit zur Verbesserung unserer Wirtschaftskraft auszulassen, ganz abgesehen von dem dringenden Erfordernis, zusätzliche, über das Land breitgestreute Arbeitsplätze zu schaffen, um die Arbeits- und Erwerbchancen zu verbessern und die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel freiwerdenden Arbeitskräfte im Lande zu behalten und unterzubringen.

Eine weitere wichtige finanzpolitische Maßnahme ist nach unserer Meinung die Aufstellung eines Zweijahreshaushalts. Das ist eine bedeutungsvolle Verwaltungsreformmaßnahme. Man bedenke nur, wie stark die alljährlichen Haushaltsberatungen die Ressorts, das Kabinett, das Parlament und seine Ausschüsse in der Vergangenheit belastet haben.

Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Kohl zur Wirtschaftsförderungspolitik unterstreichen wir voll und ganz. Speziell begrüßen wir die angekündigte zusätzliche Förderung der Forschung für die mittelständischen Betriebe. Wir halten eine Intensivierung der fachmännischen Betriebsberatung der Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe für erforderlich, und für ebenso notwendig, den Fremdenverkehrsbetrieben unseres Landes betriebsberaterisch zur Hand zu gehen. Dies scheint uns eine wichtige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Strukturverbesserung unseres Landes zu sein: die Erschließung von Fremdenverkehrsgebieten in den landschaftlich so reizvollen Gegenden mit noch überwiegend landwirtschaftlicher Struktur. Die Aktion „Unser Dorf soll schöner werden“ und die Unterstützung der Werbung „Ferien auf dem Bauernhof“ halten wir für geeignete Mittel, unser Land für Feriengäste und Erholungsuchende attraktiver zu machen und gleichzeitig die Einkommensverhältnisse in einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben zu verbessern. Gerade den Teilen unseres Landes mit noch überwiegend agrarwirtschaftlicher Struktur fühlen wir Freien Demokraten uns in besonderer Weise verpflichtet.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten für seine klare Feststellung, daß zumindest die Dimensionen des Mansholt-Planes auf die Verhältnisse unseres Landes nicht passen. Wir fordern ebenfalls die Fortführung der strukturellen Maßnahmen und treten nach wie vor für die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes ein, der freilich in dem notwendigen Anpassungsprozeß bereit sein muß, sich fortschrittlicher Methoden, wie zum Beispiel der der Kooperation und der Vermarktung, zu bedienen. Zu den politischen Aufgaben im Sozialbereich hat sich der Herr Ministerpräsident sehr ausführlich geäußert und einen breitgefächerten Katalog vorgelegt. Als Sprecher der FDP-Fraktion sehe ich meine Aufgabe nicht darin, alles noch einmal zu unterstreichen, was die von uns mitgetragene Regierung als Programm vorgelegt hat.

Ich möchte deshalb aus diesem Sektor nur auf einen Punkt, nämlich auf das Thema Sport, eingehen. Die FDP hat einen Sportplan Rheinland-Pfalz erarbeitet. Dieser sieht die Schaffung einer ständigen Landessportkonferenz zur Förderung des Sports in unserem Lande vor, eine Koordinierungs- oder - wenn Sie so wollen - Partnerschaftsstelle zwischen dem Sport, den Ministerien und dem Landtag. Diese Landessportkonferenz soll nach unserer Meinung Richtlinien erarbeiten. Wir legen hier ganz konkrete Pläne vor:

1. für den Breiten- und Freizeitsport,
2. für die Einrichtung von Spiel- und Sportanlagen,
3. für den Sport in Schule und Hochschule und
4. für den Spitzensport, insbesondere für die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele in München.

Es wird sicher schon in der nächsten Plenarsitzung unsere Initiative behandelt werden. Wir werden Gelegenheit bekommen, unsere Anschauungen zu diesem Antrag im einzelnen hier noch darzulegen.

(Dr. Danz)

Zum Abschnitt Bildungs- und Schulpolitik der Regierungserklärung muß die FDP einen Vorbehalt anmelden. Mit der gegliederten Leistungsschule erfolgt durch die Landesregierung eine Festlegung auf die Dreigliedrigkeit unseres Schulwesens, die wir nicht ohne weiteres mitmachen können. Es wird außerdem von einem Wettbewerb zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium gesprochen, der uns einfach nicht fruchtbar erscheint. Wir Freien Demokraten fördern die differenzierte Leistungsschule als offene Schule, die keinen Wettbewerb zwischen einzelnen Schulgattungen vorsieht, sondern dem jungen Bürger in jeder Entwicklungsphase die bestmögliche Förderung seines Talents und seiner Fähigkeiten bietet. Uns geht es um ein breitgefächertes Angebot von Bildungsmöglichkeiten, das wir nicht für alle Zeiten durch unbedingtes Festhalten an der Dreigliedrigkeit der Schule eingeschränkt wissen wollen. Über die dringend erforderliche Reform an den Hochschulen besteht in diesem Hause offenbar Einigkeit.

Bereits bei der Bildung der Koalition vor zwei Jahren sind die Koalitionspartner übereingekommen, in dieser Legislaturperiode ein Hochschulgesetz zu verabschieden; selbstverständlich, wenn es irgend geht, mit der Opposition zusammen. Ich habe den Auftrag der FDP-Fraktion, hier bekanntzugeben, daß wir in Ausführung einer Entschließung unseres Landesparteitages als Beitrag zur Hochschulreform einen Gesetzesentwurf im Landtag einbringen werden. Nicht zuletzt sehen wir uns zu diesem Schritt veranlaßt durch den Staatsvertrag zwischen den elf Ländern, der ein einheitliches Ordnungsrecht für die Universitäten setzen will. Wir halten es für grundfalsch und für eine Verkennung der Situation an den Hochschulen, durch Erlaß eines Ordnungsrechts die in Unruhe geratene Universität wieder funktionsfähig zu machen. Solange an den Hochschulen keine durchgreifende Reform durchzuführen ist, lehnen wir jedes Ordnungsrecht als untaugliches Mittel ab.

(Abg. Dr. Skopp: Sehr richtig)

Wir melden überhaupt sehr ernste Bedenken gegen das Instrument der Staatsverträge an. Wenn Sie zum Zwecke des einheitlichen Vorgehens in allen Ländern abgeschlossen werden, so macht das doch deutlich, daß dem Bund Kompetenzen fehlen, die ihm an sich gehören. Hinzu kommt, daß Staatsverträge, die von den Parlamenten bei der Ratifizierung nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden können, die Rechte des Gesetzgebers in unseres Erachtens unerträglicher Weise beschneiden und einengen.

(Abg. Dr. Skopp: Gilt das allgemein oder nur im Sonderfall?)

- Das gilt allgemein für Staatsverträge zwischen den Ländern.

(Abg. Dr. Skopp: Nur zwischen den Ländern?)

- Selbstverständlich, sie sind hier angesprochen.

(Abg. Dr. Skopp: So selbstverständlich ist das nicht!)

Bei Ihren zutreffenden Aussagen zur Rechtspflege, Herr Ministerpräsident, haben wir als Freie Demokraten doch die uns fehlende konsequente und logische Folgerung vermißt, nämlich die Ankündigung der Errichtung eines Rechtspflegeministeriums. Es gibt unseres Erachtens wirklich kein Gebiet, das sich mehr für

eine Zusammenfassung eignet, als die Rechtsprechung. Dabei denkt natürlich niemand an ein Einheitsgericht. Selbstverständlich soll die Rechtsprechung nach Fachgebieten gegliedert bleiben. Vielmehr wäre eine noch bessere Spezialisierung sicher möglich.

Dann haben Sie mit Stolz, Herr Ministerpräsident, darauf hingewiesen, daß Rheinland-Pfalz als erstes Land der Bundesrepublik eine umfassende Verwaltungsreform eingeleitet hat. Wir als Freie Demokraten legen Wert darauf, festzustellen, daß wir die Verwaltungsreform seit langem gewollt und gefordert haben, wesentliche Anstöße gegeben haben und die durchgeführten Maßnahmen mittragen und mitverantworten. Die zweite Halbzeit aber sollte jetzt genutzt werden, die Funktionalreform ganz energisch anzupacken, ohne die die bisherige Territorialreform unseres Erachtens nur Stückwerk bleiben würde. Diese Funktionalreform kann sich nicht beschränken auf den Abbau von Aufgaben und die Verlagerung von Kompetenzen. Sie darf nicht haltmachen bei den Ministerien. Sie erwähnt die seit langem fällige Neuabgrenzung der Ressorts, die Umorganisation der Landesregierung mit dem Ziel, daß einzelne Sachgebiete - ich nenne zum Beispiel nur den Naturschutz, die Landschaftspflege - künftig nur noch in die Zuständigkeit eines Ministeriums fallen. Wir sind sicher, daß viele Maßnahmen der Verwaltungsreform bei der Bevölkerung auf ein größeres Verständnis treffen, wenn sich die Landesregierung auch selbst sozusagen am eigenen Leibe reformiert.

(Abg. Dr. Skopp: Wo wollen Sie die Kultur- und Landschaftspflege hinhaben?)

- Das überlasse ich der Landesregierung, entsprechende Vorschläge zu machen, bzw. das zu organisieren, fällt in ihre Zuständigkeit. Mir fehlt der Sachverstand, um das zu beurteilen.

Die Landesregierung kündigt in ihrer Erklärung die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes an. Die FDP hat seinerzeit im Gespräch mit dem DGB und den Gewerkschaften ihre Bereitschaft erklärt, das Personalvertretungsgesetz und -recht zu überprüfen. Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, an der Änderung dieses Rechtes mitzuarbeiten und eine, wenn irgend möglich, bundeseinheitliche Regelung, die in jedem Falle aber über die bestehende Landesregelung hinausgehen muß, mitzuarbeiten.

Zum Thema der Neugliederung der Länder hat der Herr Ministerpräsident über sein Manuskript hinaus extemporiert. Da sind dann auch einige Sätze ausgesprochen worden, die den Freien Demokraten nicht so angenehm in den Ohren klangen. Vom Manuskript her war da nichts gegen einzuwenden. Die Neugliederung im Bundesrahmen, wie sie gefordert wurde, heißt in unseren Augen, die Sache auf nicht absehbare Zeit zu vertagen. Wer heute fordert, etwa Bayern oder Baden-Württemberg, in die Neuordnung einzubeziehen, muß sich klar sein, daß die Neugliederung nach Artikel 29 GG nicht verwirklicht wird. Auch die Neuordnung in Phasen, zum Beispiel die Zusammenlegung von Rheinland-Pfalz und dem Saarland, ist keine Lösung, bestenfalls eine Halblösung, die einen gigantischen Arbeitsaufwand erfordert, riesige Kosten verursacht und mit großer Wahrscheinlichkeit zu Fehlinvestitionen führt. Wir halten deshalb unseren Vorschlag aufrecht, die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland zu vereinigen und damit ein leistungsfähiges, finanziell und wirtschaftlich lebensfähiges Land zu schaffen.

(Dr. Danz)

Einen Schlußpunkt noch. Im Verhältnis zwischen Kirche und Staat begrüßen wir an dieser Stelle noch einmal die Vereinbarung mit der katholischen Kirche, die im Sinne des Fortschrittes die simultane Ausbildung der Lehrer in unserem Land ermöglicht. Wir bitten die neue Landesregierung, die Gespräche mit den Kirchen weiterzuführen. Die Freien Demokraten halten ein Übereinkommen mit den Kirchen für notwendig, das dem Landtag erlaubt, eine weitere Änderung des Artikels 29 vorzunehmen und alle öffentlichen Schulen als christliche Gemeinschaftsschulen zu errichten.

Meine Damen und Herren! Das Regierungsprogramm für die zweite Halbzeit liegt uns vor. Wir Freien Demokraten begegnen dem neuen Regierungschef mit großem Vertrauen und werden uns um eine gute Mitarbeit bemühen. Wir streben aber auch ein gutes Verhältnis zur SPD an, einfach weil wir als Demokraten um die wichtige Funktion der Opposition in einer Demokratie wissen. Wir wünschen der neuen Regierung, dem Ministerpräsidenten und seinen Ministern, Erfolg und werden dies damit nochmals zum Ausdruck bringen in dem Antrag zur ausdrücklichen Bestätigung der neuen Landesregierung, dem wir unsere Zustimmung geben werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Van Volxem:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter May (NPD).

**Abg. May:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niemand wird die eingangs der Regierungserklärung gewürdigte Aufbauleistung, die in diesem Lande seit 22 Jahren vollbracht wurde, schmälern oder gar in Abrede stellen wollen. Was darüber hinaus in allen Ländern der Bundesrepublik nach schwerem Zusammenbruch von allen Menschen unseres Volkes an wirtschaftlichen Leistungen durch Fleiß, Zähigkeit und Lebenswillen erzielt wurde, ist schlechthin als das Wirtschaftswunder in der Welt zu einem Begriff geworden. Diese Feststellung enthebt uns indes nicht der Pflicht, einige kritische Anmerkungen zu den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zu machen.

Eine gewisse Rückständigkeit des Landes Rheinland-Pfalz in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wird in der Erklärung auf das politische Erbe einer jahrhundertealten Grenzlage zurückgeführt. Diese Auslegung erscheint uns jedoch nicht ausreichend. Andere Länder, die genauso Grenzland darstellen - zum Beispiel Baden-Württemberg -, haben einen weitaus höheren Lebensstandard. Außerdem sind oft blühende Gemeinwesen im Grenzland entstanden - zum Beispiel Köln, Aachen oder Saarbrücken -, die auf Grund ihrer Grenzlagen geradezu hätten kümmern müssen.

Die Regierungserklärung besagt, daß von 1950 bis 1966 das Brutto-Inlandsprodukt sich mehr als vervierfacht habe und gemessen an der jährlichen Zuwachsrate des Sozialprodukts Rheinland-Pfalz mit an der Spitze aller Länder stünde. Die Prognose für die Zukunft sei hoffnungsvoll. Dieser Optimismus steht jedoch im seltenen Widerspruch zu der ständig notwendig erscheinenden Hilfestellung seitens der reichen gegenüber den

finanzschwachen Ländern, wozu Rheinland-Pfalz doch immer wieder gezählt wird. Wir fragen daher nach Art und Umfang der Möglichkeiten, die die Regierung aus der Lage des Kernlandes des Gemeinsamen Marktes erkannt haben will.

Im weiteren Verlauf seiner Regierungserklärung beschäftigte sich der Herr Ministerpräsident mit den radikalen Forderungen, die Teile unserer jungen Generation vortragen, und der daraus oft resultierenden massiven Bedrohung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Diese Jugend ist herangewachsen ohne äußere Not, in einer satten, oft übersatt anmutenden Zeit, in einem Staat, der sie mit materiellen Dingen geradezu überschüttet hat. Was aber sind die Ursachen, wenn dennoch dieser Staat teilweise negiert, Che Guevara, Mao oder Trotzki als Leitbilder einer anderen - wie sie meinen: besseren - Welt gepriesen werden? Es wäre wünschenswert gewesen, wenn gerade diese Symptome, die gar nicht ernst genug genommen werden können, etwas tiefer in der Erklärung ausgelotet worden wären. Dem in der Regierungserklärung angesprochenen Protest der jungen Generation geben wir freilich eine Berechtigung für den Fall, daß politische Führung und staatliche Organe ihren Einfluß zur Absicherung persönlicher Machtpositionen nutzen. Kommt es darüber hinaus noch zur Absicherung persönlicher Einkommenspositionen, wie es gravierende Fälle der letzten Wochen wieder aufgezeigt haben, wird es verständlich, wenn sich dieses Unbehagen zu offenen Aktionen steigert.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführung mußte erwartungsgemäß der Herr Ministerpräsident seine schon etwas alte und abgetrabte Mähre reiten, indem er die Bedrohung unseres Staates nicht nur von den allseits bekannten ultralinken Kräften aufzeigt, sondern frank und frei behauptet, daß die extreme Rechte oder die ewig Gestrigen in der parlamentarischen Demokratie keine ausreichende Gewähr dafür sähen, ihre restaurativen Vorstellungen von Recht und Ordnung wirksam werden zu lassen.

(Abg. Dr. Skopp: Fühlen Sie sich angesprochen?)

Sollte der Herr Ministerpräsident - jetzt kommt die Frage - damit die NPD gemeint haben

(Lachen bei der CDU und SPD. - Abg. Dr. Skopp: Aha! Unter anderen!)

- worüber wir ihn um Auskunft bitten -, so können wir nur immer wieder beteuern, daß gerade wir es sind, die ständig die Forderung aufstellen, daß die Verfassungsnorm in unserem Staat tatsächlich auch der Verfassungswirklichkeit entspricht.

(Beifall der NPD. - Abg. Dr. Skopp: Geben Sie doch mal das Ziel an! - Weiterer Zuruf des Abg. Gaddum.)

Daß die neue Linke laut und offen ihre Umsturzvorstellungen verkündet und diese Umsturzpläne auch gegen den Willen der Mehrheit gewaltsam durchzusetzen bereit ist, stellt längst kein Geheimnis mehr dar. Die zuständigen staatlichen Stellen begegnen jedoch solch offen vorgetragenem Revoluzzertum durch weitgehende Toleranz. Wir aber fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, den Beweis dafür zu erbringen, daß in Satzung, im Programm oder im Verhalten der Mitglieder der NPD irgendwo die Vergewaltigung des

(May)

Mehrheitswillens ausgesprochen oder auch nur angedeutet worden wäre.

Der Herr Bundesinnenminister hat sich seit einelnhalb Jahren erfolglos bemüht, dieses Beweismaterial gegen die NPD zu erbringen. Dieser Versuch wurde vor einigen Wochen sang- und klanglos zu Grabe getragen. Wie leicht kann man es sich jedoch in unserem Rechtsstaat machen in der Verleumdung und Desavouierung politisch Andersdenkender, deren Verbrechen anscheinend nur darin besteht, sich nicht auf einer Generallinie zu bewegen, die die drei übrigen Parteien glauben vorschreiben zu können. Daß man dabei aber selbst in steigendem Maße den Versuch macht, dieser Partei mit offen zur Schau gestellter Rechtlosigkeit zu begegnen, daß man sich über das Grundgesetz und die darin verbrieften Rechte bedenkenlos hinwegsetzt, gehört langsam zum politischen Alltagsbild. Willkürlich bricht man Mietverträge, setzen sich Oberbürgermeister bedenkenlos über Gerichtsurteile hinweg, da müssen Hallen in Anwesenheit von Gerichtsvollziehern durch Schlosser aufgebrochen werden.

(Abg. Ludes: Wehret den Anfängen!)

Und dies alles wird veranlaßt von Leuten, die sich geradezu als Gralshüter der Demokratie ausgeben.

(Zuruf des Abg. Weis.)

Als zum Beispiel die Bonner Stadtverwaltung trotz Vorliegens verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen die mietweise Überlassung der Beethovenhalle zur Abhaltung des Bundeswahlkongresses der NPD verweigerte, tagte dort - gewissermaßen zum Ausgleich - eine illustre Gesellschaft unter Hammer und Sichel und Vietkongfahnen. Das ist die gespenstige Wirklichkeit, und unwillkürlich stellt man sich immer wieder die Frage, wie lange man an entscheidender Stelle in unserem Staat noch braucht, um zu erkennen, wohin zwangsläufig eine solche Entwicklung führen muß.

Neben vielen anderen Vorstellungen haben wir wieder einmal mehr gehört, daß die Regierung den Grundsatz einer sparsamen Haushaltsführung beachten will. Wir befürchten aber, daß dieses Vorhaben genau wie in der Vergangenheit graue Theorie bleiben wird. Die Haushaltsführung erscheint uns in diesem Lande, das immer wieder zu den „armen Vettern“ gezählt wird, nach wie vor als zu großzügig. Auch die Erkenntnis, daß auf direkte Finanzierungshilfe für betriebliche Rationalisierungsinvestition des selbständigen und mittelständischen Gewerbes noch nicht verzichtet werden kann, ist nicht neu. Die immer weiter fortschreitende Konzentration zugunsten der Großunternehmen, Konzerne und Superläden läßt uns auch auf diesem Gebiet keine Heilung erhoffen.

Zur Hebung des Fremdenverkehrs erlauben wir uns die Bemerkung, daß eine weitere Vereinheitlichung des Städte- und Dorfbildes durch die alleinseligmachende Würfel- und Quaderbauweise nicht dazu angetan sein wird, den Fremdenverkehr zu fördern. Zur Landschaftspflege gehört auch die Erhaltung und Wahrung des Eigentümlichen auf dem Gebiet des Bauwesens. Die Natur will Mannigfaltigkeit, und die Kultur verliert durch ihre Vernichtung.

(Abg. Gaddum: Wahrscheinlich!)

Im übrigen ist der beste Landschaftspfleger ein wirtschaftlich gesunder Bauernstand. Die im Landwirt-

schaftsgesetz, im Grünen Plan und im EWG-Anpassungsgesetz garantierte Chancengleichheit für die Landwirtschaft ist bis heute noch nicht verwirklicht. Die Disparität des Einkommens liegt im zwölfjährigen Durchschnitt bei 29,9 Prozent. Es ist uns außerordentlich interessant, zu hören, daß die Regierung alles daransetzt, daß der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, sich stufenweise und unter Vermeidung sozialer Härten an die Entwicklung der übrigen Volkswirtschaft anzupassen. Die der Landesregierung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die materiellen Lebensbedingungen sozialer Gruppen voll auszugleichen, erscheinen uns zu gering, als daß dadurch noch eine Besserung der wirtschaftlichen Lage unserer Bauern zu bewerkstelligen wäre.

Hinsichtlich der Aufgaben im Sozialbereich sind auch wir der selbstverständlichen Ansicht, daß es heute gilt, der vollen sozialen Entfaltung der Leistungsfähigkeit aller Schichten, Jahrgänge und Regionen die notwendigen Voraussetzungen zu bieten. Hier erwarten wir von der Landesregierung, daß sie alles in ihrer Macht Stehende tut, damit endlich Schluß gemacht wird mit der skandalösen Altersdiskriminierung, die voll einsetzsfähige Menschen ab einem bestimmten Alter vorzeitig aus dem Erwerbsprozeß ausschaltet.

Ein Gebot zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer analog den Bestimmungen des Schwerbeschädigtengesetzes ist überfällig.

Die Landesregierung betont, daß sich für die nächsten Jahre ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Gebiet der Kulturpolitik ergebe. Da die Jugend von heute die Bürger von morgen stellt, kann dieses Problem nicht angesprochen werden, ohne den Auftrag des Staates zum Schutze der Jugend, der Ehe und Familie gemäß den Artikeln 5 und 6 des Grundgesetzes sowie gemäß Artikel 25 der Landesverfassung zu erwähnen. Veröffentlichungen in Schrift und Bild finden nach unserer Verfassung bekanntlich dort ihre Grenzen, wo der Schutz der Jugend nicht mehr gewährt ist und Ehe und Familie angegriffen werden. Wir stellen auf diesem Gebiet ein Versagen staatlicher Stellen fest, wenn wir den Absturz gewisser Literaturerzeugnisse beobachten. Kübelweise kann die moralische Verwesung über unsere Jugend gegossen werden, ohne daß auch nur eine staatliche Instanz sich zum Einschreiten veranlaßt sieht. Sämtliche einschlägigen Bestimmungen werden zur Farce, wenn vorbestrafte Individuen mit riesigem Gewinn Bücher herausgeben können, in denen die Abschaffung von Ehe und Familie gefordert wird, und jugendliche Literaturerzeugnisse frei an jedem Kiosk kaufen können, in denen die Promiskuität als das Sexualverhalten der modernen Menschen angepriesen wird. Hier wird bei uns die Verfassung jeden Tag mit Füßen getreten.

In der Regierungserklärung wird die Forderung nach einem anpassungsfähigen Schulwesen erhoben. Auch wir sind der Auffassung, daß unsere heutige Schulform modern und leistungsfähig sein und dem Wandel der Zeit angepaßt werden muß. Dieser Wandel und die Reformen sind jedoch teilweise schon zu einem hektischen Dauerzustand geworden, der den gesamten Schulbetrieb hemmt. Die Folgen dieses Zustandes zeigen sich bereits jetzt in erschreckenden Bildungslücken, wie sie Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und andere Einrichtungen festgestellt haben. In einer der letzten Ausgaben der Staatszeitung war ein typisches Beispiel hierfür aufgeführt. Hinzu kommt, daß

(May)

das falsch verstandene Schlagwort von der Demokratisierung der Schule schon jetzt zu einer schulzweckfeindlichen Entwicklung geführt hat. Es ist für einen sich selbst achtenden Staat eine Ungeheuerlichkeit, daß Schülerzeitungen erscheinen oder verbreitet werden dürfen, die den Ungehorsam gegen den Lehrer, die Verachtung gegenüber dem Lehrpersonal und die Vernichtung jeglicher schulischen, ja sogar der elterlichen Autorität, verlangen.

Hinsichtlich der Organisation des Strafvollzuges wünschen wir angesichts des nun als Leitbild herausgestellten Begriffs der Resozialisierung, man möge im Einklang mit führenden Kriminalwissenschaftlern zugestehen, daß es den Typ des ethisch nicht ansprechbaren asozialen Berufsverbrechens gibt. Wir sind mit Herrn Dr. Jaeger der Ansicht, daß es für den nicht-kriminellen Haftinsassen eine Zumutung ist,

(Unruhe und Bewegung bei der SPD.- Abg. Dr. Skopp: Da wird Jaeger sich aber freuen!)

in Zukunft mit dem Massenmörder und nicht besserungsfähigen Berufsverbrecher unter einem Dach seine Freiheitsstrafe absitzen zu müssen. Es gehört zum Trend unserer Zeit - - -

(Abg. Dr. Skopp: Kopf ab! - Heiterkeit und Bewegung im Hause.)

- Das sagen Sie und nicht ich.

(Abg. Dr. Skopp: Das ist Ihr Programm!)

Es gehört zum Trend unserer Zeit, dem Verbrecher gegenüber jede Nachsicht walten zu lassen und dessen Opfer mehr oder weniger zu vergessen. Die Forderung der Regierungserklärung, den Schutz des Bürgers vor Verbrechen, Betrug und Gefahr zu verbessern, wird fragwürdig, wenn nicht gleichzeitig gegenüber der Schwächung von Strafprozeßordnung und Strafgesetzbuch zugunsten des Verbrechens Bedenken erhoben werden.

Über die Verwaltungsreform ist in diesem Hause in den letzten Wochen vielseitig und umfangreich diskutiert worden. Die Landesregierung rechnet sich in hohem Maße an, diese Gesetze in so kurzer Zeit durchgepaukt zu haben. Wir sind der Ansicht, daß Form und Stil der rheinland-pfälzischen Verwaltungsreform im Vergleich zu anderen Bundesländern viel zu wünschenswert übrig ließen und unnötigerweise viel böses Blut erzeugt haben. Es gibt in anderen Ländern genügend andersartige Beispiele. Dort hat man sich bei der Lösung dieser Frage zwar etwas mehr Zeit gelassen, dafür aber in hohem Maße die Zustimmung der Bevölkerung gewonnen, zu deren Nutz und Frommen jede Reform in erster Linie durchgeführt werden sollte.

Die Regierungserklärung schließt mit der Bitte an alle Mitglieder des Hohen Hauses und alle Bürger unseres Landes, an der Gestaltung der Zukunft unseres Landes und damit an der Zukunft unseres deutschen Vaterlandes mitzuarbeiten. Genau das ist der Auftrag, den wir Nationaldemokraten uns selbst mit auf den Weg gegeben haben und den wir zutiefst als Verpflichtung empfinden. Eine Aufforderung von außerhalb ist deshalb für uns nicht notwendig. Wir werden trotz Unterstellungen, die uns hier im Hohen Hause gerade auch aus Ihrem Munde, Herr Ministerpräsident, oft widerfahren sind, an diesem Auftrag festhalten. Die

ständige Beschäftigung mit der Vergangenheit überlassen wir den tatsächlich Ewig-Gestrigen! Unser Einsatz gilt dem Heute und dem Morgen!

(Beifall der NPD.)

**Präsident Van Volxem:**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Kohl.

**Ministerpräsident Dr. Kohl:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst für die Anregungen bedanken, die dieser Regierungserklärung hinzugefügt wurden. Ich will gerne versuchen, in aller Kürze wenigstens einige der hier angesprochenen Punkte zu beantworten. Ich darf außerdem den Herrn Kultusminister bitten, zu einem anderen Teil der hier vorgetragenen Ausführungen vielleicht noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Zunächst zu der Frage, die von dem Sprecher der Gruppe der NPD zum Schluß seiner Ausführungen gestellt wurde. Ich bin gefragt worden, ob ich mit den Ewig-Gestrigen auch die NPD meine. Ich hätte an Ihrer Stelle, Herr May, nicht gefragt. Ich habe es bewußt vermieden, in dieser Regierungserklärung Formulierungen dieser Art zu gebrauchen. Aber nachdem Sie mir die Frage stellten, sage ich ebenso klar: Das müssen Sie aufgrund der Kenntnis der NPD in der Bundesrepublik Deutschland, aufgrund der Kenntnis Ihrer Wählerschaft und Ihrer Mitgliedschaft am besten beurteilen können. Ich habe in der Tat den Eindruck, daß nach Stil und Inhalt weite Teile - nicht alle - der Anhängerschaft und auch der Führungsschicht der NPD für mich Ewig-Gestrige sind.

(Beifall im Hause.)

Niemand würde es mehr als ich begrüßen, Herr May, wenn die NPD in den nächsten Jahren das tun würde, was sie hier und auch anderswo sagt - ich meine nicht nur Sie persönlich, sondern Ihre Partei und Ihren politischen Freundeskreis -, wenn sie nämlich ihre demokratische Zuverlässigkeit unter Beweis stellen würde. Aber ich habe etwas dagegen, wenn wir fortdauernd in den Ausführungen die Töne hören, die eben zum Schluß Ihrer Ausführungen auch hier wieder deutlich hörbar waren. Ich sprach gestern als einer der Jüngeren von denen, auf deren Schultern wir stehen. Ich selbst habe diese Zeit nicht erlebt, aber ich weiß es aus meinem Studium der Geschichte, und viele in diesem Saal haben es leidvoll erlebt: Es gab schon einmal in der jüngeren deutschen Geschichte eine politische Partei, die sich „rechtsradikal“ nannte und deren Führer vor dem höchsten deutschen Gericht die Verfassungsmäßigkeit der Ziele dieser Partei deutlich herausstellte. Was dann später daraus geworden ist, was er selbst in seinen Tischgesprächen zu diesem Tun vor dem höchsten deutschen Gerichtshof sagte, ist inzwischen Geschichte geworden. Für unser Land, für uns alle und für viele Probleme, die wir bis heute nicht bewältigen, ist es leider Gottes eine furchtbar leidvolle Geschichte geworden.

Es ist in diesem Hause zwischen den Fraktionen oder bei der Landesregierung nicht eine Stimmung, die

(Ministerpräsident Dr. Kohl)

sagt: In diesem Land gibt es eine kleine Gruppe, die überhaupt keine Chance hat! - Es liegt entscheidend an Ihnen, durch Ihre Taten und nicht nur durch die Rede hier am Pult auch draußen zu dokumentieren, wie es mit dieser demokratischen Zuverlässigkeit steht. Ich habe bewußt und sehr prononciert gesagt: Wir grenzen diesen Staat der demokratischen Mitte nach rechts und links ab. Meine Damen und Herren, ich habe etwas dagegen, daß bei der Betrachtung dessen, was links, was ultralinks geschieht und was niemand in diesem Hause für richtig hält, die Noten von einer Seite erteilt werden, die eigentlich allen Grund hätte, vor der eigenen Türe zu kehren.

(Beifall der CDU und bei der SPD.)

Herr Kollege Danz hat die Frage der Neugliederung noch einmal angesprochen. Herr Kollege Danz, ich bin der Meinung - ich glaube, Herr Kollege Fuchs hat in einer der letzten Sitzungen eine ähnliche Auffassung hier vertreten -, daß wir uns gegen jede Dogmatisierung der Länderneugliederungsfrage wenden sollten. Genau das habe ich gestern getan. Ich vermag nicht recht einzusehen, warum Sie sagen, in Baden-Württemberg wird sich nie etwas rühren, aber gleichzeitig erwarten, daß sich in Hessen etwas rührt. Mir erscheint das von der Sachlogik her nicht richtig zu sein. Es wird keine vernünftige Landesgrenze geben - wenn ich das einmal so sagen darf - in der die Probleme für den Rhein-Main-Raum gelöst werden, die Probleme für den Rhein-Neckar-Raum aber ungelöst bleiben. Das ist in der Tat eines der schwierigsten Probleme, vor denen wir stehen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich finde, wir sollten dieses Gespräch ganz offen führen. Wir sollten jetzt auch bei diesem Gespräch auf die Reaktionen des gestrigen Tages ganz humorvoll reagieren. Wir sollten dieses Gespräch fortsetzen. Wir sollten also nicht - wenn ich das einmal so salopp sagen darf - entsprechend losdreschen, und niemand soll sagen können, er habe in dieser Frage das Patentrezept in der Hand. Ich habe den Eindruck, daß heute zumindest die drei großen Parteien mit Nuancen, die auch bei Ihnen wieder deutlich wurden, Herr Kollege Danz, daß die parlamentarische Demokratie in Deutschland und ihre Träger weitgehend begriffen haben, welcher wichtiger Punkt die Verfassungswirklichkeit der Welt von morgen eine vernünftige föderative Struktur dieses Landes ist. Der Zentralstaat - das zeigt die Geschichte - bringt für uns keine glückliche Situation. Wir müssen hier zu einer Weiterentwicklung kommen. Der Herr Kollege Gaddum hat mich freundlicherweise angesprochen, inwieweit die Landesregierung bereit sei, an der Frage der Parlamentsreform mitzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Dies ist zunächst keine Frage der Landesregierung, und ich werde mich in dieser Frage hier äußerst zurückhalten. Ich muß allerdings sagen, daß ich an dieser Arbeit leidenschaftlich Anteil nehme. Aber, meine Damen und Herren, ich darf von mir aus schon sagen, daß wir im Rahmen der Landesregierung ernsthaft überlegen sollten - vielleicht im Einvernehmen mit dem Ältestenrat -, wie man solche gesetzgeberischen Planspiele, wie sie hier gefordert wurden, vernünftig für die Zukunft gestalten kann.

Ich habe in einer der letzten Sitzungen des Ältestenrates das entsprechende Angebot schon gemacht, und ich möchte, daß wir möglichst bald einmal mit Ruhe

darüber sprechen können. Ich bin jedenfalls von mir aus absolut bereit, hier jegliche Unterstützung zu geben. Ich habe selbst als Abgeordneter oft empfunden, wie schwierig es ist, wenn man zu irgendeiner Veranstaltung kommt und alle Interessierten die Entwürfe schwenken und dem Abgeordneten, der die Entwürfe noch nicht hatte, bedrängten, obwohl er dann sagen mußte: Es tut mir leid - niemand hat es geglaubt; das kommt noch hinzu -, ich kann in dieser Sache beim besten Willen nichts sagen. Ich kenne diesen Entwurf nicht. - Wir müssen hier zu einer vernünftigen Abgrenzung kommen, die allerdings auch den Sachbearbeitern der Regierung ihre Chancen läßt. Ich bin jedenfalls hier voll guten Willens. Ich darf das hier noch einmal anbieten.

Herr Kollege Munzinger! Ich habe mit großer Spannung heute Ihre Erklärung erwartet. Sie haben mich, alles in allem, sehr freundlich behandelt, wofür ich mich auch bedanken möchte. Ich fühle mich nicht in der Rolle eines jungen Helden; denn so jung bin ich schon gar nicht mehr, und der Lorbeerkrantz ist ein Kopfschmuck, von dem ich vermute, daß er mir nicht sonderlich steht. Sie haben aber Verständnis dafür, daß ich auch als Regierungschef dieses Landes Ihrem Satz durchaus zustimme, daß die CDU in diesen Jahren die Verantwortung getragen hat und auch in den noch vor uns liegenden Jahren dieser Legislaturperiode die Verantwortung trägt.

Meine Damen und Herren! Das ist keine Flucht aus einer irgendwie gearteten Verantwortung. Die freiheitlich rechtsstaatliche Demokratie, wie wir sie verstehen, ist eine Demokratie, die nach dem Artikel 21 des Grundgesetzes den Parteien eine wichtige Funktion zuweist. Ein Ministerpräsident ist dann nicht etwa ein Neutrum wie etwa ein Oberbürgermeister, um das einmal berechtigterweise anzuführen, zumal wenn er, wie in diesem Falle, noch Parteivorsitzender ist. Sie dürfen glauben, daß ich im Rahmen meines Amtes genau nach meinem Amtseid mich zu verhalten habe und die Absicht habe, dies zu tun. Aber Sie dürfen auch glauben - ich nehme an, daß Sie sogar sehr viel Verständnis dafür haben -, daß es mein Ziel ist, in der mir gegebenen Zeit auch durch diese Arbeit von CDU-Repräsentanten und Repräsentanten der FDP in dieser Landesregierung auch diesen Parteien, die beteiligt sind, ein möglichst hohes Ansehen und einen möglichst hohen Zuwachs mit zu verschaffen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das sage ich ganz offen und ganz klar.

Sie sprachen von der Legendenbildung. Das ist ein altes Thema in diesem Landtag. Natürlich, Herr Kollege Munzinger, sind in diesen 20 Jahren nicht nur Großtaten geschehen. Natürlich haben wir alle Fehler gemacht. Ich bekenne mich auch heute als Ministerpräsident zu den Fehlern, die ich als Fraktionsvorsitzender, als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und als Mitglied der CDU-Landtagsfraktion mit zu verantworten habe. Natürlich ist das so. Aber insgesamt gesehen - und das ist nicht richtig, wenn der Vergleich mit anderen Ländern so ohne weiteres gezogen wird - muß man ganz einfach sagen, daß die Landschaften links des Rheins, die heute Rheinland-Pfalz bilden, mehr als andere von der geschichtlichen Entwicklung des nationalstaatlichen Zeitalters negativ geprägt und betroffen wurden.

(Ministerpräsident Dr. Kohl)

Meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis für jede Unterstützungsmaßnahme des Bundes und der Gemeinschaft der Länder etwa für die Zonenrandgebiete. Aber ich sage auch als Ministerpräsident dieses Landes: Wir haben hier Landschaften, die seit vielen Jahrzehnten „Zonenrandgebiete“ sind und zuwenig Aufmerksamkeit zum Teil erfahren haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich will also hier nicht in den staatsphilosophischen Teil geraten als ob die Regierungserklärung an diesem Punkt an der Oberfläche geblieben wäre. Ich überlasse das wirklich getrost dem Leser. Ich will nur eines sagen, Herr Kollege Munzinger, daß ich zu dem stehe, was ich zum Verhältnis des Landes zu den Gemeinden gesagt habe. Der Akzent, den Sie jetzt gesucht haben, ist im Augenblick nicht zu erbringen. Sie wissen, daß die wichtigsten ausfüllenden Gesetze oder Verordnung der jetzigen Verfassungsänderung noch nicht vorhanden sind. Ich denke an das Gemeindefinanzgesetz. Es ist völlig sinnlos, hier eine Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs in die Debatte zu bringen, wenn wir gar nicht wissen, wie die Reise in dieser Richtung weiter geht. Ich darf noch sagen: Was ich tun kann und was diese Regierung tun kann, wird sicherlich geschehen, um das Verhältnis des Landes zu seinen Städten, Kreisen und Gemeinden vernünftig zu gestalten. Aber ich warne davor - Sie haben das nicht getan, aber es wird gelegentlich so gesagt -, daß hier gesagt werden kann: „Hier Staat und hier Gemeinde.“ - Das ist sowohl vom Herrn Kollegen Gaddum als auch von Ihnen sehr zu Recht gesagt worden, daß der Bürger so nicht denkt. Der Bürger, der heute ein gewisses distanzierendes Verhältnis hat, sagt dann immer noch, wenn er die Dinge negativ apostrophiert: „Die da oben in Bonn, in Mainz, im Rathaus.“ Wir sollten uns hüten, hier eine Unterscheidung zuzulassen. Wer genügend lange in der Politik einer Partei steht, weiß, daß es töricht ist, etwa zu glauben, daß man im Bund eine gute Politik machen kann und in der Gemeinde eine schlechte, der wird erleben, daß diese Rechnung nicht aufgeht. Der Bürger sieht die Politik und die Repräsentanten der Parteien weitgehend aus einem Guß und reagiert entsprechend. Dementsprechend sollten wir alles tun, um den Gemeinden unsere Hilfe zu geben.

Ich will also jetzt - so reizvoll das wirklich für mich wäre - über die Situation der Jungen Union, der ich rein altersmäßig - wie Sie wissen - in diesem Lande nicht angehören kann, nichts sagen. Ich will auch nichts darüber sagen, inwieweit das, was hier in der CDU geschehen ist, ein Schock war oder nicht. Ich finde nur, es ist im allgemeinen, auch bei nicht sonderlich wohlwollender Betrachtungsweise, als recht gelungen zu betrachten, und das ist eigentlich das einzige, was ich in diesem Zusammenhang sagen möchte.

Herr Kollege Munzinger! Zum Verhältnis Regierung zur Opposition habe ich das gesagt, zu dem ich stehe. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich habe allerdings einige Einwendungen dagegen, daß Sie glauben, daß die Verwaltungsreform keine geistige Leistung sei. Ich will das Wort „keine“ einmal in Anführungszeichen setzen. Man kann natürlich darüber meditieren. Es ist reizvoll, von einem Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften im Hörsaal vor interessierten oder weniger interessierten Studenten zu sagen, was man alles ändern muß. Ich denke aber an die harte Konfrontation der Auseinandersetzung etwa in der CDU in Hechtsheim, etwa mit dem SPD-Ortsverband dort. Die Kol-

legen in der FDP haben auch ihre Probleme; sie haben sie nicht ganz so gravierend wie die beiden anderen Parteien in diesem Punkt gehabt. Und wir sollten auf diese Leistung von Regierung und Landtag - es war ja im wesentlichen auch eine große Leistung des Landtags - auch durchaus stolz sein. Es war aber auch eine Leistung - das werde ich mindestens genauso stark für diese freiheitliche Demokratie - der Zivilcourage und des Mutes zum Durchstehen in teilweise doch mehr als schwierigen Situationen.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Sie alle haben es doch mitgemacht, wenn die Vertreter der Fraktionen in solche Gebiete kamen und aufs Podium geführt wurden und wie das dann in diesen stürmischen Versammlungen ablief. Wer das mitgemacht hat, der weiß, daß man „fern in der Türkei“ sehr gut solche Vorträge halten kann. Und das ist mein Einwand gegen manchen klugen verwaltungswissenschaftlichen Beitrag, der auch von außerhalb kommt, daß man das zu abstrakt sieht und einfach nicht beachtet, daß, wenn man zwei Kreise oder zwei Gemeinden zusammenlegt, viele menschliche Beziehungen und Funktionen zum Teil gewaltsam durch den Gesetzgeber durchgeschnitten wurden, daß sie neu und mühsam geknüpft werden müssen. Wer diesen teilweise furchtbaren Prozeß der Kandidatenaufstellung in den betroffenen Gebieten unseres Landes in allen Parteien beobachtet hat, der weiß doch, daß das ein ungeheures Unterfangen war. Ich muß Ihnen ganz offen sagen, ich glaube, wir allesamt können stolz auf diese Leistung sein!

(Beifall der Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich gehöre zu denen, die glauben, daß es am besten ist, wenn wir das als Gemeinschaftsleistung betrachten. Ich selbst habe nie Formulierungen für mich in Anspruch genommen, die diese Leistungen etwa einseitig werten.

Der Herr Kollege Munzinger hat dann noch ein Wort zum Thema „Arbeitskammern“ gesagt. Herr Kollege Munzinger, ich bin weit von ständischen Vorstellungen unserer Gesellschaft entfernt. Alle solche Versuche im 20. Jahrhundert sind fehlgeschlagen. Wir wären miserable Betrachter der zeitgenössischen Geschichte, wenn wir jetzt solchen Phantomen nachlaufen würden. Ich bin auch nie ein Anhänger dieser formierten Gesellschaft gewesen, die Sie interpretieren. Der Urheber der formierten Gesellschaft hat das - wie ich weiß - ganz gewiß anders verstanden. Ich meine aber, daß die Arbeitskammern ein Weg sein können, in einem größeren Maße der Sachgerechtigkeit wichtige Fragen unserer Gesellschaft für einen wichtigen Teil zu lösen. Wir werden das in einer offenen Diskussion mit den Betroffenen besprechen müssen. Das werden vor allem die Gewerkschaften sein als der organisierte Teil der Arbeitnehmerschaft; aber es gibt darüber hinaus noch andere Bereiche der Arbeitnehmerschaft, die nicht nur von den Gewerkschaften erfaßt werden, die wir in diese Diskussion mit einbauen. Das muß eine offene Diskussion werden. Wenn ich die Dinge richtig sehe, ist ja diese Frage in den Gewerkschaften keineswegs so oder so ausgetragen, sondern hier sind ganz deutlich auch verständlicherweise bestimmte Richtungen, gewerkschaftliche Schulen, mit am Werke. Wer die Debatten der letzten Stunden zu diesem Punkt an einem anderen Ort der Bundesrepublik verfolgt hat, weiß ja,

(Ministerpräsident Dr. Kohl)

daß die eine Frage von der anderen nicht zu trennen ist.

Zum Schluß möchte ich noch eine knappe persönliche Bemerkung machen. Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Munzinger hat verständlicherweise das Thema in diesen Saal getragen. Das lag ja nahe. Manch einer hat in den letzten Tagen darüber meditiert. Durch das Vertrauen meiner politischen Freunde bin ich der Kandidat für dieses höchste Amt in unserem Land geworden. Dies ist kein Amt, das man sozusagen nebenher erledigen kann. Dies ist eine Aufgabe, der ich mich verschrieben habe und zu der ich stehen möchte. Wer aber mit 39 Jahren eine solche Aufgabe übernimmt, sollte redlicherweise offen dazu sagen: Da ich ganz sicher bin, daß die Mobilität und der Wechsel im Führungspersonal der Politik in allen Parteien in Zukunft in einer anderen Dimension vor sich gehen wird als etwa in den letzten 20 Jahren - es wird mehr Wechsel insgesamt überall stattfinden -, ist es in einem solchen Falle einfach legitim, redlich und ehrlich, in meinem Alter auch hinzuzufügen: Ich könnte mir vorstellen, daß ich zu einem späteren Zeitpunkt durchaus eine andere Aufgabe übernehmen würde. - Aber, meine Damen und Herren, dies ist eine Diskussion, die sich für mich privat und persönlich im Augenblick nicht stellt. Ich habe diese Aufgabe übernommen; ich hoffe, daß ich mit Ihrer Unterstützung möglichst viel von dem gestern hier Vorgetragenen lösen und erfüllen kann. Ich bitte Sie noch einmal um Ihre Unterstützung.

(Beifall der Regierungsparteien.)

**Präsident Van Volxem:**

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zuge der angestrebten und vieldiskutierten Reform will ich mich ganz kurz fassen. Herr Abgeordneter Munzinger hat die Leistungsschule angesprochen und sich dazu kritisch geäußert; Leistung sei für die Schule nichts Neues. Nun, meine Damen und Herren, das allein ist noch kein Vorwurf; denn ich gehöre einer politischen Überzeugung an, die sagt, daß manches Überkommene durchaus gut und erhaltenswert sei und nicht unbedingt einer neuen Form weichen müsse.

Vor allem aber hat Herr Abgeordneter Munzinger das entscheidende Wort vor dem Begriff „Leistungsschule“ nicht beachtet, und das ist das Wort „gegliederte“ Leistungsschule. Damit, Herr Abgeordneter Munzinger, ist ausgesagt, eine Schule, die jedem seine Chance gibt - ich betone „seine“ -, weil die Chancen der einzelnen unterschiedlich sind, Gott sei Dank so unterschiedlich wie die Funktionen, die ein Schüler später als erwachsener Mensch in der Gesellschaft finden wird, jedem also seine Chance gibt, rascher zum Ziel zu kommen, und die eine klare Absage an jedes nivellierende Schulsystem darstellen soll.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie vom „schimmernden Wortglanz“, Herr Abgeordneter Munzinger, in diesem Zusammenhang sprachen, dann muß ich sagen,

bedauerlicherweise ist kaum ein Begriff in der pädagogischen Diskussion im Augenblick mehr von schimmerndem Wortglanz umgeben, als der Begriff der Gesamtschule. Und ich möchte in diesem Zusammenhang sehr deutlich sagen: Es geht weder um „schimmernde Wehr“ bei der Gesamtschule noch bei der Leistungsschule, es geht mir hier überhaupt nicht um wahlkampfträchtige Formulierungen, sondern es geht mir um die Definition der Begriffe; und die hat Herr Ministerpräsident Dr. Kohl sehr eindeutig in der Formel vom Wettbewerb zwischen der Hauptschule, der Realschule und dem Gymnasium ausgedrückt.

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Van Volxem:**

Herr Minister! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Herrmann (SPD)?

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Selbstverständlich!

**Abg. Herrmann:**

Herr Minister! Nachdem Sie mit einer der Hauptinitiatoren der Deidesheimer Leitsätze der CDU sind, wäre es sicher begrüßenswert, wenn Sie in diesem Zusammenhang erläutern wollten, was die Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung schreibt, wenn sie zu den Deidesheimer Leitsätzen sagt: Alter Wein in neuen Schläuchen. -

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Herr Abgeordneter Herrmann - -

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Van Volxem:**

Darf ich feststellen, daß das keine Frage war, sondern eine Feststellung.

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Ich bin Ihnen, Herr Präsident, herzlich dankbar, daß mir hier klar die Aufgabe der Interpretation der Regierungserklärung und nicht die Aufgabe der Interpretation einer Gewerkschaftszeitung aufgegeben ist.

(Widerspruch und Unruhe bei der SPD.)

Ich möchte Ihre Frage nur dahingehend beantworten, auch die Äußerungen anderer Organisationen zu diesem Begriff sollten uns hier vielleicht nicht in erster Linie befassen, sondern zunächst einmal die Frage, welche Ordnung wir realistisch für heute und morgen unserer Schule geben können. Hier bin ich dem Herrn Abgeordneten Schweitzer außerordentlich dankbar, daß

(Kultusminister Dr. Vogel)

er in so eindringlicher Deutlichkeit von seinen Freunden ausgeführt hat, daß die Gesamtschule überhaupt nicht in der nächsten Zeit realisierbar sei und auch die sozialdemokratische Fraktion sich über die Bewährung dieses Schultyps noch nicht einig ist. Ich bin Ihnen dankbar, meine Damen und Herren, weil das meine Position ist. Man muß und kann, wie vielfach hier betont, über die Gesamtschule reden, aber man muß dann eben auch anderen Formen eine Chance geben und darf sie nicht ideologisieren.

Was, Herr Abgeordneter Munzinger, die Frage der Wettbewerbsfähigkeit betrifft, so sage ich hier in aller Deutlichkeit, daß insbesondere die alte Volksschule nicht wettbewerbsfähig war, daß sie nicht tatsächlich neben Gymnasium und Realschule eine Chance besaß, und daß unsere Bemühungen heute im Lande und auch die Bemühungen der neuen Regierung darauf hinauslaufen, dieser Hauptschule eine ernsthafte und echte Chance zu geben, die sie bisher nicht in vollem Maße hatte. Nur eines muß ich doch korrigieren. Es ist nicht richtig, daß die Hauptschulen etwa in den Teilen des Landes, wo es bisher Amtsbezirke gab, einen Vorsprung hätten. Richtig ist - ich bin dankbar für die Gelegenheit, es zu wiederholen -, daß Grenzen von Gemeinden und von Kreisen, ja sogar auch von Bezirken, nicht pädagogische Grenzen sein dürfen. Ich bin sogar der Meinung, daß wir ruhig - und wir praktizieren es - auch einmal die Landesgrenzen überschreiten können, wenn dafür herüber oder hinüber leistungsfähigere Schulen zu erzielen sind.

(Beifall bei der CDU.)

Deswegen begrüße ich, Herr Munzinger, Ihre Aufforderung, nicht nur auf die heutige Struktur, sondern auch auf die künftige Entwicklung zu schauen. Sie verübeln es mir nicht, wenn ich die Bitte daran anknüpfe, daß dieses mein Bemühen doch auch von den politischen Repräsentanten am Ort geteilt werden möge und daß man mir helfen möge, zu leistungsfähigen Schulsystemen zu kommen, weil ja nach fünf Jahren nicht der heute bittende Abgeordnete oder der heute bittende Bürgermeister, sondern zu Recht der Kultusminister schuld sein wird, wenn die Planung sich dann als falsch erweist.

Sie haben angesprochen - das war der zweite Punkt - die volle hochschulmäßige Ausbildung der Lehrer und um Auskunft gebeten. Genauso Wort für Wort, wie es in der Regierungserklärung vom Herrn Ministerpräsidenten Kohl steht, war und ist es gemeint. Nicht gemeint ist, daß diese hochschulmäßige Ausbildung erst gewährleistet sei, wenn alle Pädagogischen Hochschulen an die Universität Mainz überführt wären, sondern gemeint ist, daß wir an den Plätzen, wo Lehrerbildung im Lande betrieben wird, das nicht in irgendeiner verkürzten, nicht in irgendeiner beschränkten, sondern in voller wissenschaftlicher Qualifikation ermöglichen. Dem dient unser Konzept; und der Verwirklichung dient nicht zuletzt das dem Landtag vorliegende Übergangsgesetz, freilich, meine Damen und Herren, nicht so, wie eine Abgeordnete Ihrer Fraktion neulich am anderen Ort meinte: indem man die Pädagogischen Hochschulen auflöst und ihre Dozenten wegschickt, sondern indem man diesen Dozenten die Chance gibt, zur vollen hochschulmäßigen Ausbildung zu gelangen.

(Starker Widerspruch bei der SPD. - Glocke des Präsidenten.)

(Abg. Fuchs: Wer war das? - Abg. Munzinger: Herr Präsident! - Anhaltende Unruhe bei der SPD.)

**Präsident Van Volxem:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Munzinger (SPD)?

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Selbstverständlich!

(Abg. Frau Kölsch: Sagen Sie, wann und wo?)

**Abg. Munzinger:**

Herr Minister, meine Frage zielte dahin, endlich Klarheit zu Ihren Vorstellungen in der Frage der universitären Ausbildung aller Lehrer zu bekommen. Dazu ein Ja oder ein Nein!

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Verehrter Herr Abgeordneter Munzinger, solange Sie die Frage stellen, stelle ich die Gegenfrage nach einer Definition, was für Sie „universitär“ heißt.

(Beifall bei der CDU. - Unruhe bei der SPD.)

Heißt das, hier in Mainz, oder heißt das, auf wissenschaftlicher Grundlage?

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD.)

(Abg. Fuchs: Das kann in Trier, in Worms, das kann überall sein! - Abg. Munzinger: Herr Kultusminister, wollen Sie in Ihrem Range mir wirklich sagen, Sie wüßten nicht, was universitär ist?)

- Ich gebe Ihnen die klare Auskunft, daß ich nicht weiß, was Sie mit der Forderung nach universitärer Lehrerbildung meinen, weil Sie das bis zur Stunde noch nicht ausgesprochen und ausgedrückt haben.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Van Volxem:**

Gestatten Sie eine letzte Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Munzinger?

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Ja, bitte!

**Abg. Munzinger:**

Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung, daß die bisherigen Philologen eine universitäre Ausbildung haben?

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Ich bin der festen Überzeugung, daß die bisherige Ausbildung der Philologen gegenüber der Lehrerbildung für die Volksschule Vorteile, aber auch Nachteile hat. Ich bin deswegen der Meinung, daß eine völlige Gleichsetzung der Ausbildung der Lehrer für die Grund- und Hauptschulen mit der Ausbildung für den Gymnasiallehrer kein Segen, sondern ein Unglück für die weitere Entwicklung wäre.

(Beifall bei der CDU. - Lebhafter Widerspruch bei der SPD. - Abg. Fuchs: Jetzt wissen wir es!)

Ja, genau dieser Meinung bin ich, und das nicht erst seit heute.

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD.)

**Präsident Van Volxem:**

Gestatten Sie ein Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Herrmann (SPD)?

**Abg. Herrmann:**

Zu der von Ihnen gegebenen - -

(Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Van Volxem:**

Herr Abgeordneter Herrmann, der Herr Minister hat sich noch nicht dazu geäußert, ob er die Frage gestattet.

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Ich bin natürlich damit einverstanden, möchte aber nur darauf hinweisen, daß dann die Verlängerung der Debatte nicht auf die Länge der Beiträge von uns, sondern auf die Fülle der Fragen von Ihnen zurückzuführen ist.

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD. - Abg. Thorwirth: Wer so unklar spricht, muß sich das auch sagen lassen!)

**Abg. Herrmann:**

Herr Minister, erinnern Sie sich daran, daß etwa vor Jahresfrist die Fraktion der SPD im Zusammenhang mit der Großen Anfrage zur „Situation der Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz“ Sie aufgefordert hat, die echten Eingangsvoraussetzungen für die Dozenten der Pädagogischen Hochschulen zu schaffen, die sie damals nicht hatten.

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Darf ich zunächst, Herr Thorwirth, Ihnen antworten: Wenn für Ihre Fraktion in kulturpolitischen Fragen immer Sie sprächen, dann wäre in der Tat eine Verkürzung der Debatte zu erreichen.

(Beifall bei der CDU.)

Nun darf ich auf die Frage des Herrn Abgeordneten Herrmann antworten. Herr Herrmann, man muß die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten schon ganz lesen und darf nicht nur ein Wort herausnehmen. In dieser Regierungserklärung ist im Hinblick auf Trier der Versuch einer harmonisierten und integrierten Lehrerbildung angekündigt, der weit über alles hinausgeht in diesem Punkt, was irgendwo in der Bundesrepublik bis zur Stunde ausprobiert oder praktiziert wird.

Ich bitte auch, Herr Abgeordneter Fuchs, die Aussagen zum einen und die Aussagen zum anderen zusammenzunehmen, wenn Sie hier eine Auskunft auf die gestellten Zwischenfragen wünschen.

(Abg. Fuchs: Herr Präsident, darf ich folgende Frage an den Herrn Minister richten? - Sie haben vorhin gesagt, daß ein Kollege oder eine Kollegin von mir geäußert hätte, daß man die PHs alle auflösen und die Dozenten nach Hause schicken solle. Wer hat das gesagt. - Abg. Frau Kölsch: Und wo?)

- Darf ich Sie auf das Protokoll der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses dieses Hauses verweisen. Da werden Sie die Abgeordnete und ihre Äußerung finden.

(Abg. Fuchs: Wir werden das noch einmal genau prüfen, Herr Minister, aber in dieser Form das hier zu zitieren, ist wohl ein starkes Stück, ein starker Tobak! - Unruhe bei der CDU. - Glocke des Präsidenten.)

Herr Abgeordneter Fuchs, ich möchte - - -

**Präsident Van Volxem:**

Herr Abgeordneter Fuchs, die letzte Feststellung war nicht ganz parlamentarisch.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD. - Abg. König: Sie werden doch die Abgeordnete nennen dürfen? - Abg. Fuchs: Die Feststellung gegenüber dem Kollegen Thorwirth war auch nicht parlamentarisch!)

**Kultusminister Dr. Vogel:**

Ich habe den Eindruck, als ob wir die Diskussion, Herr Abgeordneter Fuchs, über die Details der Lehrerbildung besser im Ausschuß sehr bald aufnehmen und zu Ende führen. Ich wäre sehr dankbar, wenn auch dann die Bereitschaft, beispielsweise von Ihnen, Herr Abgeordneter Herrmann, rasch zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen, in so vollem Maße vorhanden

(Kultusminister Dr. Vogel)

den wäre. - Man liest da Widersprüche aus Ihrem Munde!

Herr Abgeordneter Dr. Danz, Sie haben die Frage des Wettbewerbs noch einmal angesprochen und haben dann eher zur Formulierung von einem breit gefächerten Angebot geneigt. Ich glaube, über den Unterschied „Wettbewerb“ und „breit gefächert“ werden wir uns sicherlich einigen können. Wenn Sie einen eigenen Gesetzentwurf zur Hochschule angekündigt haben, so wird das sicherlich die Diskussion und die Auseinandersetzung nur bereichern und beleben. Verzeihen Sie mir den Ausdruck der Hoffnung, daß das ein Gesetzentwurf sein wird, der nicht nur einige organisatorische Fragen klärt, sondern der uns auch weiterhilft zu den Fragen der inneren Studienreform und der inneren Gestaltung der Hochschule. Denn ich gehöre zu jenen, die der Meinung sind, daß es falsch wäre, das Heil für unsere Hochschulen nur von Organisationsreformen zu erwarten

Was die Frage des Ordnungsrechtes betrifft, so scheint mir wieder nur in Nuancen Meinungsverschiedenheit zu bestehen. Es hatte ja wohl seinen guten Grund, wenn auch diese Landesregierung die Ordnungsrechtsfrage nicht vorab, sondern integriert in den vorzulegenden neuen Gesetzentwürfen zur Diskussion stellt. Das soll dann bei der Beratung der gesamten Problematik der Neuordnung unseres Hochschulbereiches natürlich auch hinreichend geschehen.

Meine Damen und Herren! Wenn die erstrebte Kürze tatsächlich eingehalten werden soll, dann muß in der Tat eine solche Antwort sich von einer Fragestunde unterscheiden und sich deswegen auf diese wichtigsten in der Debatte bisher angesprochenen Themen beschränken.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Abg. Dr. Skopp: Dann muß man sich klar ausdrücken!)

**Präsident Van Volxem:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Fuchs (SPD).

**Abg. Fuchs:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einige Punkte der Regierungserklärung, über die man sicher zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal reden muß und auf die man noch einmal zurückkommen wird. Wir sind durchaus bereit, dem neuen Ministerpräsidenten eine loyale und faire Anlaufchance zu geben; darüber besteht gar kein Zweifel. Aber man wird dann auf einige Punkte sicher eingehen müssen, auch Herr Kollege Gaddum - das werde ich bei anderer Gelegenheit noch tun - auf die manchmal von Ihnen so mit der linken Hand hineingebrachten - ich will damit nicht sagen, daß Sie links stehen und dadurch in Schwierigkeiten mit der CDU kommen - Formulierungen im Zusammenhang mit Selbstverwaltung, Städten, Gemeinden, Kreisen, Bürgermeistern und Landräten. Denn so einfach, wie Sie es sich hier gemacht haben, kann man es sich nicht machen, wenn Sie zum Beispiel prosaisch sagen, die Selbstverwaltung solle nicht dauernd nach dem Staat rufen. Dann muß man dazu sagen, daß der Staat die Verpflichtung hat, die Gemein-

den finanziell instand zu setzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD.)

Insofern ist der Ruf nach dem Lande genau so berechtigt wie das Land Rheinland-Pfalz ununterbrochen nach dem Bund ruft, damit es in den Stand gesetzt wird, seine Aufgaben zu erfüllen.

(Weiterer Beifall bei der SPD.)

Auch das ist in der Sache keine Schande, sondern es ist der Versuch, in der Tat vernünftige materielle Grundlagen zu schaffen. Es gab dabei noch einige andere Gedankengänge. Man muß auch in aller Ruhe sagen, Herr Kollege Gaddum, daß die Gemeinden, die Städte und die Kreise ihre Aufgaben in die Hand genommen haben - die Bürger alle, Gemeinderäte, Stadträte, Bürgermeister und Beigeordneten -, als es noch keinen Staat gab nach diesem schrecklichen Zusammenbruch. Insofern ist also dieses Wortspiel auch angesichts dieser geschichtlichen Entwicklung sicher nicht angebracht.

Es ist auch viel gesprochen worden über Arbeitskammer, Ständestaat und was alles so dazugehört. Wir Sozialdemokraten sind bereit, konkrete Vorschläge auch im Zusammenhang mit der Errichtung einer Arbeitskammer nüchtern und sachlich zu prüfen. Auf den Inhalt wird es ankommen, dem man einer solchen Institution geben will; das ist ganz selbstverständlich. Und daß dabei die Gewerkschaften eine besondere Rolle spielen, ergibt sich allein vom Thema her. Insofern ist es ganz selbstverständlich, daß das Votum und das Verhalten der Gewerkschaften zu dieser Frage eine besondere Rolle spielt und ein besonderes Gewicht hat. Es ist aber auch ebenso klar - in diesem Sinne habe ich auch den Kollegen Munzinger verstanden bei seiner Aussage vorhin -, daß in unserer lebendigen Demokratie weder die Gewerkschaften Entscheidungen letztlich abhängig machen können für ihren Bereich von Entscheidungen politischer Parteien, wie politische Parteien ihre Entscheidungen in eigener Zuständigkeit nicht abhängig machen von Meinungen der Gewerkschaften. Ich glaube, das ist ganz selbstverständlich. Das ist in Anerkennung der gegenseitigen Zuständigkeiten eine selbstverständliche Sache. Wenn der Kollege Munzinger hier versucht, ein bißchen daran aufzurängen und er bei dem Thema „Arbeitskammer“ die besondere Bedeutung der Stellung der Gewerkschaften hervorgehoben hat, dann ergibt sich das aus der Sache und aus dem Thema, das hier gestellt wird und das man sicher auch so anerkennen muß.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Es gibt noch ein paar Sachen, auf die man später noch kommen muß, auch auf die ganze Frage der Respektierung des bisherigen Ministerpräsidenten. Ich halte das unter ehrlichen, aufrechten Demokraten für selbstverständlich, daß man auch nach Abschluß eines großen Weges menschliche und staatspolitische Leistungen anerkennt. Wie sollte eine Demokratie sonst auf die Dauer in ihrer Substanz bestehen können, wenn das nicht selbstverständlich ist, auch von der Opposition her. In diesem Sinne gibt es für uns Sozialdemokraten hier gar keine Fragestellung. Mit Vorschußlorbeeren für neue Ministerpräsidenten allerdings muß man vorsichtiger sein.

(Abg. Gaddum: Die wollen wir gar nicht haben!)

(Fuchs)

- Ja, das ist in Ordnung! Er wird sich bewähren müssen, und er muß zeigen, ob er in einem solchen Amt konkrete Aufgaben auch so erfüllt, wie man das als Staatsbürger erwarten kann. Das wird sich nach einer bestimmten Zeit ergeben.

Meine Damen und Herren! In der Frage der Kulturpolitik hat der Herr Kultusminister in die Debatte eingegriffen. Das war der Grund, warum ich mich überhaupt jetzt noch gemeldet habe. Ich war der Meinung, daß wenigstens in der Frage der Leistungsschule - Gesamtschule und in der Frage der Lehrerbildung eine deutliche, verantwortungsbewußte Aussage hier gemacht wird.

(Beifall bei der SPD.)

In beiden Fragen ist diese Aussage nicht zustande gekommen. Bei der gegliederten Leistungsschule, sehr verehrter Herr Minister, müßten Sie - ich wäre Ihnen sehr dankbar - bei Gelegenheit einmal wirklich erklären, wie sie organisiert sein soll, welchen Inhalt und welches Ziel diese gegliederte Schule haben soll, welche Lehrer dort unterrichten sollen und was die Abschlüsse dieser Leistungsschule sein sollen. Das müssen Sie ganz deutlich sagen. Man kann es auch nicht so machen, daß man sagt: Über das Wort „Leistungsschule“ ist schon oft gesprochen worden, da macht man so, als wäre man ein ganz großer Fachmann; der andere, der dann sagt: Ich weiß gar nicht, was das bedeuten soll, das wäre dann kein Fachmann. So einfach kann man sich das nicht machen. Man muß schon fragen: Wie soll diese Leistungsschule aussehen? Wir sind bereit, darüber zu reden. Ob man dabei den Begriff „Gesamtschule“ wählt oder statt dessen vielleicht auf „Leistungsschule“ zurückgreift, bleibt letztendlich gleichgültig, wenn wir in dem Ziele einig sind, das wir Sozialdemokraten anstreben: daß allen Schülern im Rahmen einer Gesamtschule in diesem Sinne die Ihrer Begabung gemäße Bildungschance geboten wird, um mit einer vernünftigen, das heißt breiten Ausbildungschance ins Berufsleben entlassen werden zu können. Das ist unser Ziel im Rahmen einer Gesamtschule.

Und schließlich: Wenn man zumindest will - und ich nehme an, daß das die CDU auch will -, daß die Hauptschule für eine Übergangszeit, nämlich solange die heutige strukturelle Organisation unseres Schulwesens noch fortbesteht, zu einem besonderen bildungspolitischen Ergebnis führt, wenn man das will, dann muß man dieser Schule auch die erforderlichen Lehrer zur Verfügung stellen. Immerhin muß es in dem Zusammenhang aber bedrücken, Herr Kultusminister, daß Sie vorhin wieder deutlich zu verstehen gegeben haben, Ihrerseits keine gleichwertige Ausbildung, etwa für Philologen und Hauptschullehrer, anzustreben. Ich bin überzeugt, die Entwicklung führt uns, auch wenn Sie es jetzt noch nicht wollen, in drei oder vier Jahren einfach dahin. Wir müssen für alle Lehrer aller Schulformen und Schulgattungen die gleiche Ausbildungsmöglichkeit im Rahmen der Universität schaffen. Alle anderen Wege führen zu Fehlinvestitionen und zu neuen Fehlplanungen. Diese Aussage ist hier heute noch nicht getroffen worden; wir werden darauf erneut zurückkommen bei der Beratung des Gesetzes über die Erziehungswissenschaftliche Hochschule, von dem wir Sozialdemokraten befürchten, daß danach wieder von neuem erhebliche Fehlinvestitionen vorgenommen werden.

Nur eins ist ganz sicher: So schwerwiegende kultur- und bildungspolitische Fragen kann man nicht mit Allgemeinplätzen abtun, sondern hier muß die Regierung in den nächsten Wochen klar sagen, welche Inhalte sie den einzelnen Begriffen geben will.

(Beifall der SPD.)

**Präsident Van Volxem:**

Die Besprechung ist geschlossen. - Ich rufe auf den Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bestätigung der Regierung gemäß Artikel 98  
Abs. 2 der Verfassung**

Dazu liegt ein Antrag der Fraktionen der CDU und FDP - Drucksache VI/1236 - vor. Ich nehme an, daß darüber keine Besprechung gewünscht wird. - Ich stelle das fest und lasse abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache VI/1236 zustimmen will, der gebe das Handzeichen! - Danke! - Ablehnung! - Danke! - Enthaltung! - Der Antrag ist angenommen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der NPD-Gruppe.

(Lebhafter Beifall der Regierungsparteien.)

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 13.04 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.43 Uhr.

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Wir fahren mit den Beratungen der 38. Sitzung fort. Ich erteile vor der Weiterführung der Tagesordnung zunächst das Wort der Abgeordneten Frau Wetzel zu einer persönlichen Erklärung.

**Abg. Frau Wetzel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil meine Erklärung die Ausführungen betrifft, die Herr Kultusminister Dr. Vogel heute vormittag hier gemacht hat, bitte ich darum, daß Herr Kultusminister Dr. Vogel - -

(Zuruf: Er ist jetzt anwesend!)

- Er ist anwesend! Ich habe es geahnt, Herr Minister, der sechste Sinn.

(Kultusminister Dr. Vogel: Ich leider nicht, sonst wäre ich eher gekommen!)

Heute vormittag war ich infolge einer anderweitigen Verpflichtung einige Zeit hier im Plenum nicht anwesend. In dieser Zeit hat der Kultusminister eine Aussage bezüglich der Pädagogischen Hochschulen gemacht und als Autorin eine Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion und als Tatort den Kulturpolitischen Ausschuß genannt.

Nach Rücksprache mit meiner Kollegin muß zwangsläufig der Verdacht, diese Aussage gemacht zu haben,

(Wetzel)

auf mich fallen, zumal ich Mitglied dieses Ausschusses bin. Dieser Tatbestand zwingt mich, eine Erklärung abzugeben. Ich darf feststellen: Es ist ungewöhnlich, daß ein Minister im Plenum aus einer Ausschußsitzung zitiert.

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Darf ich Sie unterbrechen! Sie müssen die Erklärung so abgeben, daß sie nicht zugleich eine Ausführung zur Sache enthält.

**Abg. Frau Wetzel:**

Ich glaube aber, diese Feststellung ist keine Ausführung zur Sache, sondern eine Ausführung zur Form.

(Abg. Schwarz: Der Präsident entscheidet darüber, was zur Sache gehört!)

Aber ich nehme das hin und beende zu dieser Feststellung meine Aussage.

Meine zweite Feststellung ist die, die ich mit aller Entschiedenheit treffen muß, eine solche Aussage, wie sie der Herr Kultusminister angeführt hat, habe ich nie getroffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD. - Zuruf: Ei, ei, ei!)

Ich darf um Ruhe bitten!

(Anhaltender Widerspruch bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Die persönliche Erklärung ist nicht Gegenstand einer Beratung.

(Abg. Dr. Skopp: Wir beraten ja nicht!)

Ich rufe den **Punkt 7** der Tagesordnung:

**Erste Beratung eines Urantrages der Fraktionen der CDU, SPD und FDP betr. Landesgesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes**  
- Drucksache VI/1211 -

Eine Beratung wird nicht gewünscht. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, diesen Urantrag an den Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. - Es erhebt sich kein Widerspruch. - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den **Punkt 8** der Tagesordnung:

**Antrag des Petitionsausschusses betr. beratene Eingaben**  
-Drucksache VI/1213 -

Eine Aussprache wird nicht gewünscht. Erhebt sich gegen den Antrag des Petitionsausschusses Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag, so wie er vorliegt, angenommen.

Ich rufe den **Punkt 9** der Tagesordnung:

**Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Landesvermessung (Landesvermessungsgesetz - LVermG -)**

- Drucksachen VI/473/1193 -

Die Berichterstattung für den Innenausschuß erfolgt durch den Herrn Abgeordneten Durm.

**Abg. Durm:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, daß ich Sie nach der interessanten Debatte von heute vormittag nun wieder mit einer trockenen Materie belästigen muß. Der Ihnen in der Drucksache VI/473 vorliegende Gesetzentwurf über die Landesvermessung hat einen Aufgabenkatalog, wonach die Landesvermessung Lage und Höhepunkt zu bestimmen hat, die die Grundlagen für alle weiteren Vermessungen bilden; wonach ferner einheitliche topographische Karten herzustellen sind als Grundlage für alle kartographischen Erzeugnisse.

Durch das Gesetz wird die Landesvermessung auch gegenüber den sonstigen Grundstücksvermessungen exakt abgegrenzt. Die zentrale staatliche Landesvermessung mit dem Ziel, eine einheitliche Ausrichtung der Lage- und Höhenvermessungen zu schaffen, hat sich in allen Ländern bewährt. Das Gesetz regelt unter anderem, wer an Landesvermessungsarbeiten beteiligt werden kann, so zum Beispiel neben den Kataster- und Vermessungsbehörden auch öffentlich bestellte Vermessungsingenieure. Alle Stellen sind der Einheitlichkeit der Ausführung und der Auswertung der Arbeiten wegen an die Weisungen des zuständigen Ministeriums des Innern gebunden.

Das Gesetz fixiert auch das Recht, Grundstücke zwecks Durchführung von Vermessungsarbeiten zu betreten und nötigenfalls zu befahren. Es regelt bei Nutzungsbeschränkung der in Anspruch genommenen Grundstücke die Entschädigungspflicht. Es beinhaltet auch gewisse Schutzbestimmungen für die Einsicht in die Nachweise der Landesvermessung und für die Anfertigung von Auszügen und dergleichen.

Um auch vor Mißbrauch der Ergebnisse und der Einrichtungen der Landesvermessung schützen zu können, erschien es angebracht, im Gesetz festzulegen, daß Zuwiderhandlungen geahndet werden können. Hierzu schlug der Innenausschuß eine Änderung des § 10 vor, der im Absatz 2 - Die Anwendung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten - und die in Absatz 3, die Kompetenz hierfür hervorhebt. Ich darf mir ersparen, Ihnen hierzu Details des Änderungsvorschlages vorzutragen. Jedenfalls hat der Rechtsausschuß in seiner Sitzung vom 30. April sich dem Vorschlag des Innenausschusses angeschlossen.

Ich darf Ihnen im Auftrag des Rechtsausschusses dies mitteilen. Die Inkraftsetzung des Gesetzes soll zum 1. Juni erfolgen. Ich darf Sie namens des Innenausschusses bitten, dem Gesetz Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Eine Besprechung wird nicht gewünscht. Ich rufe auf die Drucksache VI/473 in der Fassung der Vorlage VI/1193. - Es wird mir eben vorgelegt eine rein redaktionelle Änderung dieses Gesetzentwurfs. Es soll im Einverständnis mit den Vorsitzenden beider Ausschüsse in § 4 Abs. 2 des Ihnen vorliegenden Entwurfs hinter dem Wort „natürliche“ das Wort „Personen“ eingefügt werden. Es handelt sich nicht um eine Sachänderung, sondern um eine rein redaktionelle Änderung, die wohl keiner besonderen Beratung bedarf. Es wird also vorgeschlagen, in § 4 Abs. 2 hinter dem Wort „natürliche“ das Wort „Personen“ einzufügen.

Ich rufe nunmehr auf die Drucksache VI/473, und zwar zunächst den dazu vorliegenden Abänderungsantrag des Innenausschusses Drucksache VI/1193. Wer mit der Änderung des Gesetzentwurfes gemäß Drucksache VI/1193 einverstanden ist, möge die Hand erheben. - Gegenstimmen! - Enthaltungen!

Damit ist die Drucksache VI/473 nunmehr in der Fassung der Drucksache VI/1193 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe auf in dritter Beratung das Landesgesetz über die Landesvermessung - Drucksache VI/473 in der Fassung der Drucksache VI/1193 -, und zwar die Überschrift und die §§ 1 bis 13. Eine Aussprache wird nicht gewünscht. Wer diesem Gesetz in der nunmehr vorliegenden Fassung seine Zustimmung in dritter Beratung geben will, möge sich vom Platz erheben. - Danke sehr! - Gegenstimmen! - Enthaltung! - Das Gesetz ist in dritter Lesung angenommen.

Ich rufe auf **Punkt 10** der Tagesordnung:

**Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes zur Änderung des Waffengesetzes**  
- Drucksache VI/789/1194 -

Die Berichterstattung für den Innenausschuß erfolgt durch Herrn Abgeordneten von Büнау.

**Abg. von Büнау:**

Herr Präsident! Meine verehrten Damen, meine Herren! Die Landesregierung legt mit der Drucksache VI/789 den Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Waffengesetzes vor. Dieser Entwurf wurde dem Innenausschuß und dem Rechtsausschuß zur Beratung überwiesen.

Im Auftrage beider Ausschüsse darf ich folgendes berichten. Es handelt sich hier um die Abänderung des § 11 Abs. 1 bzw. des § 12 des Gesetzes. Im § 11 Abs. 1 des Waffengesetzes hieß es, daß Faustfeuerwaffen nur gegen Waffenerwerbsschein bezogen werden könnten. Davon waren befreit nach § 12 Nr. 7 - insbesondere überlegte man dies damals aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung - die Inhaber von Jahresjagdscheinen und die Inhaber von Waffenscheinen. Warum? Der Grund war der: Man brauchte bei diesen Personen, die beim Bezug des Waffenscheines und beim Bezug des Jahresjagdscheines schon besonders geprüft waren, nicht mehr die Bedürfnisfrage und die Zuverlässigkeit zu prüfen, die sonst bei Waffenerwerbsscheinen notwendig ist.

Der Unterschied war weiter wie folgt. Bei Waffenerwerbsscheinen konnte nur eine Waffe erworben werden, während zum Beispiel bei den Jahresjagdscheinen eine beliebige Anzahl von Faustfeuerwaffen besorgt werden konnte. In der zurückliegenden Zeit sind nun Beobachtungen gemacht worden, daß mit dieser Bestimmung Mißbrauch getrieben wurde und Personen auf Grund dieser Berechtigungsscheine sich mehr Waffen gekauft haben, als zum persönlichen Schutze oder Nutzen notwendig waren, also ein nicht gewünschter Handel und Benutzung dieser Waffen vorgenommen wurde. Die Landesregierung hat, ähnlich wie in anderen Ländern, durch dieses vorliegende Gesetz beantragt, daß die Gelegenheit zu diesem Mißbrauch beseitigt wird, und zwar soll, wie Sie sehen, im § 12 insbesondere die Nr. 7 gestrichen werden, das heißt, in Zukunft sollten auch die Inhaber von Waffenscheinen und von Jahresjagdscheinen zunächst Waffenerwerbsscheine erwerben. Damit wird erreicht, daß nur eine Waffe gekauft werden kann.

Der Ausschuß hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Es standen Gegenvorstellungen des Landesjagdverbandes im Raum, die besprochen wurden. Die vom Ausschuß als berechtigt anerkannten Bedenken des Landesjagdverbandes gingen insbesondere dahin, daß jeder Jäger nicht nur eine, sondern mindestens zwei oder drei Faustfeuerwaffen haben müsse. Diese Bedenken wurden dadurch ausgeräumt, indem der Vertreter des Herrn Innenministers, wie auch in der Begründung ausgeführt, erklärte, den Bedenken des Landesjagdverbandes solle durch den Erlaß einer Verwaltungsvorschrift Rechnung getragen werden. Die Behörden, die mit der Ausstellung der Scheine beauftragt würden, werde man darauf hinweisen, daß die Aushändigung des Scheines - so heißt es wörtlich - „in gewissem Umfange für Faustfeuerwaffen, die benötigt werden durch die Inhaber von Jahresjagdscheinen, durch den Erlaß einer Verwaltungsvorschrift dahin geregelt werde, wonach bei den Inhabern dieser Jahresjagdscheine nach § 15 Abs. 1 des Waffengesetzes zur Erlangung eines Waffenscheines die erforderliche Zuverlässigkeit regelmäßig als gegeben und das erforderliche Bedürfnis für den Erwerb einer bestimmten Anzahl von Faustfeuerwaffen grundsätzlich als vorliegend anzuerkennen ist.“

(Abg. Dr. Skopp: Hoffentlich werden nicht noch mehr Böcke geschossen!)

- Das liegt bei Ihnen, Herr Kollege Skopp; ich weiß nicht, ob Sie auch schon Böcke schießen.

(Abg. Dr. Skopp: Ich bin kein Jäger!)

- Trotzdem können Sie Böcke schießen!

(Heiterkeit im Hause).

Sie sind zwar nicht mehr Oberbürgermeister, im Ruhestand ist das schwerer. - Das gehört nicht zur Berichterstattung, Herr Kollege Skopp.

Ich darf nur vortragen, daß auf Grund dieser Äußerung des Vertreters des Innenministers der Ausschuß einstimmig beschlossen hat - der Rechtsausschuß ebenfalls -, die Vorlage Ihnen zur Annahme zu empfehlen.

(Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Eine Besprechung wird in zweiter Lesung nicht gewünscht. Ich rufe auf das Landesgesetz zur Änderung des Waffengesetzes, Artikel 1, Artikel 2, Einleitung und Überschrift. Wer diesem Gesetz in zweiter Lesung seine Zustimmung geben will, möge das Handzeichen geben. - Danke! - Gegenstimmen! - Enthaltungen! - Eine Enthaltung!

Ich rufe das Landesgesetz zur Änderung des Waffengesetzes in dritter Lesung auf: Drucksachen VI/789/1194, Artikel 1 und 2, Überschrift. - Eine Beratung wird nicht gewünscht. Wer diesem Gesetz in dritter Lesung seine Zustimmung geben will, der möge sich vom Platze erheben! - Danke! Gegenprobe! - Enthaltungen! - Eine Enthaltung, im übrigen einstimmige Annahme!

Ich rufe auf **Punkt 11** der Tagesordnung:

**Zweite und dritte Beratung eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über die Errichtung einer Architektenkammer im Lande Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1963 (GVBl. S. 133; BS 70-10)**

- Drucksachen VI/790/1184 -

Die Berichterstattung für den Kulturpolitischen Ausschuss erfolgt durch Herrn Abgeordneten Diel.

**Abg. Diel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 12. August 1968 den Entwurf eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über die Errichtung einer Architektenkammer im Lande Rheinland-Pfalz vorgelegt. Dieses Novellierungsgesetz wurde dem Kulturpolitischen Ausschuss federführend und dem Innenausschuss sowie dem Wirtschafts- und Verkehrsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Die Novelle hat sich zunächst auf Grund dreier Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts als notwendig erwiesen.

Der erste Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1964 bezieht sich auf die Bestimmung des § 15 unseres Architektenkammergesetzes, wonach die ehrenamtlichen Beisitzer und ihre Stellvertreter des Ehrenrates und des Landesehrenrates von den Mitgliedern der Architektenkammer auf drei Jahre gewählt werden. Das oberste Gericht führt dazu aus: Ein von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts getragenes besonderes Gericht sei mit Artikel 92 des Grundgesetzes vereinbar, wenn es sich um ein „staatliches“ Gericht handle. Ein Gericht könne nur dann als staatliches Gericht anerkannt werden, wenn seine Bindung an den Staat auch in personeller Hinsicht hinreichend gewährleistet sei. Dazu gehöre, daß der Staat bei der Berufung der Richter mindestens in der Form der Bestätigung mitwirke. - Da dies in dem Architektenkammergesetz unseres Landes - wie auch in den Gesetzen anderer Länder - nicht so geregelt, sondern hiernach lediglich eine Wahl durch die Mitglieder der Architektenkammer vorgesehen ist, mußte das entsprechend geändert werden. Deshalb bestimmt nunmehr

Artikel 1, § 15 Abs. 2 des Gesetzes dahin zu ändern, daß die ehrenamtlichen Beisitzer und Stellvertreter der Berufsgerichte vom Minister für Finanzen und Wiederaufbau auf Vorschlag des Vorstandes der Architektenkammer jeweils für drei Jahre bestellt werden.

Ein zweiter Grund, der diese Novellierung notwendig machte, besteht darin, daß der Ausschuss vom Richteramt, die Ablehnung eines Richters und das Verfahren an den Berufsgerichten seither lediglich in der Berufsgerichtsordnung für Architekten geregelt waren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 30. Mai 1967 festgestellt, daß derartige Regelungen nicht durch eine Verordnung, sondern nur und ausschließlich durch Gesetz getroffen werden können.

Gleiches gilt für die bisher in der Berufsgerichtsordnung enthaltenen Gebührenvorschriften. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu in einem Beschluß vom 11. Oktober 1966 die Auffassung vertreten, daß das Gesetz selbst die Tendenz und das Ausmaß einer Gebührenregelung bestimmen müsse; eine Verordnung reiche nicht aus.

Das hat zu der Vorschrift in Artikel 2 der Gesetzesvorlage geführt, wonach diese Berufsgerichtsordnung in unveränderter Fassung auf die Ebene eines Gesetzes gehoben wird und die bisher geltenden Bestimmungen bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung als förmliches Gesetz fortbestehen.

Ein dritter Punkt, der in diesem Gesetz freilich noch nicht seinen Niederschlag gefunden hat, aber bei der in absehbarer Zeit vorzunehmenden umfassenden gesetzlichen Neuregelung des Architektenrechts zu berücksichtigen ist, betrifft einen Vorlagebeschluß des Bundesverwaltungsgerichts, in welchem festgestellt wird, daß es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei,

(Abg. Schwarz: Das steht doch schon alles in der Begründung!)

die Berufsbezeichnung „Architekt“ von dem Nachweis künstlerischer Planungsfähigkeit abhängig zu machen. Der Kulturpolitische Ausschuss hat sich - in Übereinstimmung mit den beiden mitberatenden Ausschüssen - die aus den dargelegten Gründen erforderlich gewordene Gesetzesvorlage insgesamt zu eigen gemacht und schlägt Ihnen in der Drucksache vor, dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft treten zu lassen. Ich darf als Berichterstatter aller drei Ausschüsse dem Hohen Hause empfehlen, das Gesetz in dieser Form anzunehmen.

(Beifall des Hauses.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Ich stelle das Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Errichtung einer Architektenkammer - Drucksache VI/790/1184 - in zweiter Lesung zur Aussprache. - Frau Abgeordnete Wetzel (SPD) hat das Wort.

**Abg. Frau Wetzel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Änderung des Architektenkammergesetzes, die wir heute vornehmen, ist nur eine kleine Novelle zum Architekt-

(Weizel)

tenrecht, gleichwohl eine längst überfällige Sache; denn das Bundesverfassungsgericht hat im November 1964 gesprochen, und seit diesem Zeitpunkt sind die Berufsgerichte der Architekten in Rheinland-Pfalz de jure funktionsunfähig gewesen. Wir freuen uns, daß also diese Gerichte mit der Annahme des vorliegenden Änderungsgesetzes wieder funktionsfähig werden.

Indessen steht aber noch die große Novelle zum Architektenrecht aus, die sich mit zwei Aufgaben zu befassen hat: einmal mit der Umreißung der Berufsaufgaben eines Architekten - die in unserem Gesetz überhaupt nicht angesprochen sind - und zum zweiten mit der Eingliederung der Innenarchitekten, Gartenarchitekten und Landschaftsarchitekten, soweit sie von ihrer beruflichen Ausbildung der geforderten Qualifikation entsprechen, in den Kreis ihrer in der Architektenkammer zusammengeschlossenen Kollegen, der Bauarchitekten. Meine Fraktion hat im Februar 1968 einen diesbezüglichen Antrag gestellt, und in der Begründung der kleinen Novelle, die wir heute verabschieden, ist auch die Landesregierung darauf eingegangen und hat zugesagt, eine große Novelle vorzulegen.

Nun hat ja die Fachkommission „Architektengesetz“ der Bundesländer inzwischen bereits einen Musterentwurf eines Architektengesetzes erarbeitet, und dieser liegt jetzt den Ministerpräsidenten zur Verabschiedung vor. Da er die Frage der künstlerischen Planungsfähigkeit bei den Berufsaufgaben ausspart, stehen deshalb von daher gesehen der Landesregierung gar keine Hindernisse mehr im Wege, uns möglichst bald eine solche große Novelle des Architektenrechts vorzulegen. Ich finde, die Innenarchitekten, Gartenarchitekten und Landschaftsarchitekten in Rheinland-Pfalz haben Anspruch auf Gleichheit in ihrer Rechtsstellung mit ihren Kollegen in anderen Bundesländern.

(Beifall der SPD.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Eine weitere Besprechung wird nicht gewünscht. Ich lasse dann in zweiter Lesung über die Drucksachen VI/790/1184 abstimmen. Wer in zweiter Lesung diesem Landesgesetz seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Danke! - Gegenstimmen! - Enthaltungen! - Einstimmig angenommen!

Ich rufe nunmehr in dritter Lesung auf die Drucksachen VI/790/1184 mit den Artikeln 1 bis 3 sowie der Überschrift. - Eine Beratung wird nicht gewünscht. Ich lasse abstimmen. Wer diesem Gesetz in dritter Lesung seine Zustimmung geben möchte, der möge sich vom Platze erheben. - Ich danke. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das Gesetz ist in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt den **Punkt 12** unserer Tagesordnung auf:

**Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen**

- Drucksache VI/1109/1195 -

Die Berichterstattung für den Rechtsausschuß hat der Abgeordnete Engelbreit übernommen; ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Engelbreit:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 21. April 1969 mit dem ihm überwiesenen Entwurf eines Landesgesetzes über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen befaßt. Ich habe Ihnen hierüber zu berichten. Ich kann mich dabei sehr kurzfassen; denn der Rechtsausschuß hat sich den vorgesehenen Gesetzestext und dessen Begründung zu eigen gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Annahme dieses Gesetzes wird in unserem Lande eine Rechtszersplitterung beseitigt und der „Staatsanzeiger“ zu einem echten Verkündungsorgan für den gesamten Bereich unseres Landes bestimmt. Namens des Rechtsausschusses darf ich Ihnen die Annahme dieses Gesetzesentwurfes mit der Maßgabe empfehlen, in § 5 als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes den 1. Juli 1969 vorzusehen.

(Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Ich danke Ihnen. - Eine Besprechung wird nicht gewünscht. Ich lasse in zweiter Lesung über die Drucksache VI/1109 in der Fassung der Drucksache VI/1195 abstimmen. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Gegenstimmen! - Enthaltungen! - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die dritte Lesung eines Landesgesetzes über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen in der Fassung der Drucksache VI/1195. Eine Beratung wird nicht gewünscht. Wer diesem Gesetzentwurf in dritter Lesung zustimmen möchte, den darf ich bitten, sich vom Platze zu erheben. - Danke! - Gegenstimmen! - Enthaltungen! - Das Gesetz ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Zweite und dritte Beratung eines Urantrages der Fraktionen der CDU, SPD und FDP betr. Erstes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz (Abgeordnetenentschädigungsgesetz)**

- Drucksache VI/1127 -

Die Berichterstattung für den Haushalts- und Finanzausschuß erfolgt durch den Herrn Abgeordneten Gaddum; ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gaddum:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Der Urantrag der Fraktionen der CDU, SPD und FDP zielt auf eine Änderung des § 23 des Landesgesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz vom 1. Januar 1969 hin. Der erste Absatz des § 23 wird durch die Novellierung nicht betroffen und daher unverändert übernommen. Hinzu kommen die Absätze 2 bis 5. Hierbei handelt es sich

(Gaddum)

darum, ausgeschiedenen Mitgliedern unseres Hauses die Möglichkeit zu geben, auf ihren Antrag hin eine Altersrente nach den Vorschriften des genannten Gesetzes zu gewähren. Wesentlich ist, daß diese Zahlung nur auf Antrag erfolgt und nicht die sonst gegebene Wahlmöglichkeit zwischen Übergangsgeld und Altersrente besteht; vielmehr ist nur die Gewährung einer Altersrente möglich. Besonders ist darauf hinzuweisen, daß die bekannten Einschränkungen in dem Gesetz hinsichtlich der Anrechenbarkeit der Bezüge aus anderen öffentlichen Kassen auch für die vorzunehmenden Änderungen gelten.

Die finanziellen Auswirkungen der Gesetzesänderung sind derzeit nur sehr schwer zu überblicken, da die vorgenommenen Einschränkungen voraussichtlich den maximalen Aufwand von jährlich etwa 300 000 DM bei weitem nicht erreichen lassen. Genaue Zahlen können erst genannt werden, wenn die Anträge vorliegen.

Die Gesetzesänderung hat praktisch eine auslaufende Wirkung. Sie stellt eine Regelung für die älteren Mitglieder dieses Hauses dar. Durch den natürlichen Abgang wird die Änderung auf die Dauer gegenstandslos werden. Es ist, wenn Sie so wollen, eine Härterege- lung zu dem in diesem Hohen Hause bereits besprochenen Fragenkomplex.

Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt Ihnen einstimmig, die Drucksache VI/1127 unverändert anzunehmen.

(Beifall im Hause.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Eine Beratung wird nicht gewünscht. Ich lasse in zweiter Lesung über die Drucksachen VI/1127 und VI/1218 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, der möge das Handzeichen geben. - Danke! - Gegenprobe! - Enthaltungen! - Bei vier Enthaltungen angenommen!

Ich rufe die Drucksache VI/1127 in der Fassung der Drucksache VI/1218 in dritter Lesung auf. Eine Beratung wird nicht gewünscht. Wer dem Gesetzentwurf über die Änderung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz in dritter Lesung zustimmen will, der möge sich vom Platze erheben. - Danke! - Gegenstimmen! - Enthaltungen! - Das Gesetz ist bei vier Enthaltungen angenommen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung eines Fünften Landesgesetzes zur Änderung des Weinbergaufbaugesetzes**

- Drucksache VI/1228 -

Eine Begründung zu diesem Gesetzentwurf wird nicht gegeben. Eine Besprechung wird ebenfalls nicht gewünscht. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Gesetzesvorlage dem Ausschuß für Landwirtschaft und Weinbau zu überweisen.

(Abg. Gaddum: Mitberatend an den Haushalts- und Finanzausschuß; die Vorlage hat finanzielle Auswirkungen!)

- Es wird Ihnen vorgeschlagen, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Landwirtschaft und Weinbau und zur Mitberatung dem Haushalts- und Finanzausschuß zu überweisen. - Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung eines Sechsten Landesgesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

- Drucksache VI/1229 -

Die Begründung erfolgt durch den Herrn Innenminister.

**Innenminister Wolters:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Finanzminister bedauert außerordentlich, an der heutigen Nachmittagssitzung nicht teilnehmen zu können, da er in Bonn an der Sitzung des Finanzplanungsrates teilnehmen muß, auf der heute nachmittag über die Aufteilung der Steuergelder zwischen Bund und Ländern entschieden wird. Morgen muß der Herr Finanzminister an der Sitzung des Finanzausschusses teilnehmen, der die Neugestaltung des Finanzausgleiches durchführt. Da es sich um grundlegende Entscheidungen handelt, bittet der Herr Finanzminister um Verständnis, daß er heute nachmittag hier nicht anwesend sein kann.

Zur Begründung der Gesetzesvorlage darf ich auf folgendes verweisen: Am 28. Februar 1969 hat der Deutsche Bundestag das Zweite Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts verabschiedet. Die Landesregierung war der Auffassung, daß die darin enthaltenen und insgesamt sehr wesentlichen Verbesserungen auch den Beamten und Versorgungsempfängern des Landes baldigst zukommen sollten. Noch bevor der Bundesrat am 28. März dem Gesetz zustimmte, bereitete das rheinland-pfälzische Finanzministerium bereits ein entsprechendes Anpassungsgesetz vor.

Der Herr Finanzminister hat den Gewerkschaften und den kommunalen Spitzenverbänden am 2. April den Entwurf eines Sechsten Besoldungsänderungsgesetzes mit der Begründung übermittelt. Die Landesregierung hätte es begrüßt, wenn sie in der Lage gewesen wäre, den vorliegenden Gesetzentwurf dem Landtag bereits in einer früheren Plenarsitzung zuleiten zu können. Aber auch heute ist Rheinland-Pfalz wohl das erste Land, das sein Besoldungsrecht in einer umfassenden Gesamtkonzeption auf den neuesten Stand zu bringen bemüht ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf hat zum Ziele, Struktur und System des Landesbesoldungsrechts dem Bundesbesoldungsrecht anzupassen. Damit sind zugleich eine Reihe von Änderungen verbunden, die sich nach Auffassung der Landesregierung aus der zwischenzeitlichen Entwicklung ergeben haben.

Die verschiedenen Schwerpunkte des Gesetzentwurfs sind in der Begründung herausgearbeitet worden. Ich darf auf diese Begründung hinweisen. Die Bedeutung der Regierungsvorlage ergibt sich aus ihrem finanziellen Gewicht. Der Gesetzentwurf bedingt insgesamt einen jährlichen Mehraufwand von rund 55 Millionen.

(Innenminister Wolters)

Davon werden aufgrund des vorgesehenen Inkrafttretenszeitraumes - das ist der 1. April bis zum 31. Dezember 1969 - also noch im Laufe dieses Haushaltsjahres etwa 52 Millionen anfallen.

Die Landesregierung hat den dringenden Wunsch, daß der Gesetzentwurf recht bald und wegen der verschiedenen Sachzusammenhänge als Ganzes verabschiedet werden möge.

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß damit den aktiven Beamten und Richtern, sowie den Versorgungsempfängern ein besonders verdientes Entgegenkommen gezeigt wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Thorwirth (SPD).

**Abg. Thorwirth:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist an sich ungewöhnlich, daß die Fraktionen bei der ersten Beratung eines solchen Gesetzes Stellung nehmen und die Absichten, die sie mit dieser Beratung in diesem Hohen Hause verbinden, vor der Überweisung in den Ausschuß unterbreiten.

Ich will die Gründe nennen, warum wir dies tun. Über dieses Gesetz wird seit Monaten zwischen Landesregierung und Verbänden im Zuge der Anhörung und auch mit den Fraktionen verhandelt. Ich glaube, es ist angebracht, nachdem das Parlament heute zum erstenmal damit beschäftigt ist, die Grundzüge darzulegen, die uns bei der weiteren Beratung dieses Sechsten Gesetzes zur Änderung des Besoldungsgesetzes bestimmen und die die Richtschnur unseres Handelns darstellen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, wir sprechen in diesen Tagen oft von einer Überprüfung der Arbeitsweise des Parlaments, sprechen von Parlamentsreform, von einer Veränderung des Verhältnisses Regierung und Parlament, und oft hat man dabei den Eindruck, als ginge es um ganz komplizierte Dinge.

An diesem Gesetz zeigt eigentlich ein ganz einfacher Vorgang, wie dem Parlament die Arbeit erleichtert werden könnte und wie das Verhältnis Regierung - Parlament verbessert werden könnte. Uns liegt die Drucksache seit gestern morgen vor. Das Parlament hätte sogar bei einer engen Auslegung der Geschäftsordnung die Möglichkeit, heute die erste Lesung zu verweigern. Dies wird natürlich niemand tun; denn in den letzten Wochen ist bei den Verbänden der Eindruck erweckt worden, daß spätestens im Mai dieses Thema abgeschlossen sei.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß von den Vertretern der Ministerien, die mit den Verbänden verhandeln, die Auffassung vertreten wird, daß, wenn die Landesregierung mit ihrem Entwurf fertig ist, auch das Gesetz damit seinen Abschluß gefunden habe. Daß das Parlament nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich einige Wochen Zeit zur Beratung zu nehmen, wird also oft dabei vergessen. Das Parlament kommt natürlich gegenüber den Vertretern der Beamten in eine peinliche Situation, wenn sich auf der einen Seite die

Exekutive zu Recht die Zeit nimmt, um ihre Arbeit vorzubereiten und auf der anderen Seite dann das Parlament in einen unvertretbaren Zeitdruck gerät, weil der Eindruck entsteht, daß das Parlament nicht bereit sei, gesetzte Termine einzuhalten oder das dazu Notwendige zu tun. An einer Abstellung dieses unerfreulichen Zustandes sollten wir alle interessiert sein.

Ich möchte weiter dazu sagen. Ich appelliere an die Verbände der Beamten, daß sie einsehen, daß, nachdem heute das Parlament in erster Lesung dieses Gesetz berät, nicht in wenigen Tagen Beratungen abgeschlossen sein können, sondern daß im gleichen Verhältnis Zeit dazu vorhanden sein muß, um mit der notwendigen Sorgfalt das Gesetz zu beraten, wie es die Verbände mit ihren Stellungnahmen und wie es die Landesregierung mit ihrem Entwurf gemacht haben.

Nun, meine Damen und Herren, daraus ergibt sich eine Empfehlung, die ich hier gerne aussprechen möchte. Es ist der Hinweis darauf, daß es wohl überlegenswert ist, die Vorlage zu teilen und in einem Vorschaltgesetz - wir haben das ja schon einmal getan - die Tabelle zu verabschieden. Ich meine allerdings, meine Damen und Herren, nur die Tabelle. Die übrigen Dinge müssen dann dem zweiten Teil des Gesetzes überlassen bleiben. Damit hätten wir gegenüber dem Großteil der Beamten, die ja berechtigt auf die Verabschiedung dieses Gesetzes und die damit verbundene materielle Anpassung ihrer Besoldungs- und Versorgungsbezüge warten, das Entsprechende getan und könnten uns in Ruhe den noch zu lösenden Problemen zuwenden und sie beraten. Ferner möchten wir an dem Termin, der durch den Bund gesetzt worden ist, festhalten.

Nun, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu dem, was sachlich und besoldungspolitisch über die allgemeinen Bestimmungen und über das, was im Regierungsentwurf enthalten ist, hinausgeht. Über diesen Teil möchte ich nur den Willen unserer Fraktion ankündigen und die Absichten ausdrücken, die uns bewegen.

Es kann nicht ausbleiben, daß bei der Beratung dieses Besoldungsgesetzes Fragen der Lehrerbildung eine vordringliche Rolle spielen. Es hängt einfach damit zusammen, daß wir es hier mit einem Berufsstand zu tun haben, der in einer ständig sich wandelnden und veränderten Verantwortung seiner beruflichen Tätigkeit erbringt und dessen Berufsbild noch keiner endgültigen Klärung zugeführt ist. Das hängt damit zusammen, daß wir überall - auch in diesem Lande - Veränderungen der Organisation unserer Schulen vornehmen und vornehmen müssen, und daß wir dann auch die Konsequenzen hinsichtlich der Besoldung der Lehrer zu ziehen haben.

Wir haben vor einigen Monaten im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Fünften Besoldungsänderungsgesetzes auch über Fragen der Lehrerbildung gesprochen. Ich kann in bezug auf einige wichtige Kernpunkte nur auf das verweisen, was damals hier von mir gesagt worden ist und füge noch ein weiteres hinzu. Seit Monaten wird darüber Klage geführt und daran Kritik geübt, daß die Lehrer an Grund- und Hauptschulen die einzige Beamtengruppe ist, denen bei der Regelbeförderung die volle Beförderungsstufe vorenthalten wird. Das heißt heute nach dem neuen Gesetz nicht mehr Regelbeförderung, sondern Bewährungsbeförderung. Im Grunde ist die Problematik die gleiche geblieben.

(Thorwirth)

Ich glaube, daß es an der Zeit ist, in der Tat diesen Mangel zu korrigieren und dafür zu sorgen, daß auch die Lehrer an Grund- und Hauptschulen den übrigen Beamten insoweit gleichgestellt werden, daß sie eben dann, wenn die Voraussetzungen zur Bewährungsbeförderung erfüllt sind, um eine volle Besoldungsgruppe und nicht nur um eine halbe Besoldungsgruppe regelbefördert werden.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Mit dieser Anpassung und Angleichung sind natürlich eine Reihe von Konsequenzen verbunden, die die Eingruppierung und die besoldungspolitische Behandlung von Berufen aus der Lehrerschaft - Rektor, Konrektor, Realschullehrer, Oberlehrer, Lehrer an Sonderschulen usw. - betreffen. Mit einer solchen Entscheidung der vollen Bewährungsbeförderungsstufe sind eine Reihe von weiteren besoldungspolitischen Konsequenzen verbunden, die ich im Detail hier gar nicht aufzuführen brauche, die sich einfach aus der Systematik ergeben.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort! Sie wissen, daß das Argument, daß das arme Land Rheinland-Pfalz eine solche Vorwegentscheidung nicht treffen könne, nicht mehr stimmt, weil vor einigen Wochen das Land Schleswig-Holstein, von dem man nicht behaupten kann, daß es finanziell und wirtschaftlich stärker sei als Rheinland-Pfalz, diese Entscheidung in einer Kampfabstimmung des Parlaments getroffen hat. Ich glaube, was in Schleswig-Holstein finanziell möglich war, sollte in Rheinland-Pfalz ebenfalls möglich sein. Und dies sollte uns unsere Schule und damit die Entwicklung im Bildungsbereich wert sein.

Ein weiterer Punkt! Wenn diese Entscheidung getroffen wird, dann lautet die Konsequenz daraus, daß auch Fragen, die mit der Vollverzahnung zusammenhängen, eigentlich erledigt sind. Denn wenn man eine volle Bewährungsstufe befördert, müßte man auch konsequenterweise die Gruppe A 12a für alle Lehrerberufe streichen und auf diese Weise die Vollverzahnung ihre Erledigung finden lassen.

Was hier die Landesregierung vorschlägt, ist ganz zweifellos auch insoweit inkonsequent, als hier eine besoldungspolitische Maßnahme im Grunde nicht vollzogen, beziehungsweise verfälscht wird zuungunsten der Lehrerschaft. Die Tatsache, daß ein Teil der Lehrer in A 12a verbleiben und nicht voll verzahnt werden soll, wird hier umgemünzt in eine schulpolitische Differenzierung, indem man wiederum Unterscheidungen einführt in Größe und geringere Größe der Schulsysteme und von daher eine schulpolitische Differenzierung und Unterscheidung besoldungspolitisch vornimmt.

Ich glaube, daß sich auch aus diesen Gründen ein solcher Schritt nicht empfiehlt, weshalb wir ihn ablehnen möchten und die Absicht haben, seiner Verwirklichung nicht zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Im Bereich der Besoldungsfragen für Lehrer werden wir uns sicher zu beschäftigen haben - ich kenne Einwände, die kommen - mit dem, was an den höheren Schulen zu geschehen hat, und auch mit der weiteren Behandlung der Leiter der höheren Schulen, die in diesem Zusammenhang - Sie wissen es - neu zu überprüfen ist. Sie kennen unsere Auffassung, die sich in einem Satz wiedergeben läßt: Wir meinen, daß die Zeit längst reif ist, auch dafür zu

sorgen, daß die Oberstudiendirektoren nach A 16 eingruppiert werden, weil es im Grunde nicht einzusehen ist, daß die Leiter großer höherer Schulen nicht die Endstufe der A-Gruppe in der Besoldungslaufbahn erreichen sollten, die im Grunde allen Laufbahnbeamten offensteht und auch von vielen erreicht wird.

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir werden in den nächsten Wochen eine intensive Beratung dieser Fragen haben. Ich wollte diese wenigen, aber für uns bedeutungsvollen besoldungspolitischen Ziele, die uns für diese Beratungen vorschweben - sie waren nur beispielhaft und nicht erschöpfend aufgezählt -, heute hier in der ersten Lesung bereits zum Ausdruck bringen. Ich danke Ihnen!

(Beifall der SPD.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schwarz (CDU).

**Abg. Schwarz:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich einleitend zu den Worten, die ich zu sagen habe, dem an Kritik anschließen, was der Herr Kollege Thorwirth hier hinsichtlich der Vorlage und der Frist der Zustellung der Vorlage zum Ausdruck gebracht hat. Es bedarf keiner Frage, daß wir uns tatsächlich in einer sehr schwierigen Situation befinden, eine Vorlage, die wir aus welchen Gründen auch immer heute erst bekommen haben, auch wenn man die Grundinhalte kannte, hier zu beraten. Wir wissen, daß nicht allein die Verbände, sondern auch die einzelnen Bediensteten der öffentlichen Hand darauf warten, eine endgültige Antwort seitens des Parlaments zu bekommen. Es ist zweifellos nicht möglich, das bei diesem umfangreichen Gesetz hier kurzfristig zu tun.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin - vielleicht ist das auch ein Stückchen Parlamentsreform -, daß wir in geeigneter Weise seitens der Landesregierung oder des Parlaments bei den Vorlagen genaue Hinweise bekommen, was mit einer bestimmten Regelung beabsichtigt ist. Man kann als Parlamentarier nicht viel daraus entnehmen, wenn es beispielsweise heißt: § X wird gestrichen, - ohne daß man weiß, was dieser Paragraph beinhaltet.

(Beifall im Hause.)

Es wäre zweckmäßig, wenn wir eine Vorlage bekämen, daß das in einer Synopse zusammengestellt ist, damit man auch weiß, was sich inhaltlich verändert hat. Denn es fällt außerordentlich schwer, bei einem ersten Überblick überhaupt zu wissen, wo sich nun was verändert hat. Insoweit stimme ich völlig mit den Ausführungen des Herrn Kollegen Thorwirth überein.

Ich glaube, wir sollten auch versuchen, ein sogenanntes Vorschaltgesetz mit Tabelle zu verabschieden. Das Inkrafttreten sollte mit dem Zeitpunkt der betreffenden Bundesregelung erfolgen. Ich weiß aus einer Beratung der Vertreter der Landtagsfraktionen der CDU, daß andere Länder, beispielsweise Bayern, sich bereits so

(Schwarz)

verhalten haben und weitere Länder der Bundesrepublik die Absicht haben, das zu tun. Denn ich halte es für völlig ausgeschlossen, vor der Sommerpause - es sei denn, wir kommen noch in einen ganz enormen Arbeitsstart hinein - das gesamte Gesetz mit all seinen Änderungen zu beraten. Wenn wir das nicht schaffen sollten, gilt auch für uns die Erklärung, daß unabhängig von der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes im Parlament der Tag des Inkrafttretens einheitlich bleibt mit dem, was der Bundestag hier verabschiedet hat.

Herr Kollege Thorwirth! Sie haben die gesamte Frage des breiten Feldes der Lehrerbesoldung angesprochen. Wir haben gemeinsam mit dem Herrn Kollegen Dr. Danz bei einem Lehrerverband diskutiert. Das war gerade an dem Tag, an dem die für diesen Verband überraschende Nachricht kam, daß der Landtag von Schleswig-Holstein mit Mehrheit die Lehrerbesoldung mit A 11/A 12 beschlossen hat, wie Sie das eben hier vorgetragen haben.

Ich möchte hier ausdrücklich erklären, daß wir offen sind in der endgültigen Beratung auch in dieser Frage; denn es besteht kein Zweifel, daß wir prüfen werden, wie die Gesamtentwicklung in anderen Ländern der Bundesrepublik mittlerweile vor sich gegangen ist. Wir werden prüfen, inwieweit wir nun das, was der Landtag von Schleswig-Holstein bereits getan hat, mitvollziehen, nachvollziehen oder in ähnlicher Weise unterstützen. Das eine ist sicher: Wenn wir es bei der einen Lehrergruppe tun, muß es zwangsläufig Konsequenzen für andere Lehrergruppen haben. - Wenn ich bei A 11, A 12 anfangen, ende ich im Grunde genommen bei A 16 für den Oberstudiendirektor. Wenn wir in diesem Bereich etwas tun, gibt es keinen Zweifel, daß das dann nur insgesamt geschehen kann. Wie gesagt, wir sind hier sehr offen in der heutigen Situation. Ich kann für die Fraktion keine Erklärung abgeben, denn wir haben die Vorlage gestern oder heute erst bekommen. Wir werden aber hier prüfen, was im einzelnen zu tun ist und wie wir die Dinge gestalten können.

Wir haben als CDU-Fraktion die Bitte, daß wir uns möglichst bald im Haushalts- und Finanzausschuß darüber verständigen können, wie wir tatsächlich mit dem gesamten Gesetz verfahren wollen. Wenn wir uns zum Vorschaltgesetz bekennen, sollten wir diesen Teil recht kurzfristig erledigen, um dann in aller Ruhe - ob vor oder nach der Sommerpause, das sei dahingestellt - das gesamte Werk mit all den Veränderungen, die sich ergeben haben, zu beraten. Wir stimmen der Überweisung in den Haushalts- und Finanzausschuß zu.

(Beifall der Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Bünau (FDP).

**Abg. von Bünau:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Mir ist es nach den Ausführungen der beiden Vorredner sehr leicht gemacht worden. Ich kann fast alles unterstreichen, was im einzelnen gesagt wurde. Ich möchte aber noch einige Punkte hervorheben. Ich kann noch nicht im Auftrage der Fraktion sprechen, weil auch wir diese Vorlage noch nicht eingehend beraten haben. Weiterhin kann ich feststellen, wie es auch der Herr Kollege Schwarz gesagt hat, wir sind in jeder Beziehung offen zu dem, was wir auch gegenüber den Lehrerverbänden in den einzelnen Besprechungen gesagt haben. Wir möchten wie die Herren Vorredner darum bitten, daß wir uns möglichst rasch mit der Materie beschäftigen, und daß wir zu einem Vorschaltgesetz kommen, in das alles aufgenommen wird, was unstrittig ist und worauf die Kollegen der Beamtenschaft warten.

Es geht ja nicht nur um das Problem der Lehrer; es kommt auch das Problem der Polizei und noch verschiedene andere hinzu. Meine Damen und Herren! Darüber möchten wir eingehend diskutieren, aber ich glaube, der Wille, zu vernünftigen Lösungen zu kommen - soweit kann ich das aus den einzelnen Reden hier feststellen -, ist bei uns allen vorhanden. Wir wollen helfen, und wir wollen die Fragen beantworten, die noch offen sind auch in der Vorlage der Landesregierung.

Unsere Bitte geht dahin, rasch zu arbeiten für ein Vorschaltgesetz und für das, was wir mit gutem Recht den Bevölkerungsgruppen geben, die in der Öffentlichkeit oft einen nicht leichten Dienst haben, die auch so anerkannt werden sollen, wie sie es verdienen.

**Vizepräsident Dr. Völker:**

Eine weitere Beratung wird nicht gewünscht. Ich schließe die Besprechung. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Drucksache VI/1229 dem Haushalts- und Finanzausschuß zu überweisen. - Sind Sie damit einverstanden.

Meine Damen und Herren! Damit schließe ich die heutige Plenarsitzung und berufe die 39. Sitzung des Landtages auf morgen, Donnerstag, den 22. Mai, 9.30 Uhr, ein.

Schluß der Sitzung: 15.34 Uhr.